

04.2012

AKTUELL

Abfall, Chemie & Emissionen	8
Globalisierung & Eine Welt	10
Klima & Energie	11
Konsum & Verbraucherschutz	16
Landwirtschaft & Gentechnik	17
Naturschutz & Biodiversität	18
Stadt & Region	20
Tierschutz & Ethik	20
Umweltpolitik & Umweltrecht	20
Verkehr & Tourismus	22
Wasser & Meere	22
Wirtschaft & Ressourcen	25

VERBÄNDE



Thema: Nachhaltige Biomasse	28
DNR intern	29
Ehrenamt	29
Aufrufe & Veranstaltungen	29
Preise & Ausschreibungen	30

SERVICE

Rezensionen	31
Impressum	33
Internet	34
Leserbriefe	34, 37
Termine	35

ökopädNEWS

ANU-Informationsdienst Umweltbildung	36
Mit einer offenen Zukunft umgehen lernen	
Schwerpunkt: Bildung für erneuerbare Energien	

THEMEN DES MONATS

Wachstumsdebatte

Suffizienz als Überlebensfrage

**Allein mit Effizienz und neuen Technologien lässt
sich das Energie- und Klimaproblem nicht lösen**

Seite 2

Nachhaltige Entwicklung

Die Zukunft, die wir (nicht) wollen

**Die Erwartungen an den Weltgipfel Rio+20
sind auf mögliche Teilerfolge gerichtet**

Seite 4

Ressourcen

Mit weniger mehr erreichen

**Verantwortung für Ressourcenschonung hat nicht
nur die Politik – auch Eigeninitiative ist gefragt**

Seite 6

Interview: Fukushima

„Keiner berichtet mehr“

**Für die Menschen in den kontaminierten Gebieten
unternimmt die japanische Politik viel zu wenig**

Seite 15

Wachstumsdebatte

Suffizienz als Überlebensfrage

Allein mit Effizienz und neuen Technologien lässt sich das Energie- und Klimaproblem nicht lösen

Nach den gängigen Energiewende- und Klimaschutzszenarien sind bei einer geschickten Politik keine Einschnitte im Lebensstandard zu erwarten. Doch ohne den Konsum von fossilen Kraft- und Brennstoffen sowie von Fleischprodukten zu begrenzen, ist die Wende nicht zu schaffen. Auch wenn politische Mehrheiten für eine Suffizienzstrategie noch nicht absehbar sind, müssen die Grundlagen dafür jetzt erarbeitet werden. ■ VON MANFRED LINZ, WUPPERTAL INSTITUT

Es ist das aufgeklärte Eigeninteresse der früh industrialisierten Länder, bis zur Mitte des Jahrhunderts eine emissionsfreie Energienutzung zu erreichen. Inzwischen ist es auch in Deutschland Konsens, dass Energie bis 2050 fast ohne Emissionen von Treibhausgasen bereitgestellt werden muss. Nur dann ist das Zwei-Grad-Ziel erreichbar. Das ist mit erneuerbaren Energien und höherer Energieeffizienz allein aber nicht zu erreichen. Dazu gehört auch die Verringerung des Energiebedarfs. Diese kann aber nur mit einer Politik der Suffizienz gelingen.

Suffizienz als Nachhaltigkeitsstrategie

Als die drei Strategien der Nachhaltigkeit werden gern Effizienz, Konsistenz und Suffizienz genannt. Effizienz und Konsistenz machen im Ernstfall keine Schwierigkeiten. Mehr aus den Ressourcen herauszuholen entspricht der wirtschaftlichen Logik. Auch die Vereinbarkeit von Natur und Technik in einer Industrial Ecology als Konsistenzstrategie erfreut sich großer Zustimmung und lässt sich mit der Erhaltung und Steigerung des materiellen Wohlstands verbinden.

Anders die Suffizienz. Sie ist auf Maßhalten, auf Selbstbegrenzung und damit auf ein weniger materiell bestimmtes Verständnis von Wohlstand gerichtet. Soweit sie nicht überhaupt als Kümmerform der Nachhaltigkeit verachtet ist, wird Suffizienz der kulturellen Dimension der Gesellschaft zugewiesen und damit der Einsicht des Einzelnen und einem allmählichen Wandel der Lebensstile. Für ihre Durchsetzung setzt man auf das Vorbild einer Avantgarde: Einige fangen an und nach und nach

bildet sich die kritische Masse, die einen dauerhaften Wandel bewirkt. Nur hat sich diese Erwartung bisher nicht erfüllt. Eine sich selbst tragende Bewegung ist nicht in Sicht. Eine allmähliche Veränderung, eine auf wenigstens zwei Generationen gerichtete Erwartung kultureller Erneuerung ist auch nicht vereinbar mit der kurzen Zeitspanne, die noch zum Umsteuern bleibt.

Das bedeutet, dass sich sowohl die Technologie als auch das Verhalten ändern müssen. Das Nicht-in-Anspruch-Nehmen von Energiedienstleistungen muss für alle verbindlich gemacht werden. So fundamental es ist, das gesamte Energiesystem umzustellen, von Kohle, Öl und Erdgas zu lösen und auf erneuerbare Energiequellen auszurichten – darüber hinaus müssen auch Bedarf und Bedürfnisse der Menschen mit Grenzen versehen werden. Es müssen sich neue Gewohnheiten bilden. Damit wird Suffizienz zum Gegenstand politischer Regelsetzungen.

Die Lücken der Energieszenarien

Viele Energieszenarien gehen davon aus, dass die emissionsfreie Energieerzeugung und -nutzung in Deutschland bis 2050 ohne wesentliche Einbußen am heutigen Lebensstandard und am gewohnten Lebensstil erreichbar ist. Für die gewaltige Steigerung der Energieproduktivität und die volle Durchsetzung der erneuerbaren Energien müssten lediglich Effizienz- und Konsistenztechnologien schnell und konsequent aufgebaut werden. Wirtschaftswachstum bleibt möglich, wird sogar stimuliert, neue Arbeitsplätze entstehen.

Einige dieser Szenarien rechnen noch mit Atomkraft und mit CO₂-Abscheidung

und -Speicherung (CCS) für die Übergangszeit oder aber mit einem problematisch hohen Anteil an Biomasse. Andere aber sind sich sicher, dass das 2050-Ziel allein mit dem Wechsel zu umweltfreundlichen Energieformen erreichbar ist. Die dafür empfohlenen Strategien sind höchst unterschiedlich. Für die einen ist die entscheidende Energiequelle die Windkraft, für die anderen die Sonne, für die dritten eine Mixtur aus allen verfügbaren Quellen. Die einen möchten den Strom möglichst dezentral erzeugen, die anderen setzen auf Großtechnik und ein mindestens europaweites Netz. Die für alle Systeme notwendigen Stromspeicher finden die einen in Norwegens Wasserkraft, die anderen in der Umwandlung von Strom in Wasserstoff oder Methan.

Natürlich muss ein solcher Systemwechsel stattfinden. Nur sind diese Szenarien von einer irritierenden Zuversicht und Technologiegläubigkeit geprägt. Die Anforderungen an Kapitalinvestitionen, an die Bereitschaft zu einer vollständigen Umstellung des Energiesystems, an gemeinsame europäische Lösungen sind jedoch enorm hoch. Und da müssen erhebliche Zweifel auf drei Problemebenen aufkommen: bei der Bereitstellung des Kapitals, beim technologischen Gelingen und bei der politischen Durchsetzbarkeit. Außerdem bedenkt keines der Szenarien ernsthaft den Rebound-Effekt, der allen Energieeinsparungen durch einen höheren Gesamtverbrauch entgegenwirkt.

Wollen die früh industrialisierten Länder am Klimaziel festhalten, müssen Effizienz und Konsistenz durch Vorgaben zum Minderverbrauch von Energie ergänzt werden. Einer solchen Politik der Energie-

suffizienz stehen vor allem zwei Mittel zur Verfügung: Begrenzung und Preissteuerung. Bei allen Maßnahmen muss aber genau geprüft werden, wie stark sich der Energiebedarf damit mindern lässt und welche sozialen Auswirkungen sie haben. Die Verpflichtungen müssen die Reichen härter treffen als die Armen. Zu prüfen ist auch, was national zu erreichen ist und was nur EU-weit Sinn hat. Und es müssen für die BürgerInnen akzeptable Vorschläge sein.

Begrenzen und Verteuern

Das bekannteste Instrument sind die Ökosteuern, über deren Umfang, Nutzen und Ertrag, Schwächen und Auswirkungen es breite Diskussionen gibt. Bei aller notwendigen Abwägung wird die Besteuerung fossiler Energie unverzichtbar sein, wobei für ihre Akzeptanz entscheidend ist, die stärkere Belastung der sozial Schwachen auszugleichen.

Besonders wirksam sind Maßnahmen, die Effizienz und Suffizienz kombinieren. Der Emissionshandel bei gleichzeitig periodisch abgesenkter Obergrenze („Cap“) ist ein solches Instrument. Mit der Begrenzung verteuert der Emissionshandel die Kilowattstunde und lädt mit der kontinuierlichen Nötigung zu mehr Energieproduktivität auch zur Verkleinerung der Gefährte und Geräte ein. Entscheidend ist, dass alle Unternehmen einbezogen werden, dass die Verschmutzungsrechte zur Gänze kostenpflichtig werden und dass die Absenkung der Obergrenze nicht ermäßigt oder ausgesetzt wird.

Auch im Verkehr ist Suffizienz unentbehrlich, weil dort am längsten fossile Energie benötigt wird. So wird eine Begrenzung des Flottenverbrauchs der Autobauer eine maßvolle Modellpalette begünstigen oder auch erzwingen. Im Verkehr sind außerdem eine ganze Reihe von Einzelmaßnahmen suffizienzfördernd: Kerosinsteuer und Luftverkehrsgebühren, Belastung des Schwerölverbrauchs der Schiffe, Kfz-Steuer nach Verbrauch, Tempolimit, Ende des Dienstwagenprivilegs, allmähliche Reduzierung der Pendlerpauschale, wohl auch eine Pkw-Maut. Im Gegenzug lassen sich

der öffentliche Nahverkehr und das Car-sharing steuerlich begünstigen.

Neben der Mobilität ruft vor allem die Ernährung nach Veränderung. Der Fleischverzehr bedroht die Welternährung, weil die Erzeugung von Fleisch ein Vielfaches an Getreide verschlingt. Vor allem die Massentierhaltung belastet durch den CO₂- und Methanausstoß der Tiere das Klima. Aus diesen Gründen, der Ernährungssicherung und dem Klimaschutz, ist der Fleischverbrauch, der in Deutschland inzwischen bei 88 Kilogramm pro Person und Jahr liegt, drastisch zu senken. Vor allem die Produktion billigen, schlechten Fleisches muss entmutigt werden – vermutlich wohl durch eine Fleischsteuer. Und auch Milch, Käse und Eier werden von einer solchen Besteuerung nicht auszunehmen sein.

Noch wenig Aussichten für Suffizienz?

Zur Verwirklichung einer solchen Politik bestehen kaum gute Aussichten. Es sind ja nicht nur die Szenarien, die eine schöne neue Welt des Energiereichtums voraussagen. Die Mobilitätsindustrie meldet starke Zuwächse im Autoexport, die Fahrgastzahlen im Luftverkehr steigen. Dafür sinken die geschönten Arbeitslosenzahlen, sogar die Hoffnung auf Vollbeschäftigung kehrt wieder. Die Ölkatastrophe im Golf von Mexiko hat die Tiefseebohrungen paradoxerweise eher intensiviert. US-Präsident Barack Obama scheitert beim Klimaschutz, was auch China und Indien weiter abwarten lässt. Und wenn diese großen Länder den Klimaschutz nicht ernst nehmen, warum sollte Deutschland sich am Zwei-Grad-Ziel abarbeiten? Wenn Energiesuffizienz eine echte politische Option werden soll, müssen bestimmte Umstände vorliegen. Die sind allerdings längst in Sicht.

Zum einen wird der Klimawandel immer mehr Schäden verursachen, auch bei uns in den gemäßigten Zonen, vor allem aber in den Entwicklungsländern. Die schrofte Alternative heißt darum: Schutz der Lebensgrundlagen oder forciertes Wirtschaftswachstum mit unbegrenztem Energieverbrauch. Hier helfen nur bindende Verträge. Dabei werden die früh

industrialisierten Länder zeigen müssen, ob sie ihren fairen Teil beitragen, nämlich den völligen Verzicht auf Emissionen aus fossilen Energieträgern.

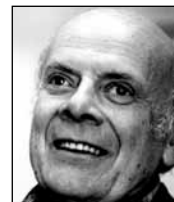
Es gibt genügend Indizien für eine schon in ein oder zwei Jahrzehnten sehr angespannte Klimasituation. Die Ernährungssituation ist schon heute schwierig. Es wird sich erweisen, dass Technologie die Vertragsbedingungen allein nicht herstellen kann. Eine Politik der Energiesuffizienz heute zu bedenken, ist Vorsorge. Erst wenn klar wird, dass die Elementarier ihres Lebens bedroht sind, werden die meisten Menschen in Grenzen einwilligen, um jedenfalls ihre Grundbedürfnisse zu sichern. Aber da es zur Vorsorge keine vernunftgeleitete Alternative gibt, ist es richtig, sich von der Kunst des Verdrängens nicht mürbe machen zu lassen und jetzt über das Notwendige nachzudenken.

Die Ergebnisse einer Suffizienzpolitik – weniger Produktion und Konsum, stagnierendes oder leicht schrumpfendes Wirtschaftsprodukt, sinkende Staatseinnahmen – werfen natürlich Fragen auf. Möglichkeiten wie die Teilung der Erwerbsarbeit oder ein Grundeinkommen müssen diskutiert werden. Ebenso, woher die Milliarden kommen sollen, die die armen Länder für die Klimaanpassung erhalten müssen. Doch unbeantwortete Fragen gehören zu der jetzt erforderlichen Realitätsnähe. Sie sollen die entschlossene Arbeit an den gestellten Aufgaben nicht beeinträchtigen. Die Lösung allein in technischer Effizienz zu suchen, führt jedenfalls nicht weiter.

Langfassung dieses Beitrages im Reader „Die Grenzen des Wachstums“: www.dnr.de/downloads/dnr-reader.pdf
Zum Weiterlesen: Linz, M.: Wie lernen Gesellschaften – heute? Abschied vom Wunschenken. Reihe Impulse zur Wachstums-Wende. www.wupperinst.org/publikationen/impulse/
Buchrezension zu diesem Thema: siehe S. 32

Dr. Manfred Linz ist freier wissenschaftlicher Mitarbeiter am Wuppertal Institut in Berlin. Seine Arbeitsschwerpunkte sind Ökosuffizienz und Lebensqualität sowie soziales Lernen.

Kontakt:
Tel. +49 (0)30 / 2809-5493,
E-Mail: manfred.linz@wupperinst.org
www.wupperinst.org



Nachhaltige Entwicklung

Die Zukunft, die wir (nicht) wollen

Die Erwartungen an den Weltgipfel Rio+20 sind auf mögliche Teilerfolge gerichtet

Wenn im Juni Staats- und Regierungschefs in Rio de Janeiro zum UN-Nachhaltigkeitsgipfel zusammenkommen, hat die breite weltweite Debatte über Umwelt und Entwicklung schon 20 Jahre Tradition. Die Positionen der Staaten sind weitgehend bekannt und werden sich wohl nicht ändern. Nichtregierungsorganisationen können aber die Aufmerksamkeit nutzen, um ein grün gefärbtes „Weiter so“ zu verhindern. ■ VON CLAUDIA KABEL, FORUM UMWELT UND ENTWICKLUNG

Staats- und Regierungschefs aus aller Welt werden sich Ende Juni im brasilianischen Rio de Janeiro treffen, um 20 Jahre nach dem „Erdgipfel von Rio“ nachhaltige Entwicklung und umweltgerechtes Wirtschaften erneut und diesmal im rechten Verhältnis zueinander auf die Tagesordnung der Weltgemeinschaft zu setzen. Hauptthema des Rio+20-Gipfels ist eine „grüne Wirtschaft im Kontext nachhaltiger Entwicklung und Armutsbekämpfung“. Außerdem soll ein neuer institutioneller Rahmen für nachhaltige Entwicklung auf UN-Ebene geschaffen werden, etwa durch die Umwandlung des UN-Umweltprogramms UNEP in eine Sonderorganisation auf gleicher Höhe mit Weltbank und Unesco (umwelt aktuell 12.2008/01.2009, S. 2).

Unter der Überschrift „Die Zukunft, die wir wollen“ hat die Kommission der

Vereinten Nationen für Nachhaltige Entwicklung (UNCSD) im Januar das erste Ausgangsdokument der Verhandlungen, den sogenannten Zero Draft, vorgelegt. Das Papier wird derzeit in der Umwelt- und Entwicklungsszene diskutiert (umwelt aktuell 03.2012, S. 12).

Der große Durchbruch steht nicht auf der Agenda

Doch nicht nur PolitikerInnen werden zu Rio+20 erwartet. Auch Zehntausende von InteressenvertreterInnen aller Art werden dem Großereignis beiwohnen. Die Erwartungen der Umwelt- und Entwicklungsverbände sind dabei geteilt. Die einen heben die Strahlkraft des Rio-Gipfels von 1992 hervor und hängen die Erwartungen an den kommenden Gipfel angesichts der geringen Erfolge internationaler Verhand-

lungen der letzten Jahre entsprechend tief. Andere dagegen konzentrieren sich pragmatisch auf ihre Themen und Forderungen und versuchen die zu erwartende Aufmerksamkeit zu nutzen, um zumindest kleine Fortschritte zu erreichen.

Die eine durchschlagende Antwort auf die großen Krisen unserer Zeit – Finanz- und Wirtschaftskrise, Klimawandel, Armut und Hunger, nicht zu vergessen den unwiederbringlichen Verlust von Biodiversität und intakten Ökosystemen – ist ganz offensichtlich auch von Rio+20 nicht zu erwarten.

Bessere Technik und mehr Effizienz ...

In der Diskussion um die „grüne Wirtschaft“ – meist wird der Ursprungsbegriff Green Economy verwendet – haben das UNEP und die Organisation für wirtschaft-

politische ökologie

Die Buchreihe für Querdenker und VordenkerInnen

oekom
verlag

Bürgerbeteiligung 3.0

Zwischen Volksbegehren und Occupy-Bewegung



Die *politische ökologie* macht sich auf die Suche nach einer neuen Balance zwischen staatlicher Handlungsfähigkeit und demokratischer Mitbestimmung.

Nicht nur in den USA, Spanien oder Israel haben die Bürger(innen) es satt, dass die Politik mehr Rücksicht auf die Lobbyinteressen nimmt als auf ihre Bedürfnisse. Auch hierzulande erhebt sich Volkes Stimme lauter als bislang gegen die Intransparenz politischer Entscheidungen. Durch die Verschärfung ökonomischer, sozialer und ökologischer Krisen scheint eine Toleranzgrenze überschritten zu sein. Auffallend kreativ und vielschichtig sind die modernen Protest- und Mitbestimmungsformen. Doch bringt eine stärkere Bürgerbeteiligung beispielsweise mehr Umweltschutz?

Mit Beiträgen von C. Leggewie, K. Selle, F. Ekardt, B. Hennig, M. Zschesche, R. Roth, T. Bussemer u.v.m.

„Bürgerbeteiligung 3.0 – politische ökologie (Band 127) | 144 Seiten | 16,90 EUR (zzgl. Versand)
_ISBN 978-3-86581-283-4 | Erhältlich bei: www.oekom.de, kontakt@oekom.de



liche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) den Grundstein gelegt. OECD und auch UNEP setzen die Schwerpunkte bei neuen Umwelttechnologien und einer ressourceneffizienten Wirtschaft sowie bei umweltverträglichem Wachstum. Auch die weltweiten Debatten drehen sich immer wieder um die Hoffnung auf mehr Beschäftigung in wachsenden grünen Märkten.

... oder Wachstums- und Wertedebatte?

Dagegen kommen viele kritische Diskussionen und Veranstaltungen von Umwelt- und Entwicklungsorganisationen zu dem Fazit, dass es auch um eine Beschränkung des Wirtschaftswachstums und eine Veränderung gesellschaftlicher Werte gehen muss. Exemplarisch dafür stehen der überhöhte Fleischkonsum in den Industrieländern oder der wachsende Ressourcenbedarf auch in einer Green Economy. Bisher wollen die Industrieländer die Klima- und Energiekrise durch Scheinlösungen wie großflächigen Biomasseanbau abwenden, statt über absolute Energieeinsparungen mit den entsprechenden Konsequenzen zu reden. „Die Zukunft, die wir wollen“ ist aber ohne ein deutliches Infragestellen der Lebens-, Produktions- und Politikgewohnheiten nicht zu haben.

Auch wenn effizientere Technologien und grüne Innovationen eine wichtige Voraussetzung für den wirtschaftlichen Strukturwandel sind – es geht um mehr. Jenseits von Indikatoren und Wachstumsraten wird ein neues Wertekonzept gebraucht, einschließlich grundsätzlicher Menschenrechte wie zum Beispiel auf Wasser oder Nahrung. Ziel muss eine grüne und partizipative Wirtschaft sein – mit einer Umwelt-, aber auch mit einer umfassenden Sozialagenda.

Wichtige Teilerfolge sind möglich

Eine Green Economy ohne tragfähige Konzepte führe nur zu einem „greenwashed business as usual“, warnen die Kritiker. Im Moment deutet vieles darauf hin, dass dies mehr als begründet ist und dass der nötige weltweite Paradigmenwechsel ausbleiben wird. Doch bei der notwendigen

grundsätzlichen Kritik darf nicht vergessen werden: Im Rio des Jahres 2012 sind wichtige Teilerfolge möglich, die zukünftige Entwicklungen entscheidend voranbringen können.

► Aufwertung des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (UNEP):

Beim zweiten Schwerpunkt der Verhandlungen im Juni, der Reform des institutionellen Rahmens, wird eine Aufwertung des UN-Umweltprogramms UNEP diskutiert und auch von den Umwelt- und Entwicklungsverbänden unterstützt. In Aussicht stehen nicht nur mehr inhaltliche Kompetenzen, sondern auch eine bessere Finanzausstattung. Möglicherweise wird auch ein Weltnachhaltigkeitsrat anstelle der politisch zahnlosen UNCSD berufen.

► Revolution in der Energieerzeugung: Neben der Verringerung der CO₂-Emissionen, neuen Arbeitsplätzen und einer unabhängigeren Energieversorgung bedeutet eine Energiewende auch einen grundsätzlichen Umbruch der bisherigen Wirtschaftsweise. Einige Konsequenzen, etwa ein höherer Druck auf Flächennutzungen zur Energieerzeugung aus Biomasse und neue Ressourcenkonflikte, sind bereits sichtbar geworden. Anhand der Energiefrage werden viele der kommenden Auseinandersetzungen um Land, Wasser und andere Ressourcen neu geführt werden müssen, auch bei den Umwelt- und Entwicklungsverbänden.

► Weichenstellungen bei Investitionsanreizen und umweltschädlichen Subventionen:

Wenn es um eine Green Economy geht, steht auch die langjährige Forderung der Verbände nach einem Abbau umweltschädlicher Subventionen zusammen mit einem Umsteuern bei Investitionsanreizen wieder weit oben auf der Tagesordnung. Dabei muss deutlich werden, dass auch grüne Investitionen nicht automatisch „gut“ sind, sondern ökologische und soziale Folgenabschätzungen brauchen.

► Green Economy im Lichte des Nord-Süd-Konflikts:

Die Welt hat sich in den letzten zwei Jahrzehnten gewandelt. Im Gegensatz zu 1992 ist die Staatengemeinschaft weniger klar in Nord und Süd aufgeteilt. Auch wenn die

Alles über Rio+20

Informationen zum UN-Gipfel, zu Alternativveranstaltungen sowie zum gesamten Rio-Prozess und seinen Themen gibt es auf der offiziellen Seite www.uncsd2012.org und auf den Seiten des Forums Umwelt und Entwicklung unter www.forumue.de/projekte/rio-20.

Das Forum informiert laufend über aktuelle Entwicklungen und die NGO-Aktivitäten über seinen Rio+20-Verteiler. Anmeldung über www.forumue.de/projekte/rio-20/riokontakt.

Green Economy als Vorwand für protektionistische Interessen im Norden vielfach kritisiert wird, stellen sich aufstrebende Schwellenländer zum Beispiel in Asien den neuen Herausforderungen. Dazu gehören eine Überprüfung des eigenen Wachstumsmodells und die Umstellung der Wirtschaft auf eine weniger ressourcenintensive Basis.

Außerdem können die veränderten Konstellationen zu neuen Allianzen und auch zu breiter getragenen Konzepten führen. Dabei müssen allerdings auch die alten Industriestaaten verbindliche Entwicklungsschritte zusagen und einhalten, etwa in Form von ambitionierten Roadmaps.

Es gibt also auch in der derzeitigen Green-Economy-Debatte vieles, für das es sich zu streiten lohnt.

Zum Weiterlesen

- Unmüßig, B.: Grüne Ökonomie – die neue Zauberformel? Erwartungen an die Rio+20-Konferenz. In: Vereinte Nationen 1/2012 – Auf dem Weg zu Rio+20. www.dgyn.de/publikation.html?tt_products=285

Die Biologin Claudia Kabel koordiniert das Projekt „Auf dem Weg nach Rio+20“ beim Forum Umwelt und Entwicklung in Berlin.

Kontakt:
Tel. +49 (0)30 / 6781775-74,
Fax -80,
E-Mail: c.kabel@forumue.de,
www.forumue.de



Ressourcen

Mit weniger mehr erreichen

Verantwortung für Ressourcenschonung hat nicht nur die Politik – auch Eigeninitiative ist gefragt

Das Ressourceneffizienzprogramm der Bundesregierung ProgRess enthält eine Fülle von einzelnen Maßnahmen, um Deutschland zu einer zukunftsfähigen Gesellschaft zu machen. Doch für die konkrete Umsetzung bedarf es der Mithilfe von Ländern, Kommunen, Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Dann können von ProgRess auch positive Impulse für die europäische und internationale Politik ausgehen. ■ VON HELGE WENDENBURG, BMU

Die Bundesregierung hat Ende Februar das deutsche Ressourceneffizienzprogramm (ProgRess) beschlossen.⁽¹⁾ Damit hat sie klargestellt: Deutschland muss und kann von seinem immer noch viel zu sorglosen Umgang mit wertvollen und begrenzten natürlichen Ressourcen wegkommen. Die Bundesregierung wird diesen Prozess kurz-, mittel- und langfristig mit den in ProgRess aufgezeigten Maßnahmen unterstützen und regelmäßig, alle vier Jahre, über die Fortschritte informieren.

Natürliche Ressourcen, insbesondere Rohstoffe, sind wesentliche Produktionsfaktoren und damit Grundlagen unseres Wohlstands. Weltweit wurden im Jahr 2009 mehr als 68 Milliarden Tonnen Rohstoffe eingesetzt. Das sind etwa doppelt so viel wie 1970 und rund ein Drittel mehr als im Jahr 2000. Und künftig droht sich die Steigerung noch zu beschleunigen, denn die Prognosen sagen, dass die Weltbevölkerung bis zum Jahr 2050 auf gut neun Milliarden Menschen anwachsen wird. Die Schwellenländer verzeichnen ein rasantes Wirtschaftswachstum, Tendenz steigend. Deshalb wird die Nachfrage nach Rohstoffen global auch weiterhin stark zunehmen.

Das ist wirtschaftlich, ökologisch und sozial bedenklich: Die Wirtschaft sieht sich mit steigenden und vor allem zunehmend schwankenden (volatilen) Rohstoffpreisen konfrontiert und fürchtet Versorgungsengpässe. Gleichzeitig geht die intensive Rohstoffnutzung mit Umweltproblemen wie der Freisetzung von Treibhausgasen, Schadstoffeinträgen in Luft, Wasser und Boden und der Beeinträchtigung von Ökosystemen und Biodiversität einher. Schon

jetzt nutzen wir deutlich mehr natürliche Ressourcen, als die Erde regenerieren kann. Darum reicht es nicht, diesen Trend zu stoppen, sondern wir müssen ihn im Interesse unserer Kinder und Enkel umkehren.

Eine Frage der Fairness

Der Pro-Kopf-Konsum von Rohstoffen ist in westlichen Industrienationen wie Europa rund vier- bis fünfmal so hoch wie in den weniger entwickelten Gebieten Asiens und Afrikas. Das Internationale Ressourcenpanel der Vereinten Nationen hat die Herausforderung in einem anschaulichen Szenario beschrieben: Würden die Industriestaaten ihren Rohstoffeinsatz pro Kopf bis 2050 halbieren und würden zugleich die Entwicklungs- und Schwellenländer ihren Rohstoffeinsatz nur bis auf dieses niedrigere Niveau steigern, dann würde trotzdem der weltweite Rohstoffeinsatz bis 2050 nicht etwa sinken, sondern immer noch um 40 Prozent steigen.

Während die Industrienationen aber den Großteil der globalen Wertschöpfung erwirtschaften, bekommen die Entwicklungsländer überproportional vor allem die ökologischen und sozialen Folgewirkungen der Ressourcennutzung zu spüren. So findet beispielsweise der Rohstoffabbau in Bürgerkriegsregionen wie Ostkongo häufig unter menschenverachtenden Bedingungen statt, und das stark gesundheitsgefährdende Ausschleppen von Elektroschrott auf den Müllhalden zum Beispiel in Ghana wird häufig von Kindern durchgeführt.

Ein nachhaltiger, möglichst effizienter Umgang mit natürlichen Ressourcen ist daher das Gebot der Stunde und wird zu

einer Schlüsselqualifikation zukunftsfähiger Gesellschaften. Doch wie kommen wir dorthin?

Ohne Ressourceneffizienz keine Nachhaltigkeit

Im Jahr 2002 hat die deutsche Bundesregierung ihre Nationale Nachhaltigkeitsstrategie verabschiedet. Darin ist das Ziel festgelegt, Deutschlands Rohstoffproduktivität bis 2020 gegenüber 1994 zu verdoppeln. Mit diesem klaren quantitativen Ziel ist Deutschland international ein Vorreiter. Bis zum Jahr 2010 haben wir immerhin 47,5 Prozent Steigerung erreicht, und das nicht etwa durch Deindustrialisierung, sondern bei erheblichem Wirtschaftswachstum. Allerdings reicht das Tempo, mit dem wir voranschreiten, nicht aus: Behielten wir es bei, so hätten wir 2020 erst 77 Prozent des Weges geschafft. ProgRess soll dazu beitragen, das Ziel der Nachhaltigkeitsstrategie zu erreichen.

ProgRess gibt einen Überblick über zahlreiche vorhandene Aktivitäten und beschreibt mögliche Handlungsansätze und Maßnahmen zur Steigerung der Ressourceneffizienz. Dabei wird die gesamte Wertschöpfungskette betrachtet: Es geht darum, eine nachhaltige Rohstoffversorgung zu sichern, die Ressourceneffizienz in der Produktion zu steigern, Konsum ressourceneffizienter gestalten, eine ressourceneffiziente Kreislaufwirtschaft auszubauen sowie übergreifende Instrumente zu nutzen.

Das Programm setzt dabei insbesondere auf Marktanreize, auf Information, Beratung, Bildung, Forschung und Innovation sowie auf die Stärkung freiwilliger

Maßnahmen und Initiativen in Wirtschaft und Gesellschaft.

Erfolg werden wir nur durch eine sehr große Zahl von Einzelmaßnahmen haben, von denen jede einzelne nur begrenzte Beiträge leistet, die aber zusammengekommen große Wirkung zeigen. Ein paar Beispiele für solche Maßnahmen:

- der Ausbau der Effizienzberatung für kleine und mittlere Unternehmen,
- die Unterstützung von Umweltmanagementsystemen,
- die Berücksichtigung von Ressourcenaspekten in Normungsprozessen,
- die öffentliche Beschaffung besser an der Nutzung ressourceneffizienter Produkte und Dienstleistungen ausrichten,
- die Förderung freiwilliger Produktkennzeichen und Zertifizierungssysteme,
- der Ausbau der Kreislaufwirtschaft sowie
- die Verstärkung von Technologie- und Wissenstransfer in Entwicklungs- und Schwellenländern.

Sehr viele sinnvolle Dinge kann die Bundesregierung nicht anordnen und auch nicht verordnen. Die gesellschaftlichen Akteure müssen sich in eigener Initiative und Verantwortung der Herausforderung stellen. Die Bundesregierung kann das unterstützen, zum Beispiel durch Rahmensetzungen, sehr stark aber auch durch Kommunikation. Wichtig in diesem Prozess ist beispielsweise das Netzwerk Ressourceneffizienz⁽²⁾, das schon seit 2008 den regelmäßigen Austausch aller Interessierten unterstützt.

Europäisch und international denken

Die Bundesregierung greift mit ProgRess auch europäische Impulse auf: Die EU-Kommission hat eine der sieben Leitinitiativen der Europa-2020-Strategie dem Ziel eines ressourcenschonenden Europa gewidmet und dies im September 2011 mit einem konkreten Fahrplan unterlegt.

Die Bundesregierung wird mit ProgRess auch einen Beitrag zum Rio+20-Prozess⁽³⁾ leisten. Wir können den Entwicklungs- und Schwellenländern Mut machen, zum Beispiel unter dem Dach der breiten

Diskussion über Green Economy eigene Aktivitäten zur Ressourceneffizienz zu entwickeln. Denn Deutschland gelingt es, wirtschaftlich erfolgreich zu sein, gerade weil es seinen Rohstoffeinsatz verringert. Wir können mit Technologie- und Wissenstransfer aus unseren Erfahrungen zu einer nachhaltigen Entwicklung in interessierten anderen Ländern beitragen.

ProgRess ist natürlich nur der Anfang. Nun kommt es darauf an, dieses Programm mit seiner Fülle von Anstößen umzusetzen und mit Leben zu füllen. Und hierzu brauchen wir die Unterstützung aller: der Länder, der Kommunen, der Wirtschaft, der Aktiven aus den Umweltverbänden und der breiten Bevölkerung. Die Zivilgesellschaft muss auch weiterhin den Finger in die Wunden legen und Missstände an die Öffentlichkeit bringen. Dadurch kann sie auch das Bewusstsein für ressourceneffiziente Verhaltensweisen bei allen Akteuren stärken und zum Beispiel helfen, den Weg für einen nachhaltigeren Konsum zu bereiten.

Das Bewusstsein in der deutschen Bevölkerung für Themen wie Abfall, Klima- und Umweltschutz ist hoch. Daran wollen wir anknüpfen. Wir haben in Deutschland hervorragende Voraussetzungen, um beim notwendigen globalen Wandel zu einer ressourceneffizienten Gesellschaft voranzugehen. Diese gilt es zu nutzen, jetzt!

Anmerkungen

- (1) www.bmu.de/48408
- (2) www.netzwerk-ressourceneffizienz.de
- (3) Der UN-Gipfel zu nachhaltiger Entwicklung im Juni 2012 in Rio de Janeiro hat unter anderem Green Economy als Thema. Vgl. www.uncsd2012.org und www.forumue.de

Kommentar zu diesem Thema: siehe S. 27.

Weitere Reaktionen: www.netzwerk-ressourceneffizienz.de

Der Jurist Dr. Helge Wendenburg ist Leiter der Abteilung für Wasserwirtschaft, Abfallwirtschaft und Bodenschutz im Bundesumweltministerium in Bonn.

Kontakt:

Tel. +49 (0)228 / 99305-2500, -2501,
E-Mail: helge.wendenburg@bmu.bund.de,
www.bmu.de



Frische Ideen für unsere Zukunft!

Das 1. nawi TriForum für nachhaltiges Wirtschaften Kongress | Fachausstellung | Award-Verleihung

Praxis- und lösungsorientierte Antworten rund um die Themen innerbetriebliches Nachhaltigkeitsmanagement und kommunales Beschaffungsmanagement.

Kongressschwerpunkte:
25.04.2012: Nachhaltiges Wirtschaften im Mittelstand
26.04.2012: Nachhaltigkeit in kommunalen Einrichtungen und Verwaltungen.

25. – 26.04.2012
Rhein-Main-Hallen
Wiesbaden

Ausgezeichnete Ideen für unsere Zukunft!
Verleihung des 1. nawi Awards am 25.04.2012!

Weitere Informationen:
nawi-triforum.de



ABFALL, CHEMIE & EMISSIONEN

Abfallwirtschaft**Müllionenprofite**

■ Nach Recherchen der ZDF-Sendung Frontal21 wurden in mindestens neun Müllverbrennungsanlagen (MVA) durch überhöhte Preise Millionengewinne auf Kosten der GebührenzahlerInnen gemacht. Teilweise würden die MVA mehr als das Doppelte der tatsächlichen Kosten einnehmen, was nach den Kommunalabgabengesetzen der Länder unzulässig sei. [jg]

► www.kurzlink.de/frontal21-abfgebuehr

Abfallvermeidung**EU sammelt gute Beispiele**

■ Damit in Europa weniger Müll entsteht, hat das EU-finanzierte Projekt „pre-waste“ Ideen für eine abfallarme Gesellschaft gesammelt. Auf einer Internetseite werden gute Beispiele mit Tipps zur Durchführung vorgestellt. Darunter sind rechtliche und organisatorische Maßnahmen, ökonomische Instrumente, Projekte zur Bildung und Kommunikation sowie auf Freiwilligkeit und Partizipation beruhende Ideen.

Die nächste Europäische Woche zur Abfallvermeidung soll zwischen dem 17. und 25. November stattfinden. [jg]

► www.prewaste.eu (Good Practices)

Pflanzenschutzgesetz**Note: mangelhaft**

■ Mitte Februar ist in Deutschland die Neuordnung des Pflanzenschutzrechts in Kraft getreten. Positiv bewertet das Pestizid-Aktions-Netzwerk (PAN) das grundsätzliche Verbot des Spritzens aus der Luft, die Einschränkung der Pestizidanwendung auf Schul- und Kindergartengelände, Spielplätzen und Flächen neben gesundheitsbe-

zogenen Gebäuden sowie die verschärften Anforderungen an die Sachkunde beruflicher Anwender von Pestiziden. PAN und andere Umweltverbände sehen aber auch Versäumnisse beim Gewässer-, Biodiversitäts- und Gesundheitsschutz. Außerdem seien EU-Vorgaben mangelhaft umgesetzt worden. [jg]

► www.pan-germany.org/deu/~news-1156.html

EU-Chemikalienverordnung**Aktionsplan rollt**

■ Die Europäische Chemikalienagentur (ECHA) hat die Liste der Stoffe veröffentlicht, die in den nächsten drei Jahren im Rahmen der EU-Chemikalienverordnung REACH aus Umwelt- und Gesundheits-sicht bewertet werden sollen. Der fortlaufende Aktionsplan der Gemeinschaft (CoRAP) enthält 90 Substanzen, darunter die umstrittene Chemikalie Bisphenol A.

Der CoRAP umfasst Substanzen, die langlebig (persistent) oder giftig (toxisch) sind oder sich in Organismen anlagern (bioakkumulativ). Darüber hinaus geht es um Stoffe, die hormonähnlich wirken (endokrine Disruptoren), krebserregend, gen- oder fortpflanzungsschädigend sind und eine weite Verbreitung haben. Verschiedene Mitgliedstaaten müssen bestimmte Chemikalien einer Risikobewertung unterziehen. Sie haben dazu jeweils zwölf Monate Zeit. Die ersten zuständigen Mitgliedstaaten müssen ihre Ergebnisse bis Ende Februar 2013 an die ECHA melden.

So ist Deutschland noch 2012 zuständig für die Bewertung von N-1-Naphthyl-anilin, Bisphenol A, n-Hexan, Diethanolamin, Polyhaloalken und in den nächsten Jahren für Tetrahydrofuran (2013) sowie zusammen mit Portugal für Diethylphthalate (2014). Federführende Behörde ist die Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAuA).

Die Niederlande sind für zwölf Risikobewertungen zuständig und beschäftigen sich 2013 mit (Nano-)Silber. [jg]

► ECHA: www.kurzlink.de/corap-2012

EU-Chemikalienpolitik**Fortschritt im Krebsgang**

■ Die Europäische Chemikalienagentur (ECHA) hat Informationen über Tausende chemische Stoffe in einem Onlineverzeichnis veröffentlicht. Ob ein Stoff gefährlich ist, wie er sicher genutzt und korrekt gekennzeichnet werden kann, wird insgesamt rund drei Millionen Daten über die Substanzen gebündelt. Das öffentlich zugängliche Inventar soll vor allem Informationen für die Wirtschaft bereitstellen, damit diese selbstverantwortlich einen Konsens über die einheitliche Einstufung bestimmter Stoffe erarbeiten können. Die gemeldeten Daten können widersprüchlich sein, weil sie auf unterschiedlichen Informationen beruhen oder weil Stoffe verunreinigt waren. Die ECHA will das Verzeichnis aber regelmäßig aktualisieren. Bei besonders besorgniserregenden Chemikalien – unter anderem krebserregenden, erbgutschädigenden und fortpflanzungsgefährdenden Stoffen – soll die Einstufung per Gesetz geregelt werden.

Gleichzeitig beklagte die ECHA, dass die nach der EU-Chemikalienverordnung REACH registrierungspflichtigen Unternehmen unvollständige Chemikaliendossiers eingereicht hätten. Von 146 überprüften Dokumenten über chemische Substanzen aus dem Jahr 2011 hat die ECHA im Ende Februar erschienenen Evaluationsbericht 134 qualitativ beanstandet. Hauptmängel waren eine unzureichende Identifizierung der Stoffe beziehungsweise ihrer Zusammensetzung, nicht ausreichende Vorschläge bei Testmethoden und Gefahrenabschätzung sowie mangelhafte Stoffsicherheitsberichte.

Darüber hinaus kamen im Februar weitere acht besonders gefährliche Substanzen auf den Anhang XIV der REACH-Verordnung, darunter Diisobutylphthalat (DIBP), Bleichromat und Diarsentrioxid. Ab 2014 beziehungsweise 2015 unterliegen sie nun strengen Zulassungsvorschriften. [jg]

► Online-Inventar der ECHA („C&L Inventory“): www.echa.europa.eu/web/guest/regulations/clp
 ► Bericht: www.kurzlink.de/echa-evaluation-2011
 ► Stoffliste: www.kurzlink.de/reach-liste

Umwelthormone**Stand der Erkenntnisse**

■ Die EU-Kommission hat im Februar einen Bericht über endokrine Disruptoren (EDC) veröffentlicht. Darin werden der Stand der Wissenschaft sowie durch EDC ausgelöste Krankheiten analysiert. Es gebe in den wichtigsten EU-Gesetzgebungen keine ausreichenden Bezüge auf Störungen des Hormonhaushalts, so der Bericht. Die vorgeschlagenen Methoden seien teils willkürlich und wissenschaftlich nicht vertretbar. Die EU brauche dringend weitere Methoden, um EDC zu identifizieren und Gefahren für Mensch und Umwelt auszuschließen. Umwelthormone könnten in bestimmten Entwicklungsphasen werdenden Lebens irreparable Schäden auslösen.

Die Umwelt- und Gesundheitsschutzorganisation HEAL nannte die Studie einen „wichtigen Beitrag zur Debatte“ über die Verbesserung der EDC-Strategie. [jg]

- Studie (PDF, engl., 135 S.): www.kurzlink.de/ecd-assessment
- HEAL: www.env-health.org/article1395

Schiffsverkehr**Schwefel reduzieren**

■ Der Umweltausschuss des EU-Parlaments (ENVI) hat im Februar über einen Gesetzesvorschlag zur Reduzierung von Schwefelemissionen durch den Schiffsverkehr abgestimmt. Wenn es nach den ENVI-Abgeordneten geht, wird der Schwefelgehalt in Schiffskraftstoffen auf EU-Gewässern ab 2015 auf höchstens 0,5 Prozent festgesetzt. Ab 2020 sollen es nur noch 0,1 Prozent sein. Innerhalb als besonders empfindlich ausgewiesener Zonen (SECA) und in den nationalen Hoheitsgewässern der EU-Mitgliedstaaten in der Zwölfmeilenzone vor den Küsten gilt der 0,1-Prozent-Wert schon ab 2015. In der EU zählen die Nord- und Ostsee sowie der Ärmelkanal zu den SECA-Zonen. Das Parlamentsplenum soll im Mai abstimmen. [jg]

- www.kurzlink.de/envi-16022012

Luftschadstoffe international**EU soll Göteborg-Protokoll stärken**

■ Die Europäische Kommission und die dänische EU-Ratspräsidentschaft haben einen Vorschlag für Reduktionsziele bei bestimmten Luftschadstoffen gemacht, die künftig in das Göteborg-Protokoll aufgenommen werden könnten. Die EU-UmweltministerInnen haben den Bericht zum Stand der Verhandlungen bei ihrer Ratssitzung im März allerdings vorerst nur zur Kenntnis genommen.

Der Vorschlag für eine EU-Position bei den Verhandlungen zum Göteborg-Protokoll Anfang Mai in Genf lautet: Schwefeldioxid minus 55 Prozent im Vergleich zu 2005, Stickstoffoxide minus 40 Prozent, PM_{2,5}-Feinpartikel minus 20 Prozent, flüchtige organische Verbindungen minus 25 Prozent und Ammoniak minus fünf Prozent. Das Göteborg-Protokoll ist Teil eines Übereinkommens für weiträumige grenzüberschreitende Luftverschmutzung im Rahmen der UN-Wirtschaftskommission für Europa (UNECE). 21 der 26 Vertragsstaaten sind auch EU-Mitglieder.

Umweltverbände hatten Ende Februar gefordert, dass die EU bei den Verhandlungen eine Vorreiterrolle einnehmen und verbindliche Emissionsziele vereinbaren soll, die sich am maximal Erreichbaren orientieren. Das könne pro Jahr etwa 110 bis 290 Milliarden Euro Gesundheitsfolgekosten einsparen helfen – 55 Mal mehr als die notwendigen Kosten für Investitionen. [jg]

- www.eu-koordination.de (EU-News – 15.03.2012)

EU-Luftqualität**2010 war ein Jahr für Luftverschmutzer**

■ Zwölf Mitgliedstaaten der EU haben 2010 die Grenzwerte für bestimmte Luftschadstoffe nicht eingehalten. Das hat die Europäische Umweltagentur (EEA) in einem Vergleich der Berichte zur so ge-

nannten NEC-Richtlinie herausgefunden. Die NEC-Richtlinie schreibt nationale Höchstgrenzen für Schwefeldioxid, Stickoxide, nicht methanhaltige flüchtige organische Verbindungen (NMVOC) sowie Ammoniak vor.

Besonders bei den Stickoxiden (NO_x) gab es in den Mitgliedstaaten teils deutliche Überschreitungen der Grenzwerte: Deutschland, Österreich, die Beneluxstaaten, Dänemark, Irland, Malta, Spanien und Schweden meldeten zu hohe Werte. Österreich überschritt die Werte um 140 Prozent, Frankreich um 133 Prozent und Deutschland um 126 Prozent. Deutschland und Spanien überschritten außerdem die NMVOC-Werte. Finnland und Spanien meldeten zu hohe Ammoniakwerte.

Gute Nachrichten gab es bei Schwefeldioxid. Hier hielten alle 27 EU-Mitgliedstaaten die NEC-Grenzwerte ein. [jg]

- www.kurzlink.de/eea-necreport2010
- www.eu-koordination.de (EU-News – 23.02.2012)

Industrieemissionen**Übergangspläne und Rechtsänderungen**

■ Die EU-Kommission hat Regeln für nationale Übergangspläne zur Umsetzung der Richtlinie 2010/75/EU zu Industrieemissionen im Amtsblatt veröffentlicht. Der Beschluss betrifft unter anderem die einzubeziehenden Feuerungsanlagen, die Festsetzung von Emissionsobergrenzen sowie die Überwachung von deren Einhaltung. Auch die Berichterstattung an die Kommission ist darin festgeschrieben. Die Mitgliedstaaten müssen die Stickstoffdioxid-, Schwefeldioxid- und Staubemissionen der Feuerungsanlagen so begrenzen, dass insgesamt die nationalen Emissionsobergrenzen eingehalten werden.

Die Umsetzung der Industrieemissionsrichtlinie (IED) in deutsches Recht ist zurzeit in Arbeit. Das Bundesumweltministerium hat noch 2011 die Anhörungsphase eingeleitet und zwei Referentenentwürfe veröffentlicht. Die Entwürfe sind ►

soziale technik

Zeitschrift für sozial- und umweltverträgliche Technikgestaltung

Seit 20 Jahren ist SOZIALE TECHNIK - herausgegeben vom Interuniversitären Forschungszentrum für Technik, Arbeit und Kultur (IFZ) - ein Forum für die interdisziplinäre Technikforschung und liefert Beiträge für eine sozial- und umweltverträgliche Gestaltung von Technologien. SOZIALE TECHNIK erscheint vierteljährlich, ein Jahresabonnement kostet € 20,- (für Studierende € 15,-).

Kostenloses Probeabonnement!

Mit Beiträgen zu:

- ☐ Technologie & Politik
- ☐ Umwelt & Energie
- ☐ Neue Biotechnologien
- ☐ Frauen & Technik
- ☐ Informations- & Kommunikationstechnologien

soziale technik

Zeitschrift für sozial- und umweltverträgliche Technikgestaltung



Kostenloses Probeabo (2 Ausgaben) und Abobestellungen:

Tel.: +43/316/813909-0 Fax: +43/316/810274

E-mail: waechter-r@ifz.tugraz.at

Web: www.ifz.tugraz.at/sote

innerhalb der Regierung noch nicht abgestimmt. Über die möglichen Änderungen im Immissionsschutzrecht, im Wasser- und Abfallrecht erschienen ausführliche Artikel des Rechtsexperten Martin Albrecht in der Zeitschrift „Der Umweltbeauftragte“. [jg]

- Amtsblatt: www.kurzlink.de/ivu-amtsblatt-52-12
- Referentenentwürfe: www.bmu.de/48058
- Martin Albrecht in „Der Umweltbeauftragte“: www.kurzlink.de/ub-2-2012
www.kurzlink.de/ub-3-2012

Nanotechnologie

Experten gegen Nanosilber in Alltagsprodukten

■ Nanosilber sollte als antimikrobielle Substanz nicht großflächig in Alltagsprodukten Anwendung finden. Das ist eine der Empfehlungen eines vom Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) organisierten Expertengesprächs Ende Februar in Berlin. Zwar lägen noch zu wenig gesicherte Daten vor, so das BfR, doch Tierexperimente hätten ergeben, dass Nanosilber ein immuntoxisches Potenzial besitzen könnte. Zudem gingen Antibiotikaresistenz und Silberresistenz bei Mikroorganismen häufig Hand in Hand, was bei der medizinischen Anwendung von Silber gegen Krankheitserreger zum Problem werden könne.

Bislang sei nicht ausreichend untersucht worden, wie beispielsweise in Textilien enthaltenes Nanosilber auf lange Sicht auf die mikrobielle Hautflora wirke, warnte das BfR. Hier seien weitere Untersuchungen nötig. Bisherige Studien hätten gezeigt, dass je nach Einsatzzweck unterschiedliche Formen von Nanosilber verwendet würden, die jeweils unterschiedliche physikochemische Eigenschaften zeigten. Es sei davon auszugehen, so das Bundesinstitut, dass die toxischen Eigenschaften je nach Struktur der Partikel variieren – Ergebnisse aus der einen Untersuchung könnten also nicht beliebig auf andere übertragen werden. [jg]

- www.kurzlink.de/bfr-nano-2012

GLOBALISIERUNG & EINE WELT

Wasserversorgung

Erstes UN-Ziel erreicht?

■ Laut einem UN-Bericht haben 89 Prozent der Weltbevölkerung jetzt Zugang zu sauberem Trinkwasser. Damit sei das im Jahr 2000 gesteckte UN-Millenniumsziel für 2015 sogar um einen Prozentpunkt übertroffen worden, erklärte die Weltorganisation im März. Entwicklungsexperten bezeichneten die Meldung jedoch als unglaublich. Steigerungsraten bei der Trinkwasserversorgung in Indien und China um jeweils ein Viertel seien nicht plausibel, sagte der deutsche Agrarexperte Uwe Hoering. Zudem lenke die Nachricht von den Misserfolgen in anderen Bereichen ab. So werde die Weltgemeinschaft beim Ausbau sanitärer Anlagen ihr Ziel weit verfehlen. [hv]

- www.kurzlink.de/globesp-uno-wasser

Ernährung I

Bill Gates' grüne Revolution

■ Microsoft-Gründer Bill Gates fordert mehr Engagement im Kampf gegen Hunger in der Welt. Die Lebensmittel- und Agrarprogramme der internationalen Entwicklungshilfe seien überholt und ineffizient, sagte Gates in einer Rede vor der UN-Sonderorganisation für Armutsbekämpfung in ländlichen Gebieten (IFAD). Der Multimillionär und Stifter schlägt eine stärkere Nutzung von „modernen Techniken wie Satellitentechnik und Gentechnik“ vor. Durch Videos könnten Bauern außerdem Erfahrungen und Techniken austauschen.

Gates' „zweite grüne Revolution“ soll sich an Kleinbauern orientieren und deren Eigeninitiative fördern. Außerdem will Gates „modernes“ Saatgut ohne Lizenzgebühr zur Verfügung stellen. [hv]

- www.kurzlink.de/gates-gr-rev-032012

Ernährung II

Traditionell ist besser

■ Landwirtschaftliche Kleinbetriebe kommen mit Dürre besser zurecht als Großbetriebe. Das zeigt laut der Agentur PTE eine Studie der Climate Change Adaptation and Development Initiative. Die von Kleinbauern in Kenia angewandte konservative Anbautechnik ermögliche mehrere Ernten im Jahr und schütze so den Boden vor Austrocknung. Das Wissen um diese Techniken gehe jedoch verloren, da die Weitergabe stets mündlich erfolge, warnte der deutsche Agrarexperte Felix zu Löwenstein. So gebe es in Südsudan, wo eine Generation in Lagern gelebt habe und nur noch den „Rezept-Landbau“ beherrsche, heute ein großes Wissensdefizit. [hv]

► www.presetext.com/news/20120221005

Regenwald

Indigene verkaufen Landrechte an CO₂-Händler

■ 23.000 Quadratkilometer Amazonasgebiet gegen 120 Millionen US-Dollar: Diesen Handel sind brasilianische Indigene mit dem irischen Emissionshandelsunternehmen Celestial Green Ventures eingegangen. Wie die Zeitung O Estado de São Paulo im März berichtete, verpflichteten sich die Mundurucú, in dem Gebiet im nördlichen Bundesstaat Pará in den nächsten 30 Jahren weder Bäume zu fällen noch Pflanzen anzubauen. Celestial Green Ventures sichert sich durch den Kauf der Landrechte „grüne Gewinne“ etwa in Form von Emissionszertifikaten. Diese ordnen dem in den Wäldern gespeicherten Kohlenstoff einen monetären Wert zu und können von dem Unternehmen künftig an vornehmlich europäische Verursacher von Treibhausgasen weiterverkauft werden.

15 solcher umstrittenen Verträge hat das Unternehmen bereits geschlossen und besitzt in Brasilien nun Landrechte über ein Regenwaldgebiet der doppelten Fläche Portugals. Nicht nur Menschenrechtler kri-

tisieren diese meist von wenigen, schlecht informierten indigenen Führungspersonen ausgehandelten Abkommen.

Die brasilianische Regierung ordnete eine Untersuchung an. „Möglichkeiten, die Wertschätzung der Biodiversität voranzutreiben, dürfen nicht nur Deckmantel für Biopiraterie sein“, sagte Umweltministerin Izabella Teixeira.

Celestial Green Ventures wies die Vorwürfe zurück. Die Verträge seien informiert und freiwillig geschlossen worden und entsprächen den Normen des internationalen Umweltrechts. [cn]

► www.kurzlink.de/landrechte-handel

UNEP-Jahrbuch

Böden und Alt-AKW als Sorgenkinder

■ Das UN-Umweltprogramm UNEP hat ihr Jahrbuch für 2012 veröffentlicht. Dominante Themen sind die Bodenqualität und die Stilllegung alter Atomkraftwerke.

Die Qualität der Böden verschlechtert sich UNEP zufolge immer mehr und große Flächen gehen unwiderruflich verloren. Gesunde Böden seien einer der größten CO₂-Speicher und für die Versorgung mit Lebensmitteln und Wasser unverzichtbar. Seit dem 19. Jahrhundert seien geschätzte 60 Prozent des in den Böden gespeicherten Kohlenstoffes verloren gegangen, doch noch immer widmeten Wissenschaft, Politik und Medien der Gesundheit der Böden zu wenig Aufmerksamkeit.

Die UNEP-AutorInnen machen außerdem darauf aufmerksam, dass zu Beginn des Jahres zwar 138 Atomkraftwerke in 19 Ländern geschlossen, aber erst 17 davon stillgelegt waren. Die Kosten dafür sind laut UNEP enorm und werden in den USA auf rund zehn bis 15 Prozent der Baukosten geschätzt. Beim französischen Reaktor Brennilis seien es sogar 60 Prozent. UNEP fordert, die Stilllegungskosten schon bei der Planung zu berücksichtigen. [UWD]

► www.unep.org/yearbook/2012

KLIMA & ENERGIE

Klimapolitik

Versorger für harte EU-Ziele

■ Acht der größten Energieunternehmen Europas haben im März ein Bündnis für mehr Klimaschutz gegründet. Sie fordern, dass die EU rechtsverbindliche Ziele für die Treibhausgasreduktion, den Ausbau erneuerbarer Energien und Energieeffizienz bis 2030 verabschiedet. Mit dabei sind die Unternehmen Acciona und Sogenia aus Spanien, Dong aus Dänemark, EDP aus Portugal, Eneco aus den Niederlanden, Public Power Corporation aus Griechenland, die britische SSE und der fünftgrößte deutsche Energieversorger EWE. Die Unternehmen kritisierten die Energiepolitik der EU, mit der die nötigen Emissionsreduktionen von 80 bis 95 Prozent bis 2050 nicht erreicht werden könnten. [sl]

► www.kurzlink.de/klimabrief-energ12

EU-Klimaroadmap

Polnische Regierung blockiert

■ Eine politische Einigung über umfassende Schlussfolgerungen zur EU-Klimaroadmap ist erneut am Widerstand aus Polen gescheitert. Nachdem die polnische Regierung schon 2011 anspruchsvolle Klimaziele verhindert hatte, legte sie auch beim Umweltministerrat am 9. März ihr Veto ein. Kern der Verhandlungen waren die sogenannten Meilensteine: Bis 2020 sollen die EU-Staaten ihre CO₂-Emissionen um 25 Prozent senken, bis 2050 um 40 Prozent und bis 2040 um 60 Prozent. Bisher hatte sich der Widerstand vor allem gegen das 25-Prozent-Ziel gerichtet, nun stellten die Vertreter Polens den gesamten Fahrplan infrage. Umweltverbände kritisierten die Blockade als nicht hinnehmbar. [dh]

► Umwelttrat: www.kurzlink.de/envi-03-2012.pdf

► DNR-Steckbrief: www.eu-koordination.de/PDF/steckbrief-klimaroadmap.pdf

Land- und Forstwirtschaft

EU will Emissionen anrechnen

■ Die EU-Kommission will die Emissionen und den Abbau von Treibhausgasen in der Land- und Forstwirtschaft als den beiden letzten großen Sektoren in die Klimapolitik einbinden. Ein Beschluss vom März enthält entsprechende Anrechnungsvorschriften. Die Kommission betont, dass Wald- und Agrarflächen mehr als drei Viertel der EU-Fläche ausmachen und große natürliche Kohlenstoffvorräte enthalten. Die Bemühungen von Landwirten und Waldbesitzern sowie deren Praktiken zur Sicherung der Kohlenstoffbindung in Wäldern und Böden werde bisher „nicht oder nur zum Teil“ anerkannt, unter anderem wegen fehlender Daten und Regeln. [UWD]

► www.europa.eu/rapid (Reference: IP/12/234)

Emissionshandel

Hausaufgaben nicht gemacht

■ Fünf Monate nach Ablauf der Frist hat Deutschland seine Allokationspläne für die nächste Phase des Emissionshandels immer noch nicht bei der EU-Kommission abgegeben. Das meldete Ende Februar der Umweltinformationsdienst ENDS Europe. Neben Deutschland sind zwölf weitere Mitgliedstaaten in Verzug. Die EU-Kommission hatte bereits mit rechtlichen Schritten gedroht. Sobald der Kommission alle Pläne vorliegen, will sie die einzelnen Sektoren prüfen, um die Zahl der Emissionshandelszertifikate zu korrigieren. [sl]

► Benchmarking der EU-Kommission: www.ec.europa.eu/clima/policies/ets/benchmarking

Effizienzrichtlinie I

Energiewende abgesägt

■ Bei einem Treffen Ende Februar haben sich die Bundesminister für Umwelt und für Wirtschaft, Norbert Röttgen (CDU) und Philipp Rösler (FDP), auf eine ge-

meinsame Position zur EU-Energieeffizienzrichtlinie geeinigt. Vor allem bei Artikel 6, der einen Effizienzauftrag an die Energieversorger vergibt, konnte Rösler seine Blockadehaltung durchsetzen. Nun will Deutschland auch sogenannte „early action“, also Maßnahmen aus der Vergangenheit, anrechnen, um in der Zukunft weniger tun zu müssen.

Umweltverbände protestierten scharf. Energieeffizienz und erneuerbare Energien seien die beiden tragenden Pfeiler der Energiewende, mahnte der Deutsche Naturschutzring (DNR). „Sägt man einen davon ab, stürzt das gesamte Haus ein.“

Unklar ist noch, ob sich Deutschland von dem 2007 unter Bundeskanzlerin Angela Merkel vereinbarten EU-Energiesparziel abwendet. Statt der vereinbarten Senkung des Verbrauchs um 20 Prozent bis 2020 versuchte das Wirtschaftsministerium in den Verhandlungen eine Verbesserung der Energieintensität durchzusetzen. Doch das würde das EU-Ziel erheblich schwächen, weil höhere Energieintensität den Gesamtverbrauch nicht genügend senkt.

Gleichzeitig plant die EU-Kommission weitere Aktivitäten, um die Effizienz im Gebäudesektor zu verbessern. Bis zum 18. Mai können sich Verbände an einer Konsultation hierzu beteiligen. [dh, sl]

- Studie des IFEU-Instituts über die Auswirkungen der Effizienzrichtlinie: www.kurzlink.de/ifeu
- Konsultation: www.kurzlink.de/konsulgeb12

Effizienzrichtlinie II

Lichtblick am Effizienzhebel

■ Ende Februar hat sich der Industrieausschuss des EU-Parlaments mit großer Mehrheit dafür ausgesprochen, den EU-Vorschlag für eine Energieeffizienzrichtlinie deutlich ambitionierter zu gestalten. Noch über Nacht hatte der Industrieverband BusinessEurope versucht, den Vorschlag abzuschwächen. Umweltverbände zeigten sich erfreut, hatten sich aber im Gebäudesektor ehrgeizigere Vorschläge erhofft. Der Ausschuss stimmte für bindende Energiesparziele in den Mitgliedstaaten,

mit denen der Energieverbrauch der EU bis 2020 um insgesamt 20 Prozent sinken soll. Ferner sprach er sich für eine Stärkung des Effizienzmechanismus in Artikel 6 aus, mit dem Energieversorger verpflichtet werden können, ihren Kunden Energiesparangebote zu machen. Alternative Maßnahmen wollen die EU-Abgeordneten nur erlauben, wenn die Einsparleistung gleich bleibt.

Weniger standhaft waren die Abgeordneten bei der Sanierung öffentlicher Gebäude. So soll die Sanierungsquote statt drei nur noch 2,5 Prozent betragen. Im Gegenzug verlangte der Ausschuss mehr Qualität. Wenn ein Land eine Schule oder ein Krankenhaus sanieren will, soll es die Sparmöglichkeiten voll ausschöpfen und den Energieverbrauch des Gebäudes um bis zu 75 Prozent reduzieren. Auch Privathäuser sollen besser gedämmt werden. Ähnlich wie in Deutschland sollen die Mitgliedstaaten dafür Sanierungsfahrpläne aufstellen, mit denen der Energieverbrauch bis 2050 drastisch reduziert werden soll.

Deutsche Verbände begrüßten den Kompromiss. Vor der Abstimmung hatten der DNR, die Deutsche Unternehmensinitiative Energieeffizienz (Deneff), die Verbraucherzentralen und die IG BAU die „destruktive Haltung“ der Bundesregierung scharf kritisiert.

Nun folgen die Verhandlungen mit dem Ministerrat. Unter anderem aus Deutschland erwarten die Verbände deutlichen Gegenwind. Trotzdem wollen sich Parlament und Mitgliedstaaten noch vor Juli auf einen Gesetzesvorschlag einigen. [sl]

Solarstrom I

Regierung kürzt drastisch bei Fotovoltaik

■ Ende Februar hat das Bundeskabinett einen Gesetzesvorschlag zu schnellen Förderkürzungen bei Solarenergie auf den Weg gebracht. Umweltverbände sehen die Energiewende in Gefahr, auch einige Bundesländer kündigten Widerstand an.

Die Solarsubventionen waren zuletzt in die Kritik geraten, nachdem im vori-

gen Jahr weit mehr Solaranlagen gebaut wurden als erwartet. Rund 25.000 Megawatt Sonnenstrom können bei voller Auslastung inzwischen in Deutschland produziert werden. Das führt dazu, dass Solarstrom zu Spitzenzeiten Strom aus konventionellen Kraftwerken verdrängt. Wirtschaftsminister Philipp Rösler (FDP) hatte sich deshalb für einen sogenannten Solardeckel eingesetzt, um den jährlichen Neubau von Fotovoltaikanlagen auf 1.000 Megawatt zu begrenzen, während Umweltminister Norbert Röttgen (CDU) eine monatliche Kürzung der Einspeisevergütung befürwortete.

Nach langem Streit einigten sich die Minister Mitte Februar schließlich auf ein gemeinsames Solarkonzept. Statt einer Deckelung soll es nun eine drastische Kürzung der Solarförderung geben, die weit über den ursprünglichen Plänen des Umweltministeriums liegt. Die Minister schlugen vor, ab April die Einspeisevergütungen für Solarstrom von Dachanlagen um 20 Prozent und von Freiflächenanlagen um 30 Prozent zu kürzen. Danach soll die Förderung monatlich um weitere 0,15 Cent pro Kilowattstunde zurückgefahren werden. Außerdem soll künftig nur noch ein Teil des produzierten Solarstroms vergütet werden. Beide Regelungen treffen Betreiber großer Solaranlagen stärker als Hausbesitzer mit einer Solaranlage auf dem Dach.

Trotz starker Proteste auch aus den eigenen Reihen beschloss das Kabinett einen entsprechenden Gesetzentwurf. Thüringen und Nordrhein-Westfalen kündigten Widerstand im Bundesrat an.

Umweltverbände, Energiewende-Initiativen und die Solarwirtschaft kritisierten die Pläne der Bundesregierung scharf (siehe auch nebenstehenden Kommentar).

Der Energieexperte des Öko-Instituts Felix Matthes sagte der Wochenzeitung Die Zeit, grundsätzlich sei eine Kürzung der Solarsubventionen richtig, der Gesetzentwurf verfehle aber das Ziel, den Fotovoltaikmarkt zu stabilisieren und die Systemintegration der Solarenergie voranzutreiben. [dh]

► Felix Matthes: www.kurzlink.de/zeit12-02-solar

Volkswirtschaftlicher Wahnsinn

Bundeswirtschaftsminister Philipp Rösler zerstört deutsche Fotovoltaikunternehmen ein Jahr vor der absehbaren Marktreife. Gewinner sind der asiatische Markt und die Stromkonzerne, sagt Trudel Meier-Staude von Projekt21plus.

Die Ausgaben für erneuerbare Energien scheinen in diesem Jahr mit fast 18 Milliarden Euro besonders hoch zu sein. Doch volkswirtschaftlich betrachtet sind sie durch Einnahmen an anderer Stelle mehr als gedeckt. So hatten die Kommunen 2011 dank der Erneuerbaren eine Wertschöpfung in Höhe von 9,2 Milliarden Euro zu verzeichnen. An der Börse haben die erneuerbaren Energien im gleichen Jahr 4,4 Milliarden an Einnahmen gebracht, für 2012 wird noch eine halbe Milliarde mehr erwartet. Laut Bundesumweltministerium konnten im Strombereich schon 2010 Rohstoffimporte für 2,5 Milliarden Euro eingespart werden und an der Strombörse sparten uns die Erneuerbaren über den sogenannten Merit-Order-Effekt zwischen drei und sechs Milliarden – je nach Auftraggeber der Studie. Wenn wir nur die niedrigsten Beträge annehmen, kommen wir auf mehr als 19 Milliarden Euro Einnahmen – die entgangenen Umweltschäden noch gar nicht eingerechnet.

Ein Großteil der Investitionen kam von Privatpersonen, Landwirten und mittelständischen Betrieben. Diese Umverteilung von den großen Konzernen zu mehr Mittelstand und Wettbewerb haben wir dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) zu verdanken – das nun vor allem vom FDP-geführten Bundeswirtschaftsministerium unterwandert wird. Die Erneuerbaren sind angeblich zu teuer. Vor allem die Fotovoltaik sei zu stark ausgebaut worden. Das treibe die Strompreise hoch. Doch die Kosten der Fotovoltaik haben kaum mehr Einfluss auf die Preise. Die EEG-Umlage hat sich seit 2009 verdreifacht, während sich die Kosten für die erneuerbaren Energien nicht einmal verdoppelt haben.

Ein Hauptgrund für den Strompreisanstieg sind die niedrigen Preise an der Strombörse, gekoppelt an die Ausgleichsmechanismusverordnung. Einfluss nehmen auch Direktvermarktung und Grünstromprivileg. Für 2012 und 2013 werden die von Bundeswirtschaftsminister Philipp Rösler und Umweltminister Norbert Röttgen neu eingeführten Entlastungen für die Industrie deutliche Erhöhungen bei den Strompreisen und der EEG-Umlage auslösen.

Eine Alternative zum Solarkahlschlag wären etwa eine moderate Vergütungsrosselung für die Fotovoltaik mit Bevorzugung der deutschen Hersteller eine Anhebung der Eigenstromnutzung und ein Forcieren von netzstabilisierenden Maßnahmen gewesen. So hätten sich die deutschen Firmen halten können, zugleich wäre über die Eigenstromnutzung der Speicherausbau vorangetrieben worden. Die Kunden hätten beim Strompreis und die Netzbetreiber bei den Ausbaukosten gespart. Die Industrie aktiv einzubinden, statt sie nur zu entlasten, hätte eine Win-win-Situation für Versorger, Netzbetreiber und Endverbraucher schaffen können.

Nun aber müssen deutsche Solarhersteller, Projektierer und spezialisierte Installationsbetriebe reihenweise Insolvenz anmelden. Zehntausende Arbeitsplätze werden vernichtet. Nur Hersteller aus Fernost, die mit billigen Arbeitskräften und massivem staatlichem Schutz produzieren können, werden diese Entwicklung teilweise überstehen. Der Marktsektor verliert seine Innovationskraft. Ein wichtiger Baustein der Energiewende wird abrupt gegen null gebremst. Profiteure werden Stromkonzerne sein, die den nicht vergütungsfähigen Strom leicht selbst vermarkten können. Kleine und mittlere Solaranlagenbetreiber können für diesen Strom höchstens einen symbolischen Preis nehmen.

Die massive Kürzung ist auch deshalb bitter, weil die Fotovoltaik kurz vor der Marktreife stand. In etwa einem Jahr wäre in Südeuropa oder für Kleinanlagen in Deutschland keine besondere Vergütung mehr nötig gewesen. Die deutschen Stromkunden haben über zehn Jahre ein volkswirtschaftliches Wunder mitgetragen. Nach dem erzwungenen Aus müssen sie nun auch noch für den Schaden aufkommen.

Trudel Meier-Staude ist Geschäftsführerin und Kampagnenleiterin beim Beratungsbüro Projekt21plus in München.

Kontakt: Tel. +49 (0)89 / 35653344, E-Mail: info@projekt21plus.de, www.projekt21plus.de

Solarstrom II

Energiegenossenschaften

■ In den letzten drei Jahren hat sich die Anzahl der Energiegenossenschaften in Deutschland verdoppelt. Vor allem im Süden entstanden immer mehr Zusammenschlüsse, zumeist mit dem Schwerpunkt Solarstrom. Die Genossenschaften sind demokratisch organisiert und die Mitglieder haften nur mit ihren Einlagen (umwelt aktuell 10.2011, S. 4). Der Trend führe zu einer Dezentralisierung der Energieversorgung, fördere erneuerbare Energien und stärke die Wertschöpfung vor Ort, sagte Nils Boenigk von der Agentur für Erneuerbare Energien in Berlin. [tg]

- www.energiegenossenschaften-gruenden.de
- www.klimaretter.info/energie/hintergrund/10586

Erneuerbare Energien

Ökostrom für Stuttgart

■ Die Stadtwerke Stuttgart wollen ab September vollkommen auf Ökostrom umsteigen. Der Aufsichtsrat der Stadtwerke wählte dafür im Februar die Elektrizitätswerke Schönau (EWS) als Betriebspartner. Die EWS sind aus einer Bürgerinitiative gegen Atomkraft hervorgegangen und gehören seit der Strommarktliberalisierung 1998 zu den bekanntesten unabhängigen Ökostromanbietern. EWS-Vorstand Michael Sladek bezeichnete die Zusammenarbeit als „kleinen Quantensprung“. Das Unternehmen wolle in Stuttgart die dezentrale Stromerzeugung ausbauen. [hv, sl]

- www.kurzlink.de/stuttgart-ews

Biomasse

EU-Kommission plant Nachhaltigkeitskriterien

■ Die EU-Kommission will bis Ende des Jahres Vorschläge für die Einführung von Nachhaltigkeitsstandards für energetisch

genutzte feste Biomasse erarbeiten. Das Vorhaben ist unter Mitgliedstaaten und Interessenvertretern umstritten.

Die Pläne waren bei einer Konferenz zur geplanten europäischen Erneuerbare-Energien-Strategie im März bekannt geworden, bei dem die Ergebnisse einer Konsultation aus dem vergangenen Jahr vorgestellt wurden. Die EU-Kommission hat bisher keine Einzelheiten veröffentlicht. Es sei jedoch „eine Ausweitung der Biokraftstoffkriterien auf feste Biomasse“ vorgesehen, sagte Hans van Steen, Leiter des Referats für erneuerbare Energien.

Die Reaktionen sind geteilt. Während einige Mitgliedstaaten wie Schweden eine nationale Regelung vorziehen und die Pläne der Kommission ablehnen, fordern Industrieverbände zusätzliche Rechtssicherheit und bessere Bedingungen, die eine weiter reichende Nutzung von Biomasse ermöglichen könnten. Der Leiter des Greenpeace-Büros in Brüssel, Jorgo Riss, sagte, die Kommission solle lieber über Energieeinsparmöglichkeiten nachdenken.

Auch eine Studie der Menschenrechtsorganisation FIAN übt scharfe Kritik an der EU-Biokraftstoffpolitik: Diese trage zur Verletzung des Rechts auf Nahrung in Entwicklungsländern bei, indem sie große Plantagen statt Kleinbauern fördere. Damit konterkarierten die EU und die deutsche Bundesregierung ihre Anstrengungen zur Hungerbekämpfung, heißt es in der Studie, die im Auftrag der Plattform EuropAfrica erarbeitet und Ende Februar bei der EU-Kommission vorgestellt wurde. Der UN-Sonderberichterstatter zum Recht auf Nahrung, Olivier De Schutter, sagte bei der Präsentation der Studie in Brüssel, in der Richtlinie 2009/28/EG zur Förderung erneuerbarer Energien sei die EU von falschen Annahmen zu den globalen Auswirkungen ausgegangen. VertreterInnen afrikanischer Bauernorganisationen verlangten, alle Anreize für eine globale Agrartreibstoffproduktion zu streichen. [cn, mb]

- Konferenz: www.kurzlink.de/konsult-ergebnis12
- Studie: www.europafrika.info/en/publications/biofueling-injustice
- FIAN, Agrarreferent Roman Herre, Tel. +49 (0)176 / 76145926, www.fian.de

Öl aus Teersanden

Vorerst kein Importverbot

■ Die EU-Mitgliedstaaten haben die Entscheidung über einen Importstopp von Öl aus kanadischen Teersanden vertagt. Ein entsprechender Vorschlag der EU-Kommission bekam Ende Februar in der Sitzung des Ausschusses der Ständigen Vertreter der Mitgliedstaaten (AStV) nicht die nötige Mehrheit. Umweltverbände zeigten sich enttäuscht.

Bei der Teersandgewinnung in großen Tagebauen werden ganze Wälder abgeholzt und Moore zerstört. Die größten Abbaubereiche liegen in Kanada. Laut einer Studie der Universität Stanford für die EU-Kommission hat Benzin aus Teersand eine um 23 Prozent schlechtere CO₂-Bilanz als fossile Kraftstoffe. Die Kommission will den Import solcher „schmutzigen“ Treibstoffe durch eine Verschärfung der Kraftstoffqualitätsrichtlinie einschränken. Die kanadische Regierung hat der EU deshalb mit einem Handelsstreit gedroht.

Im AStV konnten sich die Mitgliedstaaten allerdings nicht auf eine Einfuhrbeschränkung verständigen, da sich die meisten EU-Länder, darunter auch Deutschland, ihrer Stimme enthielten. Im Juni sollen nun die EU-Umweltminister über das Vorhaben abstimmen. Umweltverbände kritisierten die Vertagung scharf. [dh]

- www.foeeurope.org/tar-sands

Biotreibstoffe

Kampfdrohnen mit Biosprit

■ Die US-Armee hat im März die ersten mit Biotreibstoff betriebenen Drohnen getestet. Die Probeflüge der unbemannten, zur Hälfte mit Algentreibstoff betankten Flugzeuge seien Teil der Initiative des US-Verteidigungsministeriums, von fossilen Energieträgern unabhängiger zu werden, berichtete der britische Guardian. Zuvor seien bereits Tests mit Überschallflugzeugen und Schiffen durchgeführt worden. Die Kriegsmarine will noch in diesem Jahr die ersten zehn Schiffe, U-Boote und

„Keiner berichtet mehr über Fukushima, aber die Schäden für Menschen und Umwelt bleiben“

Am 11. März 2011 kam es nach einer schweren Erdbeben- und Tsunamikatastrophe zu einem Super-GAU im japanischen Kernkraftwerk Fukushima. Die Regierung nahm in der Folge 51 von 54 Reaktoren vorläufig vom Netz. Für die Menschen in den kontaminierten Gebieten unternimmt die Politik aber viel zu wenig, kritisiert Akiko Yoshida von Friends of the Earth Japan.

umwelt aktuell: Frau Yoshida, im März hat sich die Tsunami- und Reaktorkatastrophe in Fukushima zum ersten Mal geäußert. Wie haben Sie die Ereignisse am 11. März 2011 erlebt?

Akiko Yoshida: Ironischerweise war ich genau an dem Tag in der Präfektur Yamanashi westlich von Tokio, um dort Fotovoltaik- und Wasserkraftanlagen zu besichtigen. Wir waren noch im Auto, als die Erde bebte. Natürlich waren wir besorgt, aber wegen eines Stromausfalls konnten wir nichts Genaueres erfahren. Erst am nächsten Tag habe ich dann im Fernsehen die Bilder des Tsunamis und des zerstörten Atomreaktors gesehen.

Auch hier haben viele Menschen bestürzt auf die Katastrophe reagiert und gegen Atomkraft demonstriert. Wie wurden die deutschen Proteste und der Ausstiegsbeschluss in Japan wahrgenommen?

Dass so viele Menschen gegen Atomkraft demonstrieren und Mahnwachen für Fukushima abhalten, hat uns sehr bewegt. Auch der deutsche Atomausstieg hat uns ermutigt. Aber warum geht das nicht auch bei uns? Fukushima liegt doch in Japan und wir sind die direkten Betroffenen! Auch bei uns muss sich die Politik ändern, vor allem darf die Atomlobby nicht länger die Energiegesetze diktieren. Dafür brauchen wir noch mehr internationalen Druck auf Regierung, Medien und Bürger.

Wie stehen die Menschen in Japan heute zur Atomenergie und wie hat sich die japanische Antiatombewegung im vergangenen Jahr entwickelt?

Im Laufe des letzten Jahres gab es mehrere große Demonstrationen in Tokio, aber auch in anderen Regionen. Im September sind sogar 60.000 Leute auf die Straße gegangen. Viele junge Leute, auch Familien mit kleinen Kindern auf sehr bunten, kreativen Demos, wie wir sie nur aus Europa kannten. Solche Proteste waren vor der Katastrophe in Japan undenkbar. Vor Kurzem haben sich in Yokohama 50.000 Menschen zur weltweit größten Konferenz für eine atomfreie Welt getroffen. Es engagieren sich also immer noch viele Leute gegen Atomkraft.

Spürt man heute im Alltag noch Nachwirkungen der Katastrophe?

Das ist schwer zu sagen. In vielen Teilen des Landes, vor allem im Westen, hat sich das Leben der Menschen schon wieder normalisiert. Nach den Ereignissen in Fukushima waren in Tokio viele Geschäfte und Supermärkte weniger beleuchtet, um Strom zu sparen. Heute achtet darauf keiner mehr. Auch die großen Medien berichten kaum noch über Fukushima. Aber die Schäden für Menschen und Umwelt bleiben.

Und wie sieht es auf der politischen Ebene aus?

Die japanische Regierung hat viel zu wenig unternommen. Informationen und Daten wurden zurückgehalten oder erst mit großer Verspätung veröffentlicht. Ein Beispiel: Auch noch Ende März hat die Regierung behauptet, dass die Radioaktivität nicht direkt schädlich sei. Der Grenzwert für die Strahlenbelastung der Bevölkerung wurde sogar einfach auf 20 Millisievert erhöht [das entspricht der in Europa gesetzlich erlaubten Strahlendosis für AKW-Mitarbeiter, Anm. d. Red.], für Atomarbeiter in Fukushima sogar auf 250 Millisievert. Die damit zusammenhängende, vollkommen unzureichende Evakuierungspolitik kritisieren wir besonders. Ein zentrales Problem in Japan bleibt die viel zu enge Vernetzung von Atomlobby und Politik. Hier hat es aber zum Glück einen kleinen Wandel gegeben: Erstmals werden auch wenige unabhängige Experten in der politischen Debatte angehört. Im Moment diskutiert die Regierung drei Optionen für die zukünftige Energiepolitik: einen sofortigen Atomausstieg, einen graduellen Ausstieg oder aber es bleibt alles beim Alten.

Die japanische Regierung will die Sicherheit der Kernkraftwerke in Ihrem Land durch Stresstests überprüfen. Was wird das bringen?

Das sind ja nur Computersimulationen. Wie soll so die Sicherheit eines Kraftwerks bewiesen werden? In den geplanten Simulationen werden auch gar nicht alle Ursachen des Reaktorunglücks berücksichtigt. Bisher galt nur der Tsunami als Auslöser des Unfalls, inzwischen betrachtet aber selbst die Kommission für nukleare Sicherheit auch das Erdbeben als Ursache. Wir fordern also, dass das zuerst geklärt wird und

danach die Sicherheitsbestimmungen entsprechend angepasst werden. Außerdem muss die Atombehörde von Grund auf reformiert werden, weil sonst dieselben Leute für die Sicherheitsprüfungen verantwortlich sind, die auch die Katastrophe in Fukushima zu verantworten haben. Erst dann kann man über Stresstests nachdenken. In der Präfektur Fukui im Westen Japans haben erst kürzlich zwei Reaktoren einen solchen Test bestanden, obwohl sie in einer Erdbebenregion stehen und es hier schon mehrfach zu Störfällen gekommen ist. Mit einer Petition fordern wir deshalb, das Atommoratorium zu verlängern, zumindest bis alle Ursachen vollständig aufgeklärt sind.

Und was unternimmt Friends of the Earth Japan noch?

Unser Hauptanliegen ist eine gute Evakuierungs- und Entschädigungspolitik. Die Stadt Fukushima ist hochgradig kontaminiert, nicht nur in der Evakuierungszone. Das macht weitere Umsiedlungen notwendig, aber die Politik bleibt tatenlos. Deshalb hat Friends of the Earth Japan ein freiwilliges Evakuierungsprojekt gestartet. Außerdem müssen die Bewohner der Präfektur Fukushima und auch die Betroffenen in den anderen Regionen angemessen entschädigt werden. Und zwar von Tepco!

Können wir Ihre Arbeit unterstützen?

Natürlich freuen wir uns immer über finanzielle Unterstützung zum Beispiel für unsere Evakuierungsprojekte. Um die Atompolitik in Japan langfristig verändern zu können, brauchen wir vor allem einen noch stärkeren internationalen Druck auf unsere Regierung.

[Interview: Carla Noever, Daniel Hiß]

Akiko Yoshida ist bei Friends of the Earth Japan in Tokio für Atomkraft und Energie zuständig.

Kontakt:
Tel. +81(0)3 / 69077217,
E-Mail:
yoshida@foejapan.org,
www.foejapan.org



Flugzeuge mit einem Mix aus Atom- und Bioenergie antreiben und dafür 500 Millionen Dollar investieren.

Die US-Armee ist der weltweit größte Energieverbraucher. Bis 2020 will sie ein Drittel ihres fossilen Kraftstoffs durch Biosprit ersetzen. Umweltaspekte stehen dabei jedoch im Hintergrund. Das Pentagon erhofft sich laut dem Bericht eine sichere Energieversorgung mit weniger Ölimporten und eine höhere Wirksamkeit ihrer militärischen Missionen. Biosprit soll sogar besser für die Motoren sein. [cn]

► Guardian: www.guardian.com/p/36772

► Hintergrund: www.kurzlink.de/us-armee-biosprit

Atomenergie I

Kein Ende trotz Ausstieg

■ In einem Brief an die Vorsitzenden von CDU, CSU, FDP und SPD sowie an Bundesumweltminister Norbert Röttgen (CDU) hat der Präsident des Deutschen Naturschutzrings (DNR) Hubert Weinzierl die Atompolitik der Bundesregierung kritisiert. Auch ein Jahr nach Fukushima sei ein Ende der Atomenergie nicht in Sicht, so der Präsident des Dachverbandes. In der Europäischen Atomgemeinschaft (Euratom) und durch Hermes-Bürgschaften für

das Atomkraftwerk Angra 3 in Brasilien fördere die Bundesregierung weiter die Kernkraft. Die Förderung von AKWs im Ausland müsse ein Ende haben.

Der FDP-Vorsitzende Philipp Rösler wies die Kritik zurück. Euratom und Hermes-Bürgschaften seien notwendig, um moderne Sicherheitstechnologien in ausländischen Anlagen zu gewährleisten. [dh]

► DNR, Generalsekretär Dr. Helmut Röscheisen, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 6781775-70, www.dnr.de

Atomenergie II

Größte Demo in Frankreich

■ Über 60.000 Menschen haben bei der bisher größten französischen Antiatomdemonstration am 11. März eine 230 Kilometer lange Menschenkette durch das Rhônetal gebildet. Das berichtete das Hamburger Abendblatt. Die große Beteiligung an der Aktion zwischen Lyon und Avignon habe selbst die Organisatoren von der Ausstiegsbewegung Sortir du nucléaire überrascht. Doch seit Fukushima ändere sich auch die Stimmung in Frankreich mit seinem 75-prozentigen Atomstromanteil. [mb]

► www.chainehumaine.org

► www.abendblatt.de/article2213827

KONSUM & VERBRAUCHERSCHUTZ

Lebensmittelverschwendung

Tonnenweise Essen im Müll

■ Privathaushalte werfen am häufigsten noch brauchbare Lebensmittel weg: Fast 82 Kilogramm pro Kopf landen durchschnittlich jedes Jahr in deutschen Abfalltonnen, ergab eine Studie für das Bundesverbrauchermministerium. Um das zu ändern, startete Ministerin Ilse Aigner (CSU) im März eine Informationskampagne. VerbraucherInnen sollen aufgeklärt werden, wie sie unnötige Abfälle vermeiden können.

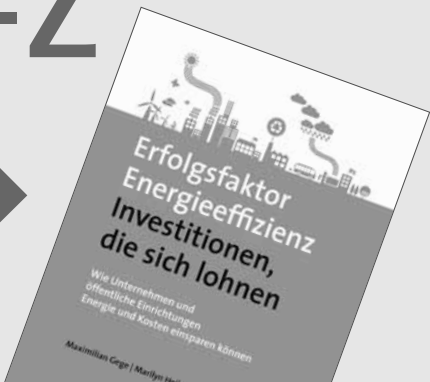
Die Grünen und der Deutsche Naturschutzring (DNR) kritisierten, dass die Strategie allein bei den Verbrauchern ansetze. Die Politik dürfe nicht nur unverbindliche Appelle abgeben und müsse auch die Hersteller in die Pflicht nehmen und mit der Zivilgesellschaft kooperieren, so der DNR. Der DNR, der Bundesverband Deutsche Tafel und die Deutsche Welthungerhilfe bereiten eine Kampagne gegen Lebensmittelverschwendung vor. [mbu]

► BMELV, Berlin, Tel. +49 (0)1888 / 529-3173, Fax -3179, www.bmelv.de

► DNR, Helmut Röscheisen, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 6781775-70, E-Mail: info@dnr.de, www.dnr.de

Nachhaltigkeit

A-Z



E wie Energieeffizienz

Die Energiewende erfordert nicht nur eine viel intensivere Nutzung der erneuerbaren Energien. Viel schneller, günstiger und langfristiger lässt sich eine effizientere Nutzung von Energie in Betrieben, öffentlichen Einrichtungen und Haushalten umsetzen. Lesen Sie, dass erforderliche Technologien nicht neu erfunden werden müssen. Und dass notwendige Investitionen sich schon nach überraschend kurzer Zeit rechnen – auch für die Volkswirtschaft.

M. Gege, M. Heib (Hrsg.)
Erfolgsfaktor Energieeffizienz – Investitionen, die sich lohnen
 Wie Unternehmen und öffentliche Einrichtungen Energie und Kosten einsparen können

240 Seiten, Hardcover, komplett in Farbe, 24,90 EUR, ISBN 978-3-86581-267-4

Erhältlich bei
www.oekom.de
oekom@verlegerdienst.de

Die guten Seiten der Zukunft 

Aquakulturen**Ökosiegel erlaubt Genfutter**

■ Ob Fische mit gentechnisch veränderter Soja gefüttert wurden, spielt bei der Vergabe des neuen Siegels für nachhaltige Aquakulturen (Aquaculture Stewardship Council – ASC) offenbar keine Rolle. Das berichtet der Informationsdienst Gentechnik. Der WWF preise das Siegel dennoch als „Öko-Label“ an. Aus Sicht des BUND ist das Siegel eher eine Verbrauchertäuschung, weil die Kunden nicht wüssten, dass sie mit dem Kauf von ASC-Fisch den umweltschädlichen Anbau von genmanipulierter Soja in Südamerika förderten. [mbu]

- Infodienst Gentechnik: www.keine-gentechnik.de/news-gentechnik/news/de/25262
- BUND zu Gensoja: www.kurzlink.de/wwf-gensoja

Lebensmittelskandal**Polnische Wurst mit Streusalz gepökelt**

■ In Polen sind etwa zehn Jahre lang Lebensmittel verkauft worden, die dioxinhaltiges Industriesalz enthalten. Das Salz, ein Abfallprodukt aus der PVC-Herstellung, stammt nach einem Bericht des Fernsehsenders TVN aus einer Chemiefabrik. Mehrere Zwischenhändler hatten das Salz, das auch als Streusalz verwendet wird, umdeklariert und an Fleisch- und Fischbetriebe, Großbäckereien und Konservenunternehmen verkauft. Mindestens 600 Tonnen Industriesalz seien auf den Markt gelangt.

TVN zufolge wurde gegen fünf Personen Haftbefehl erlassen. Die Reporter fragten vergeblich nach, warum die Behörden bisher nicht ermittelt hätten, obwohl seit einigen Jahren Hinweise vorlägen. Wie die Märkische Oderzeitung (MOZ) berichtete, bezeichnete die Hygienebehörde die betroffenen Lebensmittel als „nur schwach gesundheitsgefährdend“. [mbu]

- Quelle: www.polen.pl/schlagwort/salzafrage
- TVN: www.uwaga.tvn.pl/szukaj.html?q=anwil
- MOZ: www.kurzlink.de/moz-1012554

LANDWIRTSCHAFT & GENTECHNIK

Agrarsubventionen**EU will Geld zurück**

■ Nach dem Rechnungsabschluss im Februar hat die EU-Kommission von den Mitgliedstaaten mehr als 54 Millionen Euro vorschriftswidrig eingesetzter Agrar-beihilfen zurückgefordert. Die Summe fließt wieder in den EU-Haushalt, weil die EU-Länder beispielsweise die Auszahlung von Zuschüssen an Landwirte nicht ausreichend kontrolliert hatten. 30 Millionen Euro muss allein Großbritannien zurückzahlen, das die Anforderungen an landwirtschaftliche Betriebe unzureichend umgesetzt hatte. Italien und die Niederlande folgen auf den Plätzen zwei und drei. Deutschland muss nur 36.000 Euro zurückzahlen. [mbu]

- www.kurzlink.de/agrargeld-rueck2012

Ökozertifizierung**Bio transatlantisch anerkannt**

■ Die EU und die USA akzeptieren gegenseitig ihre Standards zur Zertifizierung ökologischer Erzeugnisse. Mitte Februar unterzeichneten US-Vizeagrarministerin Kathleen Merrigan und EU-Agrarkommissar Dacian Cioloș ein entsprechendes Abkommen. Die Regelung gilt ab Juni. Für Landwirte bedeutet sie zunächst weniger Bürokratie beim Im- und Export. Merrigan und Cioloș erhoffen sich davon auch eine Stärkung des Ökolandbaus.

Im Februar rief Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner die deutschen Bauern zu mehr Engagement für den Ökolandbau auf. Der Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft (BÖLW) kritisierte, dass die Umstellung von Betrieben hinter der Bio-Nachfrage zurückbleibe. [mbu]

- EU: www.kurzlink.de/biohandel-koop.pdf
- USA: www.kurzlink.de/biohandel-koop-usa
- BÖLW, Tel. +49 (0)30 / 28482300, www.boelw.de

Genpflanzenzulassung I**EFSA verspricht mehr Kontrolle und Transparenz**

■ Die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) hat die Neuregelungen veröffentlicht, mit denen sie ihre Richtlinien für Unabhängigkeit umsetzen will. Bisher war die EFSA immer wieder wegen zu enger Verflechtungen mit der Industrie kritisiert worden.

Die EFSA ist unter anderem für die Genehmigung gentechnisch veränderter Pflanzen in der EU zuständig. In der Vergangenheit ist es immer wieder vorgekommen, dass MitarbeiterInnen während ihrer Tätigkeit in der Risikobewertung der Behörde gleichzeitig bei einem Biotechnologieunternehmen arbeiteten oder ohne lange Wartezeit zwischen Wissenschaft und Wirtschaft wechselten. Diese Verquickungen hat der Verein Testbiotech aufgelistet.

Im Februar veröffentlichte die Konsumentenschutzorganisation Corporate Europe Observatory eine Studie über den Einfluss von Lobbyisten auf die EFSA. Darin heißt es, dass trotz neuer Regeln der Einfluss der Lebensmittelindustrie sehr groß sei und „weiterhin ein großer Handlungsbedarf besteht“. [mbu, UWD]

- EFSA: www.efsa.europa.eu
- Testbiotech: www.testbiotech.de/independence
- CEO-Studie: www.lobbycontrol.de/blog/index.php/2012/02/14

Genpflanzenzulassung II**Kein EU-Konsens über nationale Anbauverbote**

■ Die Umweltminister der EU-Staaten haben im März keine gemeinsame Regelung für den Umgang mit gentechnisch veränderten Pflanzen getroffen. Ein Vorschlag der dänischen EU-Ratspräsidentschaft wollte es den Mitgliedstaaten überlassen, ob sie die Aussaat genmanipulierter Pflanzen genehmigen oder nicht. ►

Bisher entscheidet die EU-Kommission über die Zulassung von Genpflanzen. Die Mitgliedstaaten dürfen den Anbau nur verbieten, wenn sie wissenschaftlich nachweisen können, dass die Pflanzen Umwelt oder Gesundheit gefährden. Der Vorschlag der Ratspräsidentschaft hätte es ihnen ermöglicht, schon vor der EU-weiten Zulassung mit den Saatgutfirmen Ausnahmen für nationale Verbote auszuhandeln.

Deutschland und weitere sechs EU-Länder stimmten gegen den Vorschlag. Die Bundesregierung begründete dies damit, dass es zu juristischen Auseinandersetzungen mit der Welthandelsorganisation kommen könne. Der Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft (BÖLW) warf dem zuständigen Bundeslandwirtschaftsministerium vor, sich nicht für den Vorschlag des EU-Parlaments vom Juli 2011 eingesetzt zu haben. Dieser hätte es Regionen erlaubt, Anbauverbote zu erlassen, ohne die Industrie einzubeziehen. Möglicherweise kommt das Thema im Juni noch einmal auf die Tagesordnung des Umweltministerrates. [mbu]

- Umwelttrat: www.kurzlink.de/128883.pdf
- BÖLW, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 28482-300, Fax -309, E-Mail: info@boelw.de, www.boelw.de

Genpflanzenzulassung III

Frankreich gegen MON 810

■ Die französische Regierung hat im Februar die EU-Kommission aufgefordert, die Zulassung des gentechnisch veränderten Mais MON 810 aufzuheben. Das Agrarministerium in Paris begründete den Vorstoß mit neuen wissenschaftlichen Erkenntnissen. Demnach ist der Monsanto-Mais riskanter für die Umwelt als bisher angenommen.

Das Ministerium bezieht sich auf ein Gutachten der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) von Ende 2011. Darin sind die Risiken aufgeführt, die der Bt11-Mais für die Umwelt birgt. Die Erkenntnisse ließen sich auf MON 810 übertragen. Derzeit wird geprüft, ob der Genmais, der als Futtermittel zugelassen ist, erneut eine Aussaatgenehmigung

erhält. Frankreich hatte 2008 den Anbau von MON 810 verboten, die Entscheidung wurde jedoch im vergangenen Jahr vom obersten Verwaltungsgericht des Landes aufgehoben, weil das Verbot auf einer falschen Rechtsgrundlage beruhe. Die Regierung hatte daraufhin angekündigt, den Anbau dennoch weiter zu verbieten und die Möglichkeiten für ein anhaltendes Verbot zu prüfen. Paris fordert nun, dass die EU-Kommission MON 810 vollständig neu bewertet und verbindliche Anbauregeln definiert. [mbu]

- Französisches Agrarministerium: www.agriculture.gouv.fr/consultation-mesure-d-urgence-MON810
- Hintergrund: www.keine-gentechnik.de/bibliothek/zulassungen/dossier-mon-810-mais

Gentechnische Kontamination

Saatgutfirmen müssen reine Ware liefern

■ Das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig hat Ende Februar entschieden, dass mit Gentechnik verunreinigte Felder umgepflügt werden müssen – auch, wenn die Landwirte nicht wussten, dass sie gentechnisch kontaminierte Samen gesät hatten.

Der Gerichtsentscheid stärkt den Schutz der gentechnikfreien Landwirtschaft vor nicht zugelassenen Gentechnikpflanzen, die unbeabsichtigt auf den Acker kommen. Finden sich im Saatgut Spuren gentechnisch verunreinigter Bestandteile, darf dieses nicht verwendet werden. Bei Mais reicht schon eine Verschmutzung von 0,1 Prozent, damit pro Hektar 100 gentechnisch veränderte Pflanzen wachsen. Wäre eine solche Vermischung von gentechnikfreiem mit genverändertem Mais legal, könnte die gesamte Nahrungskette verunreinigt werden. Landwirte und Lebensmittelhersteller, die ohne Gentechnik produzieren, müssten viel Geld für die Kontrolle ihrer Ware zahlen.

Umweltverbände lobten das Urteil. Die Richter hätten nicht nur das Interesse der Imker, sondern auch das aller Verbraucher gewahrt, sagte Thomas Radetzki, Vorsit-

zender des Imkerbündnisses Mellifera. Das Bundesverwaltungsgericht nehme die Saatgutfirmen in die Pflicht, den Landwirten gentechnikfreies Saatgut zu liefern, sagte die BUND-Gentechnikexpertin Heike Moldenhauer. [mbu]

- Urteil: www.kurzlink.de/gensaaterteil02-2012
- Mellifera, Thomas Radetzki, Rosenfeld, Tel. +49 (0)7428 / 94524-90 Fax -99, www.mellifera.de
- BUND, Heike Moldenhauer, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 275864-456, www.bund.net/gentechnik

NATURSCHUTZ & BIODIVERSITÄT

Bodenrahmenrichtlinie

EU-Kommission hartnäckig

■ Die EU-Kommission hat im Februar dem Europäischen Parlament und dem EU-Ministerrat zwei Berichte über die Degradation der europäischen Böden vorgelegt. Demnach gehen täglich 275 Hektar fruchtbarer Boden durch Flächenversiegelung verloren. Umweltkommissar Janez Potočnik forderte die Mitgliedstaaten und das EU-Parlament auf, die Verhandlungen über eine europäische Bodenschutzregelung fortzusetzen. Nur dann könnten die Erzeugung hochwertiger Nahrungsmittel und sauberes Grundwasser gesichert, intakte Naherholungsgebiete erhalten und der Ausstoß von Treibhausgasen verringert werden, sagte Potočnik.

Weil die Bodendegradation den Schutz von Klima und Biodiversität bremst, hatte die EU-Kommission 2006 eine Bodenrahmenrichtlinie vorgeschlagen. Vor allem durch den Widerstand Deutschlands liegt sie derzeit auf Eis. Umweltverbände und Politiker forderten die Bundesregierung Ende vergangenen Jahres auf, die Richtlinie nicht länger zu blockieren. [mbu, hv]

- Bericht über die politischen Aspekte: www.ec.europa.eu/environment/soil/three_en.htm
- Wissenschaftlicher Bericht zum Bodenzustand: www.ec.europa.eu/dgs/jrc/downloads/jrc_reference_report_2012_02_soil.pdf

Biologische Vielfalt**Artenschwund geht weiter**

■ Nur wenn die Arbeit für den Erhalt der biologischen Vielfalt ausreichend finanziert wird, kann das Artensterben gestoppt werden. Das ist das Hauptergebnis einer Analyse zum Zustand des Natur- und Artenschutzes in Deutschland, die der NABU zum Internationalen Tag des Artenschutzes am 3. März veröffentlichte.

Aus Sicht des Naturschutzbundes setzt sich aber kein Bundesland genug für einen erfolgreichen Arten- und Biotopschutz ein. NABU-Präsident Olaf Tschimpke nannte das Ergebnis beschämend. 20 Jahre, nachdem sich die EU-Staaten mit der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie zu mehr Naturschutz verpflichtet hätten, sei die Landkarte des Artenschutzes noch immer ein Flickenteppich. Zwar gebe es Erfolge, etwa beim Otter, Biber, Uhu, Kranich oder Wolf. Insgesamt sei der Zustand aber besorgniserregend. So drohten Großer Brachvogel, Kiebitz und Rebhuhn zu verschwinden.

Bundesumweltministerium und Bundesamt für Naturschutz kündigten unterdessen an, Regionen mit besonderer biologischer Vielfalt mit jährlich insgesamt 15 Millionen Euro aus dem Bundesprogramm biologische Vielfalt zu fördern.

Bundesumweltminister Norbert Röttgen fordert außerdem, ab 2014 mindestens zehn Prozent des EU-Schutzgebietsnetzwerks Natura 2000 über den europäischen Umweltfonds LIFE zu finanzieren. Dafür wären knapp 600 Millionen Euro im Jahr notwendig. Beim Treffen der EU-Umweltminister im März setzte sich Röttgen für eine entsprechende Aufstockung des Umweltförderprogramms ein. Der NABU hält es sogar für nötig, mindestens 20 Prozent der Natura-2000-Kosten über LIFE zu decken. Dafür müsste das Programm auf etwa ein Prozent des EU-Haushalts aufgestockt werden. Die EU-Kommission hatte in ihrem Vorschlag von Ende 2011 allerdings nur 0,3 Prozent vorgesehen. [mbu]

- Analyse: www.nabu.de/artenschutz2012
- NABU, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 284984-0
- Bundesumweltministerium, Berlin, Tel. +49 (0)1888 / 305-2010, www.bmu.de/48430

Ökologische Waldwirtschaft**FSC erneuert Standards**

■ Die Organisation zur Zertifizierung nachhaltiger Forstwirtschaft FSC (Forest Stewardship Council) hat ihre Bewertungsmaßstäbe und Leitsätze überarbeitet. Ihre Mitglieder stimmten zu, doch Umweltverbände kritisieren die neuen Kriterien teils als zu unklar. So bemängelt Greenpeace, dass bei der Neuregelung nicht zwischen natürlich gewachsenen Wäldern und Plantagen unterschieden werde. Auch eine verbindliche Forderung nach Wiederaufforstung mit heimischen Arten fehle.

Die neuen Standards sehen auch einen besseren Schutz für Forstarbeiter vor. Zudem wurde ein Grundsatz für die Rechte der Einheimischen verankert, der den UN-Standards entspricht. Seit Langem hatten Nichtregierungsorganisationen wie Pro Regenwald kritisiert, dass das FSC-Label die Rechte der Ureinwohner nicht garantierte. [mbu]

- FSC: www.kurzlink.de/fsc-standards-2012
- Greenpeace-Hintergrund: www.greenpeace.de/themen/waelder/oekologische_waldnutzung
- Pro Regenwald: www.pro-regenwald.org/news/2010/03/30/Zertifikat_entziehen

Abholzung**Laubwälder in Gefahr**

■ In den vergangenen 20 Jahren ist immer mehr Holz verbraucht worden, was zu einer stärkeren Abholzung und höheren Preisen führte. Daher fordern BUND, NABU, Forum Umwelt und Entwicklung und Greenpeace einen transparenten Umgang mit Daten und Planungen in öffentlichen Wäldern. Staatliche und kommunale Waldeigentümer sollen die Abholzung alter Laubwälder so lange stoppen, bis zehn Prozent der öffentlichen Wälder verbindlich und dauerhaft geschützt sind. Die Umweltverbände fordern die Länder auf, den Zustand der Wälder offenzulegen. „Es muss endlich Schluss sein mit der Geheimniskrämerei“, sagte László Maráz vom Forum Umwelt und Entwicklung.

„Was haben öffentliche Waldbesitzer vor den Bürgern zu verheimlichen?“

Die deutsche Forstwirtschaft begründet die intensive Bewirtschaftung mit dem Wachstum alter Laubwälder zwischen 1987 und 2002. Laut Statistik stieg allerdings in den vergangenen zehn Jahren, von 2000 bis 2010, der Laubholzeinschlag um mehr als 16 Prozent. [mbu]

- NABU, Waldreferent Stefan Adler, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 285984-1623, de, www.nabu.de/wald
- Forum Umwelt und Entwicklung, László Maráz, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 6781775-89, E-Mail: maraz@forumue.de, www.forumue.de/themen

Grünbrücken**Für Tiere und Menschen**

■ Mit 93 neuen Übergängen sollen durch Straßen zerschnittene Lebensräume von Wildtieren wieder verbunden werden. Im Februar gab die Bundesregierung grünes Licht für das Bundesprogramm Wiedervernetzung, das vom Umwelt- und vom Verkehrsministerium getragen wird. Geplant sind vor allem Grünbrücken über Autobahnen und Bundesstraßen. Dafür sollen etwa 180 Millionen Euro fließen.

Der NABU lobte das Vorhaben. Mit dem Fachwissen der Umweltverbände und des Bundesamtes für Naturschutz sei ein Konzept auf wissenschaftlicher Grundlage entstanden. Nun müssten die Bundesländer auch die vom Bundestag bereitgestellten Gelder einfordern.

Für Wildtiere seien in manchen Regionen Deutschlands keine arttypischen Wanderungen mehr möglich, monierte der NABU. Zudem kämen auf Deutschlands Straßen jährlich mehrere Hunderttausend Wildtiere bei Unfällen ums Leben – oft auch mit fatalen Folgen für die beteiligten Autofahrer. Gemeinsam mit dem BUND und dem Deutschen Jagdschutzverband (DJV) setzt sich der NABU seit Langem für Wildtierkorridore ein. [mbu]

- BMU: www.kurzlink.de/2012-gruenbruecken
- Forderungspapier von NABU, BUND und DJV: www.kurzlink.de/wildtierkorridor.pdf

LUST AUF NATUR & Wildnis?

Nationalpark

Wo Mensch und Wildnis sich begegnen



NEU
im oekom
verlag

PROBEABO jetzt anfordern!

Zwei Ausgaben für nur
9 Euro (inkl. Versand)
unter: kontakt@oekom.de

LESEPROBEN für alle, die gleich

mehr über Wildnis, Nationalparks und Großschutzgebiete lesen möchten:
www.oekom.de/nationalpark



oekom
verlag

STADT & REGION

Kommunaler Artenschutz

Bündnis für Stadtnatur

■ 60 Kommunen in ganz Deutschland haben eine Lobbyorganisation für biologische Vielfalt gegründet. Sie wollen voneinander lernen und sich gemeinsam für den Erhalt der Biodiversität einsetzen. Außerdem unterzeichneten über 200 Kommunen eine Biodiversitätsdeklaration. Die Bundesregierung unterstützt das Bündnis mit 165.000 Euro. Auch aus dem Bundesprogramm Biologische Vielfalt können die Kommunen Fördergelder erhalten.

Die Präsidentin des Bundesamtes für Naturschutz (BfN) Beate Jessel plädiert seit Langem für mehr Stadtnatur. Grünräume könnten die Folgen des Klimawandels abmildern und seien ein Garant für eine hohe Lebensqualität am Wohn- und Arbeitsort, sagte Jessel.

Die Kommunen hoffen durch ihren Zusammenschluss mehr Einfluss auf die städtische und stadtnahe Naturgestaltung nehmen zu können. Dabei erhalten sie Unterstützung von der Deutschen Umwelthilfe (DUH). [mbu]

- www.kommunen-fuer-biologische-vielfalt.de
- DUH, Kommunaler Umweltschutz, Robert Spreter, Radolfzell, Tel. +49 (0)7732 / 999530, www.duh.de

Wettbewerb

Bestes Bioenergiedorf

■ Kommunen, die mindestens die Hälfte ihres Energiebedarfs aus regionaler Biomasse erzeugen, können sich bis zum 1. Juni um den Titel „Bioenergiedorf 2012“ bewerben. Gefragt sind vor allem neue Projekte und Bürgerengagement. Das Bundeslandwirtschaftsministerium prämiiert die drei besten Ideen zur Erzeugung und Nutzung von Bioenergie im ländlichen Raum mit je 10.000 Euro. [mbu]

- www.bioenergie-doerfer.de

TIERSCHUTZ & ETHIK

Kleingruppenkäfighaltung

Schlupflöcher für Eierbarone

■ Der Bundesrat hat im März dem Vorschlag von Niedersachsen und Rheinland-Pfalz zugestimmt, die Übergangsfristen für die Kleingruppenhaltung von Legehennen zu verkürzen. Der Entwurf sieht vor, die Käfighaltung mit 20 bis 60 Hühnern schon 2023 statt 2035 zu verbieten.

Bundesagrarministerin Ilse Aigner stimmt diesem Entwurf jedoch nicht zu. Die kurzfristige Änderung der Frist gefährde die Interessen der Geflügelindustrie, sagte ihr Staatssekretär Peter Bleser. Der Vorschlag sei verfassungsrechtlich nicht umsetzbar.

Der Präsident des Deutschen Tiereschutzbundes Thomas Schröder forderte Aigner auf, dem Entwurf umgehend zuzustimmen, „damit den Eierbaronen keine Schlupflöcher bleiben“. Aigner hatte bis Ende März Zeit, die Verordnung in Kraft zu setzen. Ab dem 1. April können sonst die Länder eigenständig Übergangsfristen bestimmen. [hv]

- Deutscher Tierschutzbund, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 60496, Fax -41, E-Mail: presse@tierschutzbund.de

UMWELTPOLITIK & UMWELTRECHT

Nachhaltigkeitsstrategie

Im Klimaschutz top, beim Naturschutz ein Flop

■ Zehn Jahre nach dem Inkrafttreten der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie für Deutschland hat das Statistische Bundesamt im Februar seinen diesjährigen Indikatorenbericht vorgelegt. Die vierte Bestandsaufnahme zur Nachhaltigkeitspolitik dokumentiert Daten zu den 38 Indikatoren, die den 21 Nachhaltigkeitszielen

der Bundesregierung zugeordnet sind. Die Daten stammen aus amtlichen Statistiken, vor allem aus den Umweltökonomischen und den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

Bei 19 Messgrößen bewegt sich der Trend in die angestrebte Richtung. Doch in ebenso vielen Fällen muss die Politik den Kurs korrigieren, um ihren Zielen näher zu kommen – so formulierte es der Rat für Nachhaltige Entwicklung (RNE) in seiner Stellungnahme. Zwar gebe es Fortschritte beim Klimaschutz und beim Ausbau erneuerbarer Energien, doch beim Schutz der Artenvielfalt und der natürlichen Ressourcen sei der Trend rückläufig.

Von 1990 bis 2009 sank laut Bericht der Treibhausgasausstoß Deutschlands um ein Viertel, das entspricht den Verpflichtungen im Kyoto-Protokoll. Die erneuerbaren Energien lagen 2010 bei knapp elf Prozent vom Endenergieverbrauch. Bis 2020 sollen es 18 Prozent werden.

Wichtige Umweltziele der Nachhaltigkeitsstrategie wurden dagegen nicht erreicht. Artenvielfalt und Landschaftsqualität entwickelten sich in die falsche Richtung. Auch der Ökolandbau, der bis 2015 einen Anteil von 20 Prozent an der Ackerfläche erreichen soll, kam 2010 nur auf knapp sechs Prozent. Die weiter steigende Nachfrage nach Bioprodukten kann damit nicht gedeckt werden. Auch bei der Flächeninanspruchnahme besteht dringender Handlungsbedarf. Bis 2020 soll der tägliche Zuwachs auf 30 Hektar reduziert werden, doch 2009 lag Deutschland laut Umweltbundesamt immer noch bei 78 Hektar.

Auch der Verkehr, so der RNE, sei noch lange nicht zukunftsfähig. Beim Pkw-Verkehr und bei den Inlandsflügen betrug der Zuwachs seit 1999 jeweils 21 Prozent, während der öffentliche Nahverkehr nur acht Prozent zulegte.

Ein positiver Trend wurde bei der Rohstoffproduktivität gemessen, die seit 1994 um 47,5 Prozent zunahm. Auch die Energieproduktivität stieg seit 1990 um 37 Prozent. Allerdings stellte das Statistische Bundesamt fest, dass die Effizienzsteigerung durch das Wirtschaftswachstum „weitestgehend aufgezehrt“ wurde. Daher

gebe es auch nur einen bescheidenen Rückgang des Primärenergieverbrauchs um 5,8 Prozent. Beim Rohstoffverbrauch greift Deutschland immer mehr auf Importe zurück. Das bisherige Tempo der Effizienzgewinne genügt deshalb nach Einschätzung der Statistiker nicht zum Erreichen der nationalen Nachhaltigkeitsziele.

Auch das Statistische Amt der EU (Eurostat) hat einen Bericht über die Fortschritte der Europäischen Union auf dem Weg zu ihren Nachhaltigkeitszielen veröffentlicht. Das Ergebnis ist ebenfalls durchgewachsen. Der Fortschrittsbericht orientiert sich an der EU-Nachhaltigkeitsstrategie mit über 100 Einzelindikatoren. [ij, jg]

- Indikatorenbericht 2012: www.bmu.de/36995
- RNE: www.nachhaltigkeitsrat.de/76946
- Eurostat: www.kurzlink.de/monitoringber2011

7. Umweltaktionsprogramm

Umweltausschuss hat klare Vorstellungen

■ Der Umweltausschuss des EU-Parlaments hat im Februar für einen starken 7. Umweltaktionsprogramm (UAP) gestimmt, das den ökologischen Fußabdruck der EU verringern soll. In dem Bericht von Rapporteur Jo Leinen (SPD) fordern die Abgeordneten Ziele für nachhaltige Landnutzung, eine ehrgeizigere Abfallpolitik und einen stringenten Plan für den Abbau umweltschädlicher Subventionen bis 2020. Ein zentrales Ziel müsse die Integration ökologischer Belange in alle Politikbereiche sein – vor allem Industrie, Verkehr, Landwirtschaft und Fischerei. In dem Bericht wird auch ein verbindliches Energieeffizienzziel gefordert. Letzteres war allerdings unter den Abgeordneten genauso umstritten wie die Frage nach Zielen für nachhaltige Landnutzung. Leinen zufolge fordert der Bericht die EU-Kommission außerdem auf, „viel stärker als in der Vergangenheit auf die Umsetzung der EU-Gesetze in den 27 Mitgliedstaaten zu achten und das enorme Vollzugsdefizit beim Umweltschutz abzubauen“.

Der Bericht wird voraussichtlich im April im Plenum des EU-Parlaments abgestimmt. Die EU-Kommission will im Herbst ihre Vorschläge für das 7. UAP vorlegen. Derzeit läuft dazu eine öffentliche Konsultation der EU-Kommission, an der sich auch die EU-Koordination des Deutschen Naturschutzrings (DNR) beteiligt. Die Laufzeit des 6. UAP endet im Sommer. [am, bv]

- Bericht: www.kurzlink.de/draft-leinen-uap2011
- Kompromiss/Änderungen: www.kurzlink.de/ep-kompr-7uap
- DNR, EU-Koordination, Antje Mensen, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 6781775-86, Fax -80, E-Mail: eu-info@dnr.de, www.eu-koordination.de

EU-Umweltrecht

Bessere Umsetzung allein durch mehr Informationen?

■ Die EU-Kommission hat im März ihre lang erwartete Mitteilung zur Verbesserung der Umsetzung von EU-Umweltrecht in das einzelstaatliche Recht der Mitgliedstaaten vorgelegt. Sie schlägt vor allem Mechanismen zum besseren Austausch von Informationen sowie die Verbesserung der Überwachung vor. Durch den Austausch von Best-Practice-Beispielen und möglicherweise das Erstellen von Umsetzungs- und Informationsrahmen für alle Richtlinien soll dies behoben werden. Im Bereich Überwachung lässt die Kommission offen, ob es dazu ein EU-Inspektorat geben soll, wie es Umweltverbände fordern. Außerdem soll nach dem Willen der Kommission der Rechtszugang im Umweltbereich für Nichtregierungsorganisationen und andere Interessengruppen verbessert werden.

Die Mitteilung soll als Grundlage für den Abschnitt zu Rechtsumsetzung im 7. Umweltaktionsprogramm dienen und dort weiterentwickelt werden (siehe vorhergehende Meldung). [am]

- Mitteilung: www.kurzlink.de/com-2012-95.pdf
- Hintergrund: www.europa.eu/rapid (Reference: MEMO/12/159)

Bürokratieabbau**Stoibers Schlankheitskur**

■ Edmund Stoiber, Vorsitzender der Expertengruppe zur Minderung unnötiger Verwaltungslasten in der EU, hat in Februar in Brüssel die Ergebnisse seiner Arbeitsgruppe vorgestellt. Der Bericht der Stoiber-Gruppe enthält rund 70 Beispiele für bewährte Praktiken zur bürokratiearmen Umsetzung von EU-Recht in den Mitgliedstaaten. [cn]

- Bericht: www.kurzlink.de/stoibergroupreport11
- Broschüre: www.kurzlink.de/bestpract-stoibergr

Recht auf Umweltinformationen**Offenlegung nur ein bisschen**

■ Die dänische EU-Ratspräsidentschaft hat im Februar ein Kompromisspapier zum besseren Zugang zu EU-Dokumenten veröffentlicht. 2008 hatte die Europäische Kommission einen Vorschlag für eine Verordnung vorgelegt, um die EU-Bestimmungen an die Aarhus-Konvention anzupassen, die ein Recht auf Zugang zu behördlichen Informationen enthält. Seither blockieren EU-Parlament und Ministerrat aber einen Fortschritt in dieser Frage.

Mit einem im Dezember 2011 verabschiedeten Bericht des britischen Europaabgeordneten Michael Cashman hatte das Parlament auf die Kommissionsvorschläge reagiert. Das Parlament will die Offenlegung der legislativen Dokumente sämtlicher europäischer Institutionen – sogar der für die Öffentlichkeit relevanten E-Mails der EU-Organe. Während die Abgeordneten vor allem vom Ministerrat mehr Transparenz einforderten, sprachen sich die im Rat vertretenen Mitgliedstaaten, allen voran Deutschland, Frankreich, Spanien und Großbritannien, gegen die Veröffentlichung weiterer EU-Dokumente aus.

Die dänische Präsidentschaft will nun zwischen Abgeordneten und Mitgliedstaaten vermitteln. Ihr Kompromissvorschlag geht aber auf viele Forderungen des EU-Parlaments nicht ein und will den öffentlichen Zugriff wie bisher auf nationale Do-

kumente begrenzen. Viele Verbände der Zivilgesellschaft sehen die aktuellen Entwicklungen in Brüssel daher kritisch. [dh]

- Arbeitspapier der dänischen Ratspräsidentschaft: www.kurzlink.de/wp-eu-presi-access
- Bericht: www.kurzlink.de/cashmanreport

Innovationspartnerschaften**Gegen Rohstoffknappheit**

■ Im Februar hat die EU-Kommission sogenannte Innovationspartnerschaften für Rohstoffe und nachhaltige Landwirtschaft ins Leben gerufen. Durch Innovationen will die EU zentrale Probleme wie die Rohstoffverknappung und den weltweit steigenden Nahrungsbedarf bewältigen. Das für die Europa-2020-Strategie entwickelte Instrument der Europäischen Innovationspartnerschaften (EIP) führt öffentliche und private Akteure zusammen. Bis 2020 sollen die EIPs ehrgeizige Ziele erreichen. Erste Ergebnisse sollen 2015 vorliegen.

Bei Rohstoffen ist das erklärte Ziel, die Erkundung, Gewinnung und Verarbeitung in der EU zu fördern und Europas Versorgung langfristig zu sichern. In der EU gibt es viele Bodenschätze, die aber oft schwer zugänglich sind. Dafür sollen neue Technologien entwickelt werden. Außerdem sollen neue Ersatzstoffe gefunden und Rohstoffe effektiver und umweltverträglicher recycelt werden.

Außerdem schlug die EU-Kommission eine Innovationspartnerschaft für nachhaltige Landwirtschaft vor. Diese soll die Produktivität und Effizienz des Agrarsektors steigern, ohne die Nachhaltigkeit zu gefährden. Umweltverbände zeigten sich skeptisch. „Die geplante EIP macht nur Sinn, wenn sie neue Anbaumethoden aufzeigt. Die EU-Landwirtschaft darf nicht länger umweltverschmutzend, ressourcenverschwendend, energieintensiv und abhängig von Subventionen sein“, sagte Faustine Defosse, Agrarexpertin des Europäischen Umweltbüros EEB. [dh]

- www.europa.eu/rapid (Reference: IP/12/196 und MEMO/12/144)

Umweltverträglichkeitsprüfung**Benutzerfreundlicher**

■ Mitte Februar ist die benutzerfreundlicher gestaltete EU-Richtlinie zur Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) in Kraft getreten. Große Bauvorhaben sollen dadurch künftig schneller und einfacher auf ihre ökologischen Folgen geprüft werden können. Die kodifizierte Fassung der UVP-Richtlinie fasst die ursprüngliche Version und ihre drei Änderungen in einem einzigen transparenten und klar verständlichen Rechtsakt zusammen, ohne die Vorschriften dabei zu ändern.

Ein Kommissionsvorschlag für die Überarbeitung der kodifizierten Richtlinie wird für Juli dieses Jahres erwartet. [cn]

- www.europa.eu/rapid (Reference: IP/12/145)
- EU-Fahrplan: www.kurzlink.de/uvp-roadmap

EU-Fördermittel**Vereinfachungsagenda**

■ Der Zugang zu EU-Fördergeldern soll benutzerfreundlicher werden. Das plant die EU-Kommission in einer im Februar vorgelegten Vereinfachungsagenda. Zudem sollen umweltpolitische Ziele bei der Vergabe eine größere Rolle spielen.

Die entsprechende Mitteilung der Kommission bündelt 57 vorgeschlagene Rechtsakte zur Vereinfachung des nächsten Mehrjährigen Finanzrahmens für 2014 bis 2020. Die Vorschriften zur Vergabe von EU-Fördermitteln sollen dadurch deutlich unkomplizierter werden. Der Kommissionsvorschlag sieht etwa vor, kombinierte Anträge für verschiedene EU-Strukturfonds zuzulassen und die Zeitspanne bis zur Bewilligung zu verkürzen.

Daneben will die Kommission mit den Plänen auch eine Zielekopplung erreichen. So sollen Klimaschutzmaßnahmen und umweltpolitische Ziele in die EU-Programme und Förderkriterien integriert und die Ergebnisse regelmäßig überprüft werden.

Entscheidend ist laut Kommission allerdings eine Anpassung der Bestimmungen auf nationaler, regionaler und lokaler

Ebene, um den Verwaltungsaufwand für Mittelempfänger tatsächlich zu reduzieren. Über die Vorschläge soll bis Ende 2013 in EU-Parlament und Ministerrat entschieden werden, damit die neuen Programme Anfang 2014 anlaufen können. [cn]

► www.europa.eu/rapid (Reference: IP/12/106)

Umwelt und Gesundheit

Jetzt Lärm und Luft in Bonn

■ Mitte Februar ist das Europäische Zentrum für Umwelt und Gesundheit (ECEH) in Bonn eingeweiht worden. Das ECEH ist als Teil des Regionalbüros der Weltgesundheitsorganisation (WHO) in Europa für umweltbedingte Gesundheitsrisiken zuständig. Dabei geht es unter anderem um internationale Leitlinien für Luftqualität und Lärmbelastung, Wohngesundheit und Chemikaliensicherheit. [jg]

► www.ecehbonn.euro.who.int

Illegale Landnutzung

Erstmals Haftstrafen

■ Ende Februar hat der spanische oberste Gerichtshof drei Unternehmer verurteilt, die in nächster Umgebung des andalusischen Nationalparks Coto Doñana unter Naturschutz stehende Flächen illegal bewirtschaftet hatten. Die Verantwortlichen erwartet neben einer Geldbuße in Höhe von insgesamt mehr als 500.000 Euro für die Wiederherstellung des ursprünglichen natürlichen Zustands eine Haftstrafe von jeweils fast fünf Jahren.

Der WWF Spanien, der die rechtswidrige Landnutzung und Entwaldung per Satellitenbild dokumentiert hatte, begrüßte den „historischen Präzedenzfall“. Die Stiftung schätzt, dass etwa 2.100 Hektar in dem Gebiet um die Doñana illegal bewirtschaftet und rund 2.000 Brunnen ohne Genehmigung gebohrt wurden. [cn]

► WWF Spanien: www.kurzlink.de/wwf-donana

Informations- und Beschwerderechte

Probleme mit der EU?

■ Staatsangehörige der EU-Mitgliedstaaten haben aufgrund ihrer Unionsbürgerschaft eine ganze Reihe von Rechten. Werden diese verletzt, können sie bei verschiedenen Stellen eingefordert werden. Eine Broschüre des Europäischen Bürgerbeauftragten mit dem Titel „Probleme mit der EU? Wer kann Ihnen helfen?“ gibt einen Überblick über die Informations-, Beratungs- und Beschwerdestellen der EU. [UWD]

► Kostenlose Bestellung und Download: www.kurzlink.de/werkannihnenhelfen

VERKEHR & TOURISMUS

Riesen-Lkws

Grenzenlose Fahrten illegal

■ In der EU gibt es Streit über die Genehmigung grenzüberschreitender Fahrten von überlangen Lastwagen. Einem Pressebericht zufolge will die EU-Kommission den Transit von einem EU-Land in ein anderes erlauben, wenn dort die Gigaliner bereits fahren dürfen. Nach Protest des Verkehrsausschusses des EU-Parlaments stoppte Verkehrskommissar Siim Kallas eine geplante Erklärung über die entsprechende Rechtslage. 2010 hatte Kallas auf eine Anfrage der Grünen geantwortet, dass schon grenzüberschreitende Versuche mit den Riesenlastern gegen die Bestimmungen der EU-Richtlinie verstoßen würden.

In Deutschland hält der Widerstand gegen die Riesenlaster an. Im März erklärten die Bundestagsfraktionen von SPD und Grünen, gegen den deutschen Feldversuch vor dem Bundesverfassungsgericht klagen wollen. Gleichzeitig startete der ökologische Verkehrsclub Deutschland (VCD) eine Protestkampagne. [mbu]

► www.greens-efa.eu/de/monstertrucks-5435
 ► VCD-Protest: www.vcd.org/keine-gigaliner.html

Fahrradtourismus

Deutschland ist Weltmeister

■ Im weltweiten Vergleich hat Deutschland bei Radreisen die Nase vorn. Das geht aus der ADFC-Radreiseanalyse 2012 hervor, die der Allgemeine Deutsche Fahrrad-Club im März auf der Internationalen Tourismus-Börse in Berlin (ITB) präsentierte. Gut 84 Prozent der deutschen Fahrradhurlauber radelten demnach im vergangenen Jahr auf heimischen Strecken. Der Lieblingssport ausländischer Touristen in Deutschland ist ebenfalls Radfahren – vor Baden und Wandern. Der stellvertretende ADFC-Bundesvorsitzende Bertram Giebler appellierte an die Politik, den Fahrradtourismus bundesweit zu stärken. [mbu]

► www.adfc.de/radreiseanalyse

WASSER & MEERE

Weltwasserforum

Nur wässrige Ergebnisse

■ Beim sechsten Weltwasserforum, das Mitte März im südfranzösischen Marseille zu Ende ging, haben StaatsvertreterInnen auf die zentralen Probleme und Herausforderung im Wasserbereich hingewiesen. Sie sprachen sich für eine zügige und vollständige Umsetzung des Menschenrechts auf Wasser aus. Konkrete Lösungsvorschläge oder Zeitpläne für Maßnahmen fehlen aber in der Abschlusserklärung.

Das kritisierten Umwelt- und Entwicklungsorganisationen scharf. Das Weltwasserforum habe bisher keine Antworten auf die internationale Wasserkrise, hieß es etwa beim Internationalen Grünen Kreuz.

Das Forum findet alle drei Jahre statt. Dieses Jahr hatten die internationalen Konzerne Veolia und Suez VertreterInnen von Behörden, Regierungen und Unternehmen eingeladen. [am]

► Erklärung: www.kurzlink.de/min-decl-6th-wwf
 ► www.kurzlink.de/green-cross-pm-1303

Schutz der Arktis

Regelungen vertagt

■ Bei einem Treffen des Ausschusses für den Schutz der Meeresumwelt Ende Februar hat die UN-Schifffahrtsorganisation IMO Verhandlungen über den sogenannten Polar Code auf 2013 verschoben. Mit dem Code sollten die zunehmend schiffbaren Gewässer der Arktis besser geschützt werden. Von 2010 auf 2011 hat sich der dortige Schiffsverkehr teilweise verdreifacht. Kritikern zufolge ist die Vertagung auf verfahrenstechnische Gründe und industrielle Interessen zurückzuführen.

Umweltverbände kritisierten die Entscheidung scharf. „Die Regelungen könnten Emissionen von Schadstoffen in Luft und Wasser begrenzen, die Auswirkungen des Klimawandels abfedern und die Beeinträchtigung von Meeressäugern verringern“, sagte der Klima- und Schifffahrtsexperte Lars Erik Mangset vom WWF Norwegen. Die europaweiten Bündnisse Transport & Environment und Seas at Risk erneuerten ihre Forderung nach einer internationalen Geschwindigkeitsbegrenzung für die Schifffahrt. Deren Treibhausgasemissionen könnten um 19 Prozent verringert werden, wenn die Durchschnittsgeschwindigkeit um zehn Prozent gedrosselt würde, ergab eine Studie im Auftrag der beiden Organisationen. Die IMO hatte die Maßnahme 2010 abgelehnt. [am]

► Studie (PDF): www.kurzlink.de/seas-at-risk-studie

Meeresstrategierahmenrichtlinie

Schleppende Umsetzung

■ Den Konsultationsprozess im Rahmen der Umsetzung der Meeresstrategierahmenrichtlinie (MSRL) haben bisher nur Belgien, Deutschland und Schweden begonnen. Bis zum 15. Juli müssen alle EU-Staaten Indikatoren und Ziele verabschieden, damit sie bis 2020 einen „guten ökologischen Zustand“ für ihre Meeresumwelt erreichen. Im ersten Schritt müssen dazu diese Konsultationen durchgeführt werden. In Deutschland läuft die Betei-

ligung noch bis zum 16. April. Weitere Mitgliedstaaten haben den Beginn ihrer Konsultationen für die nächsten Wochen angekündigt. Die MSRL sieht vor, dass die EU-Staaten bis 2015 Aktionsprogramme entwickeln, mit denen sie den guten ökologischen Zustand bis 2020 erreichen. [am]

► www.kurzlink.de/konsult-uebersicht

► www.kurzlink.de/msrl_deutschland

Integrierte Meerespolitik

EU fördert Projekte

■ Die EU-Kommission hat im März in einem Durchführungsbeschluss ein Programm zur Unterstützung der Weiterentwicklung der integrierten Meerespolitik beschlossen. Damit setzt sie eine Verordnung um, die der EU-Ministerrat und das EU-Parlament Ende November letzten Jahres beschlossen haben. Das Gesamtbudget des Programms umfasst knapp 40 Millionen Euro. Förderungswürdig sind unter anderem Maßnahmen zur Entwicklung und Umsetzung regionaler Meeresstrategien und zu sektorübergreifenden Instrumenten. So sollen zum Beispiel Pilotprojekte über die Zusammenarbeit auf der Ebene von Teilregionen oder Meeresbecken unterstützt werden. Ziel ist dabei laut Kommission, die Zusammenarbeit in der Praxis zu testen, Kosten und Nutzen abzuschätzen und gleichzeitig eine Kultur der grenz- und sektorübergreifenden Zusammenarbeit zu entwickeln. Die Bedingungen, die Projekte erfüllen müssen, um gefördert zu werden, sind im Anhang des Durchführungsbeschlusses definiert. [am]

► www.kurzlink.de/beschluss-komm-0312

► www.kurzlink.de/verordn-meeresprog12

Donau in Kroatien

Bau bedroht Biodiversität

■ Die Naturschutzstiftung EuroNatur hat Ende Februar zusammen mit dem WWF eine Petition für den Schutz einer

Auenlandschaft an der Donau in Kroatien initiiert. Dort ist geplant, einen 53 Kilometer langen Abschnitt der Donau zu begradigen. Es handelt sich um Kroatiens größtes, wertvollstes und besterhaltenes Feuchtgebiet. Das Projekt hätte langfristige Folgen für 300 Vogel- und 64 Fischarten, von denen 22 gemäß der FFH-Richtlinie besonders geschützt sind. Die Petition richtet sich an die kroatische Ministerin für Umwelt- und Naturschutz Mirela Holy, die den Bau stoppen kann.

EuroNatur-Geschäftsführer Gabriel Schwaderer betonte, ein erklärtes Ziel der EU sei unter anderem der Schutz der Biodiversität in Europa. Durch die Mitgliedschaft Kroatiens in der EU ab 2013 sei das Projekt unhaltbar. [hv]

► www.kurzlink.de/petition-donau

Wassernutzung

Mehr Effizienz gefordert

■ Einen besseren Schutz und eine effizientere Nutzung der europäischen Wasserressourcen fordert die Europäische Umweltagentur (EEA) in einem neuen Bericht, der im März beim Weltwasserforum in Marseille vorgestellt wurde. Die EEA bemängelt einen zu leichtfertigen Umgang mit den Wasserressourcen. Da die wahren Kosten der Bereitstellung und Nutzung von Wasser meist ignoriert würden, werde Wasser in großen Mengen verschwendet, so die Behörde. Angesichts des Klimawandels, der den Druck auf Wasserressourcen vielerorts verstärke, sei das nicht mehr hinnehmbar.

In vielen Staaten Europas bereite der bereits existierende Wassermangel schon jetzt Probleme, heißt es in dem Bericht. In manchen Ländern seien sogar schon Trinkwasserbeschränkungen notwendig gewesen. Die EEA kritisiert vor allem die Wasserverschwendung in der Landwirtschaft und macht Vorschläge für Einsparungen in diesem Bereich. [UWD]

► www.kurzlink.de/euumweltb-meldung-03

► Studie: www.kurzlink.de/efficient-use-water

Europäische Flüsse**Anhaltend überdüngt**

■ In einer Mitte Februar veröffentlichten Studie warnen WissenschaftlerInnen davor, dass sich die europäischen Flüsse nur langsam von der Verseuchung mit zu vielen Nitraten und Phosphaten erholen. In der Elbe werde es mindestens acht Jahre dauern, bis die Reduzierung der Nitrate und Phosphate einen Effekt auf die Wasserqualität habe, in der Loire sogar 14 Jahre. Die WissenschaftlerInnen schätzen, dass manche Flüsse bis zu 40 Jahre brauchen, um sich von der „Überdosis“ an Nitraten und Phosphaten zu erholen. [UWD]

► www.kurzlink.de/nutrient-rivers.pdf

Bergbauabfälle**Gifte zerstören Gewässer**

■ Jährlich kippen Bergbaugesellschaften mehr als 180 Millionen Tonnen gefährlichen Giftmüll in Flüsse, Seen und Meere. Das ergab eine Ende Februar von den Organisationen Earthworks und Mining-Watch Canada veröffentlichte Studie. Die Bergbauabfälle könnten Dutzende gefährliche Chemikalien wie Arsen, Blei, Quecksilber und Zyanid enthalten und bedrohten lebenswichtige Gewässer, so der Bericht.

Länder wie USA, Kanada und Australien haben zwar Gesetze, die das Entsorgen von Giftmüll in Seen und Flüssen verbieten. Sie wurden jedoch stark aufgeweicht. So erlaubte der oberste Gerichtshof der USA trotz des Gesetzes, dass sieben Millionen Tonnen Abfall aus einer Goldmine in den Lower Salt Lake gekippt wurden.

Die Erhebung zeigte zudem, dass nur eines der weltweit größten Bergbauunternehmen – BHP Billiton – überhaupt eine Richtlinie gegen das Entsorgen von Giftmüll in Meeren und Flüssen hat.

Es gibt derzeit keine durchführbare Technologie, um Giftmüll aus den Meeren zurückzuholen. Auch Seen oder Flüsse zu reinigen ist sehr teuer. [tg]

► www.nodirtygold.org/troubledwaters.cfm

Daseinsvorsorge**Das Wasser im Dorf lassen**

■ Der Bundesrat hat Anfang März den von der EU-Kommission vorgelegten Richtlinienentwurf zu Dienstleistungskonzessionen kritisiert. Durch die Verschärfung des Vergaberechts werde das Subsidiaritätsprinzip verletzt, bemängelte die Länderkammer. Der Hauptgeschäftsführer des Verbands kommunaler Unternehmen (VKU) Hans-Joachim Reck begrüßte die Stellungnahme des Bundesrates. Die Wasserversorgung und Abwasserentsorgung müssten aus der Richtlinie herausgehalten werden, so Reck, da Wasser als wichtigstes Lebensmittel in kommunaler Verantwortung liegen sollte. Der VKU fordert eine völlige Zurückweisung des Richtlinienvorschlags. [hv]

► Bundesrat: www.kurzlink.de/konz-beschluss-0312

► VKU: www.kurzlink.de/wasserkonzession-vku

Fracking**Entwarnung für Grundwasser?**

■ Eine Studie aus den USA will Entwarnung für das Grundwasser bei der Erdgasgewinnung mittels Fracking geben. Die umstrittene Technik sei weitaus weniger gefährlich als bisher angenommen, heißt es in der Ende Februar veröffentlichten Studie „Separating Fact from Fiction“ der Universität von Texas. Auf über 400 Seiten werden darin die mediale Berichterstattung über Fracking sowie Umwelt- und Gesundheitsauswirkungen der Fördertechnik untersucht.

Ein Hauptkritikpunkt am Fracking ist eine mögliche Verunreinigung von Grundwasser durch Chemikalien und Gas. Laut der Studie gibt es aber keine Hinweise darauf, dass beim Fracking häufiger Umweltschäden auftreten als bei anderen Fördermethoden. Bisherige Fälle von Trinkwasserverseuchung beim Fracking gingen auf fehlerhafte Durchführung zurück. Noch nicht genügend erforscht seien allerdings die Langzeitfolgen des Frackings – etwa der Verbleib der giftigen Bohrflüssigkeit

in tiefen Gesteinsschichten – sowie dessen Klimabilanz.

Einer Studie des Unterausschusses des Europäischen Parlaments vom Juni letzten Jahres zufolge ist allerdings auch eine ordnungsgemäße Handhabung der Technik mit enormem Flächenverbrauch, einschneidenden Landschaftsveränderungen und unkontrollierter Rissbildung in tiefen Gesteinsschichten verbunden. Sogar schwache Erdbeben könnten ausgelöst werden, so die Autoren. Außerdem werde etwa zehnmal so viel Wasser verbraucht wie bei konventionellen Bohrungen.

Weltweit werden große Hoffnungen in die Gewinnung von Schiefergas gesetzt, um die Abhängigkeit von Öl- und Gasimporten zu verringern. In den USA kommt die Fördermethode schon seit einigen Jahrzehnten zum Einsatz. In Europa steht die Schiefergasgewinnung noch am Anfang. Vor allem Polen setzt aus geopolitischen Gründen auf Schiefergas, während in Frankreich und auch Deutschland bisher Skepsis vorherrscht. [ej]

► US-Studie: www.kurzlink.de/frackstudtex

► EU-Studie: www.kurzlink.de/frackstudenvi

WIRTSCHAFT & RESSOURCEN

Green Economy I**Umweltminister wollen Weltwirtschaft begrünen**

■ Umweltgerechtes Wirtschaften für nachhaltige Entwicklung, Armutsbekämpfung und der institutionelle Rahmen für globale Umweltpolitik waren die Themen bei der 40. Jahrestagung des UN-Umweltprogramms UNEP. Die Konferenz am UNEP-Sitz in der kenianischen Hauptstadt Nairobi ging am 22. Februar zu Ende.

Nach ausführlichen Diskussionen kamen die UmweltministerInnen und Delegierten aus fast 150 Ländern mehrheitlich zu dem Schluss, dass eine „grüne Wirtschaft“ anzustreben sei. Sie einigten

sich darauf, beim Weltnachhaltigkeitsgipfel Rio+20 im Juni (siehe S. 4) konkrete Pläne zur weltweiten Durchsetzung einer solchen Green Economy aufzustellen. Einige Minister aus Entwicklungsländern äußerten aber auch Kritik an dem Konzept.

Zur Stärkung der globalen Umweltpolitik beschlossen mehr als 100 Länder, sich für die Berufung eines neuen UN-Organs anstelle des UNEP einzusetzen, das auch die Ziele der Rio+20-Konferenz durchsetzen soll. Eine Gruppe verlangte zudem, die Berechnung von Wohlstand und Wachstum durch eine ökologische Komponente zu erweitern. Gefordert wurde auch die weltweite Abschaffung umweltschädlicher Subventionen. [tg]

► Dokumente, Berichte: www.eu-koordination.de/umweltnews/news/politik-recht/1337

Green Economy II

Grüne Monopole

■ Die weltweit größten Unternehmen machen sich die sogenannte Green Economy zu eigen. Das stellt ein Bericht der kanadischen Nichtregierungsorganisation ETC Group fest. Der bei der zweiten UN-Zwischentagung für den Rio+20-Gipfel in New York vorgestellte Bericht analysiert die Zusammenhänge zwischen der Klima- und Ölkrise, neuen Technologien und der Macht großer Unternehmen.

Die Organisation warnt davor, dass in den Wirtschaftssektoren der Green Economy immer mehr Unternehmensmonopole entstehen. So kontrollieren laut ETC Group heute die zehn größten Saatgutkonzerne knapp drei Viertel des weltweiten Saatgutmarktes. Außerdem würden Großunternehmen stärker miteinander kooperieren und somit gleichzeitig mehrere Industriesektoren abdecken – auch in Ländern, die auf die Auswirkungen eines wachsenden grünen Wirtschaftssektors nicht vorbereitet seien.

Man lehne die Green Economy und grüne Technologien nicht komplett ab, sagte Kathy Jo Wetter von der ETC Group. „Aber diese Instrumente müssen mit einer

soliden Sozialpolitik eingeführt werden.“ Ein strenges Unternehmensmonitoring sei nötiger denn je. Zudem sei es notwendig, einen intensiven Diskurs zwischen den Staaten zu führen und die Zivilgesellschaft einzubinden, um die Green Economy und damit den Rio+20-Gipfel im Juni in Brasilien nicht von vornherein zum Scheitern zu verurteilen. [cn]

► ETC-Bericht: www.kurzlink.de/etc-group-report

Unternehmensentwicklung

Zehn große Herausforderungen

■ Klimawandel, Ressourcenknappheit und Bevölkerungswachstum gehören zu den zehn globalen Einflusskräften, die Unternehmen und ihre Entwicklung in den nächsten 20 Jahren stark beeinflussen werden. Das ist das Ergebnis einer Untersuchung die das weltweite Netzwerk von Wirtschaftsprüfungs- und Beratungsunternehmen KPMG Mitte Februar in New York vorgestellt hat. Zu den zehn größten Herausforderungen, denen sich Unternehmen künftig stellen müssen, gehören demnach neben Umweltveränderungen wie Wasserknappheit und Entwaldung auch sozioökonomische Faktoren wie Urbanisierung und Ernährungssicherheit.

Berücksichtigt werden auch die Kosten, die durch diese Veränderungen auf die Unternehmen zukommen. Nach der KPMG-Studie sind die externen Umweltkosten der elf größten Industriesektoren im letzten Jahrzehnt um etwa 50 Prozent gestiegen. Die zu erwartende zunehmende Internalisierung dieser Umweltkosten würde dazu führen, dass die Einnahmen der Unternehmen im Schnitt um rund 40 Prozent sinken.

KPMG rät Unternehmen daher, sich einer ressourcenknappen Welt anzupassen und die Chancen zu nutzen, um die eigenen Umweltkosten zu senken und „eine nachhaltigere Zukunft mitzugestalten“. [cn]

► KPMG-Bericht: www.kurzlink.de/kpmg-report

Ressourceneffizienz

Aktionsplan aus Wien

■ Nachdem die EU-Kommission im letzten Herbst ihren „Fahrplan für ein Ressourcenschonendes Europa“ präsentierte, hat Österreich als erstes EU-Land einen „Ressourceneffizienz-Aktionsplan“ (REAP) vorgelegt. Der Plan nennt vier wesentliche Aktionsfelder: ressourceneffiziente Produktion, öffentliche Beschaffung, Kreislaufwirtschaft und Bewusstseinsbildung. Der REAP schlägt auch erste Instrumente und Maßnahmen vor. Bis 2020 soll die nationale Ressourceneffizienz um mindestens 50 Prozent angehoben werden. [UWD]

► Aktionsplan: www.kurzlink.de/reap

Wirtschaftswachstum

Enquetekommission wackelt

■ Die Effektivität der vor gut einem Jahr eingesetzten Enquetekommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ steht offenbar in Frage. Während Projektgruppe 2 keinen Konsens für einen alternativen Indikator zum Bruttosozialprodukt findet, droht Projektgruppe 1 an grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten zum Wachstum auseinanderzubrechen. Die Enquete war von der Bundesregierung berufen worden, um zu klären, wie die Gesellschaft in Zukunft ohne die Zerstörung ihrer natürlichen Lebensgrundlagen ein gutes Leben für alle ermöglichen kann.

In der Gruppe 1, die sich darüber austauschen soll, ob und wie Wirtschaft und Sozialstaat mit sinkenden Wachstumszahlen zurechtkommen können, blockieren Mitglieder von Union und FDP nach Ansicht der anderen Abgeordneten die Arbeit. Die zweite Gruppe arbeitet zwar an der gestellten Aufgabe, einen neuen Wachstumsindikator zu definieren, konnte sich jedoch bisher nicht einigen, wie viele und welche Dimensionen dieser beinhalten soll. [tg]

► www.klimaretter.info/politik/hintergrund/10752

Umweltmanagementsysteme

Mehr Umweltschutz im Club

■ Auf Initiative des Verbandes für nachhaltiges Umweltmanagement (VNU) ist im Februar beim Bundesumweltministerium in Bonn der EMAS Club Europe gegründet worden. Zunächst sollen in vier Regionen deutsche Netzwerke für das auch als EU-Öko-Audit bekannte EMAS-System geknüpft werden. Parallel dazu soll ein europäisches Netzwerk entstehen. Der VNU will so eine Lücke bei der Betreuung von EMAS-Betrieben schließen helfen. [mb]

- www.kurzlink.de/emas-club
- VNU, Annette Hendlinger, Bad Soden, Tel. +49 (0)700 / 868112-23, Fax -24, www.vnu-ev.de

Informantenschutz

Bleiben Whistleblower Nestbeschmutzer?

■ Wer in Deutschland einen Skandal am Arbeitsplatz aufdeckt, kann sich nur wenig Hoffnung auf eine Verbesserung seiner rechtlichen Lage machen. Das machte im März eine öffentliche Anhörung des Bundestagsausschusses für Arbeit und Soziales zum Thema Whistleblowing deutlich. Anlass waren ein Gesetzesentwurf der SPD-Fraktion und ein Antrag der Fraktion Die Linke. Das Gesetz soll sogenannte Whistleblower schützen, die wegen der Weitergabe von Informationen an die Öffentlichkeit Maßregelungen durch den Arbeitgeber fürchten müssen. Die Linke fordert zudem gesellschaftliche Anerkennung für die Informanten (umwelt aktuell 11.2011, S. 24).

Roland Wolf von der Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände sagte bei der Anhörung, das Bürgerliche Gesetzbuch biete ausreichend Schutz für Hinweisgeber. Damit gebe es keinen Anlass für ein Gesetz. Der Sachverständige Tim Wybital meinte dagegen, Hinweise auf Missstände seien wichtig zur Vermeidung von Fehlentwicklungen. [hv, mb]

- www.kurzlink.de/hib-whistleblow-0312

ProgRess schont die Regierung, nicht die Ressourcen

Ein Ressourceneffizienzprogramm könnte ein ökonomisches, soziales und ökologisches Erfolgsprojekt sein. Doch die entscheidenden Branchen und Ministerien aktivieren nur ihre Abwehrreflexe, sagt Benjamin Bongardt vom NABU.

Es gibt jetzt ein deutsches Ressourceneffizienzprogramm. ProgRess, so der sprechende Name, wurde vor einem Monat im Bundeskabinett verabschiedet. Das ist gut, wichtig und war überfällig. Denn es soll ein Programm zum Schutz der natürlichen Ressourcen und zu ihrer nachhaltigen Nutzung sein.

Geht es um Nachhaltigkeit im politischen Lobbygeschäft, kommt es einmal mehr auf die genauen Formulierungen an. Die natürlichen Ressourcen schützen möchte nämlich fast jeder und die nachhaltige Nutzung kann munter so oder so ausgelegt werden. Genau hier liegt aber die Schwachstelle: ProgRess enthält keine quantitativen Ziele, an denen sich die Gesellschaft messen kann. Einzige Ausnahme ist die Verdopplung der Rohstoffproduktivität bis 2020 gegenüber 1994. Dieses Ziel wurde aber schon unter Umweltministerin Angela Merkel formuliert, steht seit 2002 in der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie und hat überhaupt erst den Anlass für ProgRess geliefert. Das Verdopplungsziel nun als von ProgRess gesetzten Meilenstein der Ressourcenschonung darzustellen, ist deshalb unredlich. Ob das Programm in zehn Jahren als Grundstein gefeiert wird oder als wirkungsloses Feigenblatt dasteht, kann heute niemand sagen. Interessanter ist wohl auch ein ganz subjektiver Blick auf den Entstehungsprozess von ProgRess.

Am Anfang der ressourcenpolitischen Diskussion stand einmal die Idee, dass Ressourcenschonung und -effizienz ein Konsenspolitikfeld werden könnte: Industrie, Umweltverbände und Verbraucher sehen gemeinsam die Chancen und drängen auf entsprechendes politisches Handeln. Der Umbau der Industriegesellschaft wird zu einem spannenden marktwirtschaftlichen Wettbewerb. Bei einem solchen Vorhaben müssen aber alle Akteure dasselbe Grundverständnis davon haben, wohin die Reise gehen soll. Dazu müssten mehr Lebensqualität in Deutschland und mehr Nord-Süd-Gerechtigkeit gehören. Statt am Wachstum der Rendite müsste man sich daran orientieren, wie die Tragfähigkeit des Erdballs im Einklang mit dem menschlichen Wirtschaften stehen kann.

Leider haben sich viele Branchenverbände aber als unflexibel erwiesen. Sie interpretieren ProgRess als Gefahr für ihre Existenz und legen entsprechende Reflexe an den Tag. Vehement bekämpfen sie konkrete Politikinstrumente, reden etwa die Vorteile und Potenziale der Baustoffe Holz und Recyclingbeton immer wieder klein. Vom extrahierenden und produzierenden Sektor bis hin zum Handel ist zu hören, dass der Werkzeugkasten der Politik nicht auf ökonomische Instrumente zurückgreifen dürfe. Weil dieses Unwort dennoch im Text zu finden war, lehnten manche ProgRess erst einmal grundsätzlich ab – wobei Ressourcenschonung natürlich grundsätzlich zu begrüßen sei. Auch ganze Bundesministerien haben sich so positioniert. Damit verbauen sie die Wachstumschancen für die Betriebe und Dienstleister, die von einem Programm mit quantitativen Ressourcenschonungszielen profitieren würden, und missachten ihre Aufgabe, für innovative und zukunftsfähige Betriebe und Infrastrukturen zu sorgen.

Dass staatlich verordnete Ziele zu mehr Ressourcenschonung führen und auch umsetzbar sind, beweist die Abfallwirtschaft mit wesentlich höheren Siedlungsabfall-Recyclingquoten als vor 20 Jahren. Dass die Regierung sich selbst nicht als Akteur der Ressourcenschonung sieht, offenbart sich darin, dass sie eine zu hundert Prozent nachhaltige öffentliche Beschaffung noch nicht einmal ins Auge fasst. Für den Staat als größten Nachfrager in Deutschland ist das ein ressourcenpolitisches Armutszeugnis. Wie will dieser Großkunde dann der Privatwirtschaft den Schutz der natürlichen Ressourcen nahebringen?

Benjamin Bongardt ist Referent für Umweltpolitik in der NABU-Bundesgeschäftsstelle in Berlin. Er arbeitet vor allem zu Ressourcenschonung und Kreislaufwirtschaft.

Kontakt: Tel. +49 (0)30 / 284984-1610,
E-Mail: benjamin.bongardt@nabu.de,
www.nabu.de/kreislaufwirtschaft
www.kurzlink.de/nabu-progress.pdf

THEMA

Biomasse – nur in Maßen nachhaltig

Holz und Futtermittel sind Rohstoffe, deren Erzeugung die Ökosysteme stark belastet. Beim Holz sind aber auch bei anspruchsvollen Standards hohe Erträge möglich, wenn die Gemeinwohlleistungen des Waldes honoriert werden. Beim Futter ist ein Systemwechsel nötig: Rinder auf die Weide, regionales Eiweißfutter für Schweine statt Importsoja, Fleischverbrauch reduzieren. Das forderten Experten bei einer Tagung in Berlin.

■ Der Umfang der Ressourcennutzung hat die Grenzen der Belastbarkeit unserer Ökosysteme erreicht. Wie sehr nachhaltige Landnutzungsstandards auf globaler und regionaler Ebene fehlen, zeigt sich an der Debatte um die Biomasseproduktion. Bisher wurde vor allem die Erzeugung von Biokraftstoffen und Biogas kritisiert, doch auch in anderen Verwendungsbereichen von Biomasse wachsen die Probleme. Das Verbändeprojekt „Nachhaltige Landnutzung und ressourcenschonende Biomassepolitik“ veranstaltete deshalb im Februar in Berlin eine Tagung über die Grenzen der Erzeugung von Holz und von Futtermitteln.

Der Anbau von Futtermitteln konkurriert sowohl mit anderen Landnutzungsformen als auch mit anderen Verwendungen für die Rohstoffe – Mais für Biogas, Getreide und Hülsenfrüchte zur Ernährung. Ähnlich ist es beim Holz, dessen stoffliche Nutzung Vorzüge gegenüber der energetischen Nutzung hat, das aber auch für den Schutz der Waldböden und der biologischen Vielfalt wichtig ist.

Auf der Tagung wurde erörtert, wo die Grenzen der Nutzung liegen und wie sich der Verbrauch an Biomasse reduzieren ließe. Denn eine nachhaltige Landnutzung gelingt nur, wenn sich der Biomasseverbrauch an den ökologischen und sozialen Grenzen der Nachhaltigkeit orientiert.

Dass die Weltwirtschaft dekarbonisiert werden muss, ist offensichtlich, denn wir können uns global nur noch 750 Milliarden Tonnen CO₂-Äquivalent an Treibhausgasemissionen „leisten“, wenn die Erderwärmung auf zwei Grad begrenzt werden soll. Bei einem „Weiter so“ wäre dieses Budget in weniger als 25 Jahren erschöpft. Landnutzung und Biomasse spielen hier eine wichtige Rolle. Neben der Beseitigung von Energiearmut geht es darum, die Entwaldung zu stoppen, die Landwirtschaft kli-

maverträglich umzubauen und zu nachhaltigen Ernährungsstilen zu gelangen. Bedeutende Emissionsmengen können durch besseres Landmanagement, geringere Ernte- und Lebensmittelverluste und weniger Fleischkonsum gespart werden.

Biomasse aus Wäldern: Holz

Matthias Dieter vom Johann-Heinrich-von-Thünen-Institut (vTI) informierte darüber, dass sich der Holzeinschlag in Deutschland in den letzten Jahren verdoppelt hat und dass fast die Hälfte des inländischen Holzaufkommens energetisch genutzt, also verbrannt wird. Die Umsetzung des Fünf-Prozent-Ziels der Nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt würde bedeuten, dass insgesamt rund 580.000 Hektar Waldfläche der Holzproduktion entzogen werden, wodurch jährlich 4,4 Millionen Festmeter weniger Holz zur Verfügung stünden.

Knut Sturm vom Städtischen Forstamt Lübeck erläuterte, wie viel Holz produziert werden kann, wenn die Waldnutzung innerhalb strenger ökologischer Grenzen bleibt. Im Gegensatz zur konventionellen Forstwirtschaft setzt man in Lübeck auf eine stark an natürlichen Prozessen orientierte Waldnutzung. Das spart Kosten: durch möglichst geringe Eingriffe, Erzeugung wertvoller Hölzer und Bereitstellung von ökologischen und gesellschaftlich erwünschten (und real honorierten) Leistungen. Auf zehn Prozent der Fläche wird überhaupt kein Holz geerntet.

Wichtig für die wirtschaftliche Tragfähigkeit solcher Konzepte ist ein lokaler gesellschaftlicher Konsens darüber, auch die Gemeinwohlleistungen des Waldes zu honorieren. Dann sind trotz anspruchsvoller ökologischer und sozialer Standards hohe Erträge aus der Waldnutzung möglich.

Am Beispiel der Papierwende zeigte Angelika Krumm von der Umweltorgani-

sation Robin Wood, welchen Rohstoffeinsatz unser hoher Papierverbrauch verlangt. Ökologische Probleme werden demnach nicht nur durch die Masse, sondern in vielen Fällen auch durch die Produktionsweise der Rohstoffe verursacht, etwa durch Kahlschläge und Raubbau in borealen und tropischen Wäldern. Lebensräume vieler Menschen werden zerstört, artenreiche Wälder in monotone Holzplantagen umgewandelt. Weltweit wird jeder fünfte Baum zu Zellstoff, Papier und Pappe verarbeitet. Beim heutigen Pro-Kopf-Verbrauch von gut 240 Kilogramm in Deutschland entspricht das Ziel der Papierwende, eine Halbierung des Verbrauchs, etwa dem Verbrauchsniveau von 1975. Wegen der bereits sichtbaren Holzknappheit kommen aus der Branche schon Forderungen, die energetische Holzverwendung zurückzufahren.

Biomasse vom Acker: Futtermittel

Thomas Schmidt vom Verband der ölsaatverarbeitenden Industrie in Deutschland (Ovid) stellte die Warenströme der wichtigsten Eiweißfuttermittel Sojaschrot und Rapsschrot dar. Soja wird vorwiegend aus Brasilien importiert, wobei China in den letzten Jahren Europa als Absatzmarkt weit überholt hat. Heimischer Rapsschrot als Nebenprodukt der Rapsölherstellung hat aber an Bedeutung zugenommen und kann auch Sojaimporte ersetzen. Von den anderen einheimischen Proteinpflanzen bietet die Ackerbohne zwar höhere Proteinträge als Raps, der aber wegen seines Ölertrages höhere Einnahmen erzielt.

Tobias Reichert von der entwicklungspolitischen Organisation Germanwatch stellte das Potenzial der heimischen Tierproduktion auf nachhaltiger Futtergrundlage vor. Landwirtschaft ist ein wichtiger Verursacher von Treibhausgasen. Die größten Emissionen verursachen dabei die Umwandlung von Land in Agrarflächen,

Stickoxide aus den Böden sowie Methan aus dem Verdauungstrakt von Rindern. Andererseits ist Grünland eine wichtige Kohlenstoffsenke. Zwei Drittel der EU-Agrarimporte sind Futtermittel, mehr als die Hälfte davon ist Sojaschrot. Die damit verbundenen CO₂-Emissionen vor allem aus Landnutzungsänderungen machen in Deutschland etwa ein Viertel der von der Landwirtschaft verursachten Emissionen aus.

Germanwatch fordert die Erhaltung von Grünland, damit Wiederkäuer auf der Weide ernährt werden können, sowie eine regionale Eiweißfutterbasis für Schweine und Hühner durch Leguminosen (Hülsenfrüchte) in Fruchtfolge. Soja soll nur aus Ländern importiert werden, deren Landmanagement ökologisch und sozial vertretbar ist. Effizienz im Sinne eines hohen Flächenertrages dürfe nicht das einzige Kriterium für die Landnutzung sein. Wichtig seien auch eine effiziente Verarbeitung und möglichst sinnvolle Verwendung der nachwachsenden Rohstoffe.

Carolyn Callenius von Brot für die Welt warb für eine Senkung des Verbrauchs an tierischem Eiweiß, um den Druck auf die Ressourcen zu mindern. Eine Halbierung des Fleischkonsums sei auch aus vielen anderen Gründen sinnvoll. Als Alternative stünden pflanzliche Eiweißprodukte zur Verfügung, deren ökologischer Fußabdruck deutlich geringer sei. Denkbar seien Steuerungsinstrumente wie die Einpreisung von ökologischen und gesundheitlichen Folgekosten von Fleisch- und Fettverbrauch, produktionsregulierende Maßnahmen wie das „Greening“ durch Auflagen an die Landwirtschaft sowie die Förderung ökologisch vorteilhafter Erzeugung. Die Förderung von Fleischexporten müsse beendet werden.

Beim Thema Vermeidung müssen die Verbände stärker zusammenarbeiten – ob es nun um Energie, Rohstoffe, Fleisch oder Papier geht.

[László Maraz]

- Forum Umwelt & Entwicklung, Biomasseexperte László Maraz, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 678177589, E-Mail: maraz@forumue.de
- Kongressdokumentation: www.forumue.de/projekte/biomasse/biomasseaktuelles

DNR INTERN

Reader mit Dokumentation

Die Grenzen des Wachstums

■ Der Begriff der Krise greift zu kurz, um die Herausforderung zu erfassen, die sich aus den immer offensichtlicher werdenden Grenzen des Wachstums ergibt. Dieser Ansicht ist der Deutsche Naturschutzring. Es handelt sich für den DNR vielmehr um das Ende einer Epoche, in der die Gesellschaft durch ein hohes Wirtschaftswachstum geprägt wurde. Weil schon bald tiefgreifende Veränderungen zu bewältigen sind, muss die Debatte nach Meinung des Dachverbandes weit über Umweltfragen hinausgehen.

Der DNR und seine Mitgliedsverbände haben in den letzten Jahren im Arbeitskreis Wachstum und in anderen Diskussionen eine Positionsbestimmung vorgenommen, die nun als Reader veröffentlicht wird. „Wir sprechen unbequeme Wahrheiten aus und zeigen Wege zu einem neuen Fortschritt auf“, heißt es im Vorwort. „Gerade die Umwelt- und Naturschutzverbände sind gefordert, sich viel stärker in die Debatte einzumischen.“

Der Reader im A4-Format beinhaltet die Thesen des DNR und weitere Schlüsseltexte. Er gibt verschiedene Meinungen zur Wachstumskritik wieder und dokumentiert, was in den fünf Gesprächsrunden des Arbeitskreises behandelt wurde. „Wir danken allen, die an der Erarbeitung beteiligt waren und Anregungen und Impulse gegeben haben“, schreiben die Herausgeber. „Wir versprechen: Wir machen weiter.“ Weitere Anregungen seien willkommen: „Angetrieben von den Umwelt- und Naturschutzverbänden kann die Debatte über Wachstum die Demokratie und Zivilgesellschaft stärken.“

[mb]

- DNR (Hrsg.): Die Grenzen des Wachstums. Die Große Transformation. Ein Reader für Vor- und Nachdenker. Berlin 2012, 133 S. Bezug gegen Rückporto oder Spende: DNR, Marienstr. 19–20, D-10117 Berlin, Tel. +49 (0)30 / 6781775-70, Fax -80, E-Mail: info@dnr.de. Download (PDF, 11 MB): www.dnr.de/downloads/dnr-reader.pdf

EHRENAMT

DNR-Tagungsdokumentation

Stark nachgefragt – neu aufgelegt

■ Wieder erhältlich ist die Dokumentation der DNR-Impulskonferenz „Freiwillige für den Naturschutz: Generationenübergreifend und interkulturell unverzichtbar“. Die ersten 200 Exemplare über die erfolgreiche Veranstaltung im Juni 2011 in Potsdam waren nach kurzer Zeit vergriffen. Die Broschüre wurde wieder mit umweltfreundlichen Druckfarben auf Recyclingpapier gedruckt. Der DNR möchte sie möglichst vielen Interessierten zugänglich machen und bittet deshalb, größere Mengen mit Bedacht zu bestellen.

Die Dokumentation enthält die Ergebnisse aus allen acht Arbeitsgruppen sowie dem World Café und der Teilnehmerumfrage. Hinzu kommen Beiträge von Persönlichkeiten aus dem staatlichen und verbandlichen Umweltschutz und weiterer Verbände der Zivilgesellschaft. Die 90-seitige Broschüre kann auch aus dem Internet heruntergeladen werden.

[ij]

- Dokumentation, 91 S., Spendenempfehlung 1,- €, Bezug: DNR, Berlin. Tel. +49 (0)30 / 6781775-70, Fax -80, E-Mail: info@dnr.de. Download: (PDF, 2,5 MB): www.dnr.de/downloads/dnr-doku-freiwillige-fuer-den-naturschutz-2011.pdf

AUFRUFE & VERANSTALTUNGEN

Nachhaltigkeitsrat

Aufruf zur Jahreskonferenz

■ Am 25. Juni veranstaltet die Bundesregierung die 12. Jahreskonferenz des Rates für Nachhaltige Entwicklung (RNE) mit dem Titel „WegeWissenWirkungen“. Auf der Konferenz im Berliner Haus der Kulturen der Welt wollen die Ratsvorsitzenden



Marlehn Thieme und Olaf Tschimpke erste Bewertungen zum Weltnachhaltigkeitsgipfel Rio+20 vorstellen. Der Rat möchte auf der Konferenz mit allen interessierten Bürgerinnen und Bürgern sowie mit namhaften VertreterInnen aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft ins Gespräch kommen. In vier parallelen Themenforen geht es um

- die Wirkungen des Rio-Gipfels,
- eine dezentrale Energiewende von unten,
- die Zukunft der urbanen Mobilität,
- Kapitalbeschaffung für nachhaltiges Wirtschaften.

Bundeskanzlerin Angela Merkel will wie in den Vorjahren Stellung zur deutschen Nachhaltigkeitspolitik beziehen. Bundesumweltminister Norbert Röttgen und der ecuadorianische Ökonom Alberto Acosta geben gemeinsam erste Einschätzungen zu den Ergebnissen von Rio. Bundesbildungsministerin Annette Schavan und Ratsmitglied Jochen Zeitz diskutieren über Wissenschaft und neues Denken in der Unternehmensführung und präsentieren Ergebnisse der Nachhaltigkeitsforschung. Der Rat will außerdem besonders innovative und vorbildliche Nachhaltigkeitsinitiativen vorstellen. [ij]

- www.nachhaltigkeitsrat.de/termine/veranstaltungen-des-rates/12-jahreskonferenz

Zukunftsdialoge

SPD sucht neuen Konsens

■ Was wünschen Sie sich für unser Land im Jahr 2020? Wie wollen wir leben? Wie müssen Politik, Gesellschaft und Wirtschaft heute dafür die Weichen stellen? Das sind die Leitfragen beim „Zukunftsdialog online“ der SPD-Fraktion. Auf der Internetseite können Benutzer seit Januar und noch bis Ende Mai in acht Projektgruppen politische Vorschläge einbringen und kommentieren. Unter anderem gibt es die Gruppen „Neuer Konsens für eine neue moderne Infrastruktur“ und „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“.

Bundeskanzlerin Angela Merkel hatte im Februar ebenfalls einen Onlinedialog

gestartet (umwelt aktuell 03.2012, S. 31). Sowohl die SPD als auch die Bundeskanzlerin wollen politische Vorschläge mit Bürgerinnen und Bürgern erarbeiten. [hv]

- www.zukunftsdialog.spdfraktion.de

PREISE & AUSSCHREIBUNGEN

Nachhaltigkeitspreis

Jetzt auch für Kommunen

■ Den Deutschen Nachhaltigkeitspreis können in diesem Jahr nicht nur Unternehmen, sondern erstmals auch Kommunen erhalten. Gesucht werden Städte und Gemeinden jeder Größe, die „im Rahmen ihrer wirtschaftlichen Möglichkeiten eine nachhaltige Stadtentwicklung betreiben und damit in besonderer Weise den Gedanken einer zukunftsfähigen Gesellschaft fördern“. Gerade solche Kommunen, die nachahmenswerte Projekte auch in einer schwierigen Finanzlage realisieren, sollen sich bewerben. Eine Expertenjury mit Klaus Töpfer und weiteren Persönlichkeiten und ExpertInnen wählt die Preisträger aus.

Ebenfalls zum ersten Mal vergeben wird ein „Blauer-Engel-Preis“. Er soll Firmen, Initiativen und öffentliche Einrichtungen ehren, die sich besonders für das Umweltsiegel einsetzen.

Die Bewerbungsfrist endet jeweils am 31. Mai. [mb]

- Stiftung Deutscher Nachhaltigkeitspreis, Düsseldorf, Tel. +49 (0)211 / 55045511, E-Mail: buero@nachhaltigkeitspreis.de, www.nachhaltigkeitspreis.de

Frauenumweltpreis

Trophée de femmes 2012

■ Die Umweltstiftung Fondation Yves Rocher hat Ende Februar zum neunten Mal drei Frauen aus Deutschland mit dem

Umweltpreis Trophée de femmes ausgezeichnet. Für ihr Engagement im Umwelt- und Tierschutz wurden Susanne Heisse aus Berlin für ihr Projekt in Guatemala, Kristina Killian aus Pinneberg für Großkatzenschutz und -forschung gemeinsam mit der Bevölkerung in Namibia und Andrea Steffen aus Düsseldorf für den Schutz von Pottwalen und Umweltbildung im Inselstaat Dominika geehrt. Das Preisgeld betrug insgesamt 18.000 Euro.

Bisher wurden weltweit rund 300 Frauen mit dem Preis ausgezeichnet. Die Jury wählt vor allem Frauen aus, die durch ihr Engagement eigene Umweltprojekte auf den Weg bringen und andere Menschen motivieren, sich daran zu beteiligen. [mb]

- Fondation Yves Rocher, Stuttgart, Tel. +49 (0)711 / 7834-155, www.yves-rocher-fondation.org/DE

Journalistenpreis

Schreiben gegen Gentechnik

■ Mit dem Salus-Journalistenpreis werden auch 2012 journalistische Beiträge ausgezeichnet, die sich kritisch mit der Agrogentechnik auseinandersetzen. Der Preis wurde 2010 erstmals vergeben. Damals erhielt Manfred Ladwig vom SWR den Hauptpreis. 2011 ging er an Stephan Börnecke von der Frankfurter Rundschau und den Dokumentarfilmer Bertram Verhaag. „Der Salus-Journalistenpreis wird hoffentlich zu weiteren kritischen Berichten über die fatalen möglichen Folgen der Agrogentechnik motivieren“, so der Preisstifter und Inhaber des oberbayerischen Naturarzneimittelherstellers Salus, Otto Greither.

Neben dem mit 5.000 Euro dotierten Hauptpreis wird ein Nachwuchspreis mit 1.500 Euro Preisgeld vergeben. Berücksichtigt werden deutschsprachige Medienbeiträge, die in den vergangenen zwölf Monaten veröffentlicht worden sind. Einsendeschluss ist der 31. Juli. [mb]

- www.salus-journalistenpreis.de
- Agentur Märzheuser, München, Tel. +49 (0)89 / 28890-480, E-Mail: info@maerzheusergutzky.com

REZENSIONEN

Always look on the bright side of life

Vor der Erfindung der Uhr war Zeit kein Thema und Fortschritt kein Ziel. Doch der Kirchenglocke folgten bald Rathausuhr und Stechuhr. Die Moderne vergötterte Tempo und Rekord. Heute glauben wir alles gleichzeitig tun zu müssen. Zeitexperte Karlheinz Geißler zeigt Auswege.



Seit rund 30 Jahren schreibt Karlheinz Geißler, langjähriger Professor für Wirtschafts- und Sozialpädagogik, über die Zeit. Unter dem Titel „Alles hat seine Zeit, nur ich hab keine“ nimmt er

uns mit auf eine Reise durch die Geschichte. Im Untertitel verrät er sein eigentliches Anliegen: Der Leser möge „Wege in eine neue Zeitkultur“ finden. Quasi als Spätwerk fasst der Autor sein umfangreiches Wissen nun zusammen.

In den vier Kapiteln geht es vor allem um die unterschiedliche Wahrnehmung von Zeit. Vor der Erfindung der Uhr – von Sonnenuhren in Klöstern einmal abgesehen – redete man nicht über die Zeit, man lebte sie. Der Alltagsrhythmus ergab sich aus dem, was zu tun war. Der Mensch war bei der Arbeit oder beim Gebet und tat im Übrigen, was Gemeinschaft und Tradition verlangten. Zeit wurde als Wechsel der Tages- und Jahreszeiten wahrgenommen. Die Berichterstattung begnügte sich mit ungefähren Angaben.

Geißler verortet hier auch das Subsistenzprinzip: „Ein über den Erhalt der Existenz hinausgehendes Erwerbsstreben galt als unlauter und wurde nicht, wie das heute der Fall ist, belohnt und gefördert.“ Der Fortschrittsgedanke war weithin unbekannt. Doch Geißler verkündet die Freiheiten eines „zeitlosen“ Lebens nicht: „Ohne Zwänge und Opfer sind diese ‚Freiheiten‘ nicht zu haben gewesen.“ Er verweist auf vielfache materielle Armut, Schutzlosigkeit vor Naturgewalten oder Epidemien.

Vermutlich um 1300 erfindet ein Mönch in der Lombardei die mechanische Uhr. Das jetzt präzise Kirchengeläut wird zum

Wegbereiter der modernen Zeit. Später weicht die kirchliche Macht der weltlichen: Uhren erscheinen auch an Rathäusern. Typische Wortschöpfungen der Moderne sind Tempo und Rekord. Spätestens mit der Erfindung der Dampfmaschine wird Zeit zu Geld. Ende des 19. Jahrhunderts wird zum ersten Mal Stress diagnostiziert, damals noch Neurasthenie oder Zeitkrankheit genannt. Zur ultimativen Ordnungsleistung der Uhr wird die Stechuhr.

Der typische Vertreter der Postmoderne ist der Homo simultans, der Gleichzeitigkeitsmensch. Die Simultanten haben ihren Zweitwohnsitz im Internet und sind umgeben von elektronischen Zeitverdichtern. Aber auch wer sich nicht für einen Simultanten hält, kann sich dem „Alles-gleichzeitig-und-zwar-sofort“ nur schwer entziehen: Multitasking und Globalisierung sind die ganz normalen Erscheinungsformen unserer Zeit. Über „Muss-Rhetorik“ und Entscheidungsstress führt uns Geißler zu vermeintlichen „Freiheiten, die sich in einer Steigerungsspirale verheddern“ und so unversehens in Zwänge umschlagen.

Als Wege aus der Zeitfalle bietet Geißler unter anderem folgende Lösung an: „Es geht darum, allen Geschehnissen, allen Dingen und Aufgaben eine jeweils angemessene Geschwindigkeit zu geben.“ Und weiter: „Zeit muss man nicht von der Uhr ablesen, Zeit muss man vor allem leben – und am besten folgt man dabei der Empfehlung der Monty Pythons ‚Always look on the bright side of life.‘“

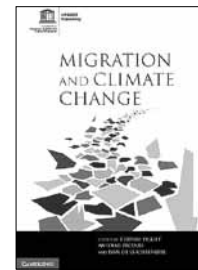
Geißler wäre nicht Geißler, wäre sein Text nicht gespickt mit Einlassungen bedeutender Geistesgrößen – unbedingt lesenswert!

[Jörg Parsieglä]

► Geißler K. A.: Alles hat seine Zeit, nur ich hab keine. Wege in eine neue Zeitkultur. oekom, München 2011. 251 S., 19,95 €, ISBN 978-3-86581-250-6

Zerrbild Klimaflüchtling

Von Millionen Umweltflüchtlingen, die in den Westen auswandern wollen, kann nicht die Rede sein. Ein neuer Sammelband klärt über klimabedingte Migration auf.



Mit Neoprenanzügen, Schwimmflossen und Sauerstoffflaschen sitzen die Taucher an u-förmig ausgerichteten Tischen. Fische schwimmen zwischen ihnen

umher. Die Regierung der Malediven hielt im Oktober 2009 eine Kabinettsitzung auf dem Meeresboden ab, um auf das drängendste Problem des Landes aufmerksam zu machen: Die Inseln liegen nur wenig oberhalb des Meeresspiegels und können im Laufe der nächsten 25 Jahre untergehen. Die Bewohner würden dadurch zu sogenannten Klimamigranten.

Drei Auslöser für Klimamigration nennen Étienne Piguet, Antoine Pécoud und Paul de Guchteneire in ihrem Sammelband „Migration and Climate Change“. Neben dem Meeresspiegelanstieg sind es Dürre sowie Naturkatastrophen wie Überschwemmungen und Hurrikans. Doch ob Menschen wirklich ihre Heimat verlassen, liegt vor allem an den Bedingungen vor Ort: Gibt es schützende Dämme? Tragen die sozialen Netze? Was tut die Politik?

Wörter wie Umwelt- oder Klimaflüchtling gaukeln eine Monokausalität vor, warnen die Herausgeber. Eine international anerkannte Definition gibt es denn auch nicht, nur eine Arbeitsdefinition der Internationalen Organisation für Migration mit sehr weit gefassten Kriterien. Danach machen plötzliche oder fortschreitende Umweltveränderungen Menschen zu Umweltmigranten, wenn sie negative Folgen zu befürchten haben. Die Migration ist freiwillig oder erzwungen, temporär oder langfristig und geschieht innerhalb der Landesgrenzen oder darüber hinaus.

Wie viele Menschen dies künftig betrifft, ist nicht vorhersehbar, doch es wer-

den immer mehr sein. Dabei steigt aber nicht unbedingt die Zahl der Migranten insgesamt, es spielen lediglich die Faktoren Umwelt und Klima eine größere Rolle. „Aus Sicht der Aufnahmestaaten wird sich die künftige Migration kaum von der jetzigen unterscheiden“, so die Herausgeber.

Von Millionen Klimaflüchtlingen, die in den Westen auswandern, kann also nicht die Rede sein. Dem Sammelband zufolge migrieren die meisten Menschen nur für kurze Zeit und kehren, sobald die Bedingungen es zulassen, in ihre Heimat zurück. Daher bleiben sie auch meist in ihrem Heimatland oder nahe der Landesgrenze.

Für den Klimawandel sind großenteils Menschen in den Industriestaaten verantwortlich, während die meisten Betroffenen in Entwicklungsländern leben. Schon deshalb sind die Industrieländer in der Verantwortung, klimabedingte Migration zu verhindern, etwa durch finanzielle Unterstützung. „Verletzlichkeit gegenüber dem Klimawandel ist auch vom Entwicklungsniveau und dem Pro-Kopf-Einkommen in einer Region abhängig“, schreibt der Anthropologe Anthony Oliver-Smith in seinem Beitrag.

Noch schützt kein Rechtsinstrument die Rechte vom Umweltmigranten. Klima- und umweltbedingte Flucht in die Genfer Flüchtlingskonvention aufzunehmen, lehnt die Rechtswissenschaftlerin Christel Courtin jedoch ab. Unter heutigen politischen Voraussetzungen werde die Konvention wahrscheinlich insgesamt aufgeweicht, wenn sie neu verhandelt werde. Zudem gilt die Flüchtlingskonvention nur für grenzüberschreitende Flüchtlinge. Intern Vertriebene machen aber bisher die größte Gruppe der Umweltflüchtlinge aus.

Die Möglichkeit, den Klimawandel aufzuhalten, lässt der Sammelband außer Acht. Insgesamt ist „Migration and Climate Change“ jedoch eine gelungene Zusammenstellung zum aktuellen Wissensstand und den unerforschten Lücken zum Thema.

[Johanna Treblin]

► Piguet, É.; Péroud, A.; de Guchteneire, P. (Hrsg.): Migration and Climate Change. Cambridge University Press, Cambridge 2011, 464 S., 26,10 €, ISBN 978-1-107-66225-4

Therapievorschläge für die Konsumgesellschaft



Für seine Doktorarbeit „Suffizienz“ erhielt der Soziologe Oliver Stengel im Jahr 2010 den Kapp-Forschungspreis für Ökologische Ökonomie. Mit der Ökologischen Ökonomie

eng verwoben ist der Begriff der nachhaltigen Entwicklung, für den es allerdings keine allgemeingültige Definition gibt. Gleichwohl verbindet Stengel mit seinen Vorschlägen für eine Suffizienzstrategie das Ziel, einen methodischen Ansatz für nachhaltige Entwicklung zu entfalten.

Als zentrales Element jeder Suffizienzstrategie gilt die Verringerung des Güterkonsums. Welche Probleme dabei auftreten und wie die Strukturen verändert werden sollten, um die Konsumgesellschaft neu auszurichten, skizziert der Autor in acht Kapiteln. Nach einer ausführlichen Diagnose und Ursachenbetrachtung vergleicht Stengel die angebotenen Therapien Effizienz, Konsistenz und Suffizienz. In den letzten beiden Kapiteln geht es um die Praxis. Der Autor diskutiert Suffizienzbarrieren und ihre Überwindung sowie die Legitimation der Maßnahmen.

Stengel weist auf eine soziale Fehlentwicklung der (Konsum-)Gesellschaft hin. Von herausragender Bedeutung sei die Kultur – vom Anthropologen Ernest Gellner treffend beschrieben als „Systeme von Vorstellungen und Überzeugungen, an denen sich Denken und Verhalten orientieren“. Am Beispiel des Ressourcenverbrauchs beleuchtet der Autor die Sackgasse der klassischen Konsumgesellschaft: Derzeit benötigte die Menschheit 1,3 Planeten, um den vorherrschenden Lebensstil weiterzuverfolgen. Eine Suffizienzstrategie erscheint als das richtige Mittel, um dies zu ändern, doch sind dabei einige Blockaden zu überwinden. So haben, wenig überraschend, diverse Industriezweige kein Interesse an Suffizienz, weil die Konsumsteigerung zu ihrem Geschäftsmodell gehört.

Erst wenn solche Barrieren erkannt sind und an ihrer Auflösung gearbeitet wird, ist ein Fortschritt erreicht. Zu den Barrieren oder Kosten zählen befürchtete Zeit-, Freiheits- und Gewohnheitsverluste, Status- und Versäumnisängste, Unbehagen vor sozialer Desintegration und die Unlust, von einem erlangten Komfortniveau wieder ablassen zu müssen. Diese Barrieren führen Stengel zufolge auch dazu, dass Menschen ihre Verantwortung an Politik und Wirtschaft delegieren und ihre gesellschaftliche Teilhabe verringern.

Das Buch liefert eine Fülle natur- und sozialwissenschaftlicher Erkenntnisse zur Suffizienz und darüber hinaus zum Spannungsverhältnis Mensch – Natur. Der Autor zieht diverse Disziplinen zur Annäherung an sein Thema heran. Das fruchtbare Zusammenspiel von Interdisziplinarität und Transdisziplinarität und die Bewältigung von Theorie-Praxis-Problemen sind besonders zu betonen. Stengel hat ein sehr lesenswertes und uneingeschränkt zu empfehlendes Buch vorgelegt. [Ulf Roßegger]

► Stengel, O.: Suffizienz. Die Konsumgesellschaft in der ökologischen Krise. oekom, München 2011, 394 S., 39,95 €, ISBN 978-3-86581-280-3

Handbuch für EU-Versteher



■ Von A wie Abfallpolitik bis Z wie Zustimmung des EU-Parlaments erklärt das Handlexikon der Europäischen Union, wie die EU funktioniert. Rund 1.000 Stichworte haben

75 AutorInnen aus Wissenschaft, Politik und Verwaltung erklärt – entsprechend gewichtig ist das Werk ausgefallen. Alle Neuerungen, die seit Inkrafttreten des Lissabon-Vertrags gelten, sind eingearbeitet, aber auch frühere Entwicklungen lassen sich nachvollziehen. Naturschutz, Seeverkehr, Fischereipolitik, Tierschutz und Tourismus – die EU-Umweltpolitik findet sich in vielen Artikeln wieder. Nur der

Klimaschutz hat es trotz Klimakommissarin noch nicht zum eigenen Eintrag geschafft. Klimapolitische Fakten stehen aber bei der Umwelt- und Energiepolitik.

Wie bei Sammelwerken kaum zu vermeiden, ist die Qualität der Beiträge unterschiedlich. Im Durchschnitt gut verständlich, gilt es bei dem einen oder anderen Stichwort juristisches Fachwissen zu haben – oder an anderer Stelle im Handlexikon nachzuschlagen.

Aufsätze zur Geschichte der europäischen Einigung und zur Zukunft der EU runden den über 1.000-seitigen Band ab. Alles in allem ein hilfreiches Nachschlagewerk: So geballt und profund aufbereitet finden sich die Erklärungen beim Surfen im Internet nicht wieder. [Juliane Grüning]

► Bergmann, J. (Hrsg.): Handlexikon der Europäischen Union. Nomos, Baden-Baden 2012, 1.107 S., 98,- €, ISBN 978-3-8329-6323-1

Die Umweltbewegung muss sich neu erfinden



■ Der Historiker Frank Uekötter erzählt in seinem Buch „Am Ende der Gewissheiten“ die Geschichte der deutschen Umweltbewegung. Und er tut das auf eine durchaus provo-

kante Art. Rasiermesserscharf ist sein Blick auf die heiligen Kühe der Umweltbewegung, auf Dogmatismus, lieb gewonnene Feindbilder, ritualisiertes Protestgehebe, Symbolpolitik und Verbandsegoismen. Das liest sich flott, frech und regt zum Nachdenken an – auch und gerade, wenn man nicht alle seine Einschätzungen teilt.

Doch Uekötter kritisiert nicht nur, er formuliert auch mögliche Perspektiven. So sei der grandiose Siegeszug der Umweltbewegung in den letzten drei, vier Jahrzehnten auch dadurch ermöglicht worden, dass diese Bewegung sich sehr eng mit dem Staat verbündet habe. Das

sei für staatliche Organe auch eine großartige Chance, Ressourcen zu mobilisieren, neue Behörden zu gründen, neue Gesetze zu bekommen. All das habe eine Menge für die Umwelt bewirkt, werde nun aber zur Belastung, weil die Umweltbewegung sich zunehmend nahtlos in eine staatliche Verbots- und Regelungsstruktur einfüge. Das würde, so eine der Kernaussagen des Autors, Fantasie blockieren und Zukunftsgestaltung verhindern.

Im abschließenden, leider sehr kurzen Teil formuliert Uekötter zwölf knappe Thesen zur Erneuerung der Umweltbewegung. Unabhängig und vielfältig soll sie sein, unbequem und dialogfähig, sozial engagiert und auf möglichst einfache Regelungen bedacht, so global wie nötig und so regional wie möglich. Sein Fazit: Die Umweltbewegung brauche selbstkritische Reflexion. „Die Ära einfacher Weisheiten ist definitiv vorüber“, so der Autor. Er wünscht sich neue Akteure, neue Themen und vor allem: neue, kreative, unabhängige Strukturen über Länder- und Verbandsgrenzen hinweg. Im Grunde geht es Uekötter darum, dass aus der Umweltbewegung tatsächlich wieder eine Bewegung entsteht. Allein dafür ist ihm eine große, kritische Leserschaft zu wünschen. [Jörg Sommer]

► Uekötter, F.: Am Ende der Gewissheiten. Die ökologische Frage im 21. Jahrhundert. Campus, Frankfurt 2011, 301 S., 24,90 €, ISBN 978-3-593-39533-3

Grenzen des Rohstoffmodells

■ Die Debatte über den „Neuen Extraktivismus“ will das Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika (FDCL) nach Europa tragen. Der Begriff steht für die größtmögliche Ausbeutung von Rohstoffen und Agrarland für den Export – mit vielen negativen Folgen für Ökosysteme und Bevölkerung. Selbst die Mitte-Links-Regierungen, die in den meisten Ländern Lateinamerikas an der Macht sind, verfolgen diese Exportpolitik. [hv]

► Acosta, A. u. a.: Der Neue Extraktivismus. FDCL-Verlag, Berlin 2012, 169 S., ISBN 978-3-923020-56-0. Download: www.fdcl-berlin.de/?1634

Impressum

umwelt aktuell April 2012
ISSN 1865-3901

Herausgeber: Deutscher Naturschutzring, Dachverband der deutschen Natur- und Umweltschutzverbände (DNR) e. V., Marienstr. 19–20, D-10117 Berlin, Tel. +49 (0)30 / 678177570, E-Mail: info@dnr.de, www.dnr.de

Verlag: oekom verlag, Gesellschaft für ökologische Kommunikation mbH, Waltherstr. 29, D-80337 München, Tel. +49 (0)89 / 5441840, E-Mail: kontakt@oekom.de, www.oekom.de. **Gesellschafter/Anteile:** Jacob Radloff, Feldafing, 77 %, Christoph von Braun, München, 23 %

Chefredaktion: Helga Inden-Heinrich [hih] (Deutschland, verantw.), Bjela Vossen [bv] (Europa und Internationales, verantw.). **Redaktion:** Matthias Bauer [mb], Juliane Grüning [jg], Marion Busch [mbu], Eric Janáček [ej], Stefanie Langkamp [sl], Antje Mensen [am]. **Redaktionelle Mitarbeit:** Teresa Gross [tg], Ines Jentsch [ij], Daniel Hiss [dh], Carla Noever [cn], Hanna Vlasák [hv], EU-Umweltbüro des Umweldachverbandes [UWD].

Service: Matthias Bauer. **ökopädNEWS:** siehe S. 40

Kontakt/Probehefte: Redaktion umwelt aktuell, Marienstr. 19–20, D-10117 Berlin, Tel. +49 (0)30 / 6781775-82, E-Mail: redaktion@dnr.de, www.umwelt-aktuell.eu

Schlusskorrektur: Gotlind Blechschmidt, Augsburg

Titelfoto: DLR. **Grafik/DTP:** Matthias Bauer, Juliane Grüning. **Druck:** Kessler Druck + Medien GmbH & Co. KG, D-86399 Bobingen. Gedruckt auf Circleoffset White, 100 % Recycling, von Arjowiggins/Igepa group

Erscheinungsweise: monatlich am Monatsanfang

Redaktionsschluss: 10. des vorhergehenden Monats

Abonnements/Bestellungen/Probeabos: Rhenus Medien Logistik GmbH & Co. KG, D-86899 Landsberg am Lech, Tel. +49 (0)8191 / 97000-608, Fax -405, E-Mail: oekom@de.rhenus.com, www.oekom.de. **Anzeigen:** oekom verlag, Stefanie Ott, München, Tel. +49 (0)89 / 54418435, E-Mail: anzeigen@oekom.de

Die Redaktion behält sich Kürzung und Bearbeitung von Beiträgen vor und haftet nicht für unverlangt eingesandtes Material. Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion beziehungsweise des Herausgebers wieder.

Dieses Projekt wird finanziell vom Bundesumweltministerium gefördert. Die Förderer übernehmen keine Gewähr für die Richtigkeit, Genauigkeit und Vollständigkeit der Angaben sowie für die Beachtung der Rechte Dritter. Die geäußerten Ansichten und Meinungen müssen nicht mit denen der Förderer übereinstimmen.

Dieser Ausgabe liegt ein Werbebeileger der Wochenzeitung „der Freitag“ bei.



INTERNET

Alles über alle AKWs in Europa

■ Eine neue Internetanwendung des österreichischen Umweltbundesamtes enthält Angaben zu allen Atomkraft-

werken in Europa. BenutzerInnen erfahren, wie viele AKWs in jedem europäischen Land derzeit in Betrieb sind, sich im Bau befinden oder stillgelegt wurden – inklusive der spezifischen Reaktordaten. Die Standorte können mit Satellitenbildern, Landkarten oder Geländeansichten dargestellt werden. Durch einen Link zur Internationalen Atomenergiebehörde IAEA können auch die Betreiberdaten abgerufen werden. Informationen über Umweltverträglichkeitsprüfungen, Bewilligungsverfahren und die aktuellen EU-Stresstestberichte sind ebenfalls über die Website zugänglich. [UWD]

► www.umweltbundesamt.at/akwmap

Schattenlandschaften

■ Ein Jahr nach dem Reaktorunglück in Fukushima hat Greenpeace eine Fotoserie über Schicksale von Betroffenen veröffentlicht. Die Bilder führen die Auswirkungen des Unglücks vom März 2011 vor Augen. Vorgestellt werden sechs Personen und Familien, die wahrscheinlich nie mehr nach Hause können, und neun Ortschaften und Landstriche, die sehr lange Zeit nicht mehr bewohnbar sein werden. Zu jedem Foto gibt es eine kurze Beschreibung auf Englisch sowie private Bilder, eine Landkarte und meist auch ein kurzes Video. [hv]

► www.greenpeace.org/shadowlands

Kein EU-Handel auf Kosten der Umwelt

■ „Über unsere Zukunft entscheiden“ ist das Motto einer Initiative von mehr als 30 europäischen und lateinamerikanischen Umwelt- und Menschenrechtsorganisationen, die sich gegen die geplanten Freihandelsabkommen der Europäischen Union mit Peru, Kolumbien und Mittelamerika

einsetzen. Eine neue Internetseite informiert auf Spanisch, Englisch und Französisch über die negativen Auswirkungen solcher Abkommen, wie neue Ressourcenkonflikte, Regenwaldkahlschlag und soziale Verwerfungen, und lädt dazu ein, sich an den Protesten zu beteiligen. [cn]

► www.fta-eu-latinamerica.org

Obsoleszenz obsolet machen

■ Geplante Obsoleszenz bedeutet geplanter Verschleiß: Hersteller reduzieren bewusst die Lebensdauer von Produkten, sodass Verbraucher sie wegwerfen und ersetzen müssen. Das ist ärgerlich, verbraucht unnötig Ressourcen und

verschmutzt die Umwelt. Um einen Bewusstseinswandel zu bewirken, will der Berliner Projektmanager Stefan Schridde über das Internet eine Community von Gleichgesinnten aufbauen. Er sammelt Informationen zu Herstellern und zu den Produkten, bei denen frühe Verschleißerscheinungen auftreten – aber auch von positiven Beispielen, die durch ihre Langlebigkeit auffallen. Die Seiten sind noch im Aufbau. Geplant ist auch ein Ratgeberteil zum Reparieren von vermeintlich defekten Geräten. Initiator Schridde freut sich über alle, die sich in irgendeiner Art in das Forum einbringen können. [hv]

► www.obsoleszenz.wordpress.com
 ► www.murks-nein-danke.de

Leserbrief: Bei Geothermie stärker differenzieren

Betrifft: „Energiewende verkehrt. Kraftwerke, die Strom aus tiefer Geothermie erzeugen, gelten zu Unrecht als ökologisch“ von Ulricke Witt, umwelt aktuell 03.2012, S. 2–3

In der Märzangabe wird in dem Artikel „Energiewende verkehrt“ von Ulricke Witt der Ortsverband Tutzing von Bündnis 90/Die Grünen gleich zu Anfang zitiert mit den Worten: „Pure Verschwendung von Energie“ nennen es die Tutzinger Grünen.“ Dieses Zitat ist so leider völlig missverständlich und aus dem Kontext gerissen.

Wir gehen davon aus, dass Frau Witt sich auf unsere Stellungnahme zum Geothermie-Projekt Bernried vom 9.12.2011 bezieht, und zwar auf folgenden Absatz: „Das Bernrieder Geothermiekraftwerk ist auf Stromerzeugung ausgelegt. Dies ist mit einem Wirkungsgrad von 8 % pure Verschwendung von Energie, da die übrigbleibende Energie über die Lüfter ungenutzt abgegeben wird, ohne zu wissen, wie sich das auf die Umwelt auswirkt. Hierbei handelt es sich unserer Meinung nach nur um Abschöpfung der EEG-Zulage, die so nicht gedacht ist.“⁽¹⁾

Wie zu erkennen ist, haben wir uns ausdrücklich auf den Wirkungsgrad einer Stromerzeugung aus geothermaler Energie bezogen und nicht auf Geothermie im Allgemeinen. Diese Differenzierung ist

in der Zitation von Frau Witt leider nicht erkennbar. Wir verstehen auch nicht, dass es keine Angabe von Quellen zu den aufgeführten Zitaten gibt, sodass sich der Leser nochmals selbst ein genaues Bild machen könnte.

(1) www.gruene-starnberg.de/unsere-ortsverbaende/tutzing/geothermie-bernried

Timo Philip Burmeister, Ortsvorsitzender, Bündnis 90/Die Grünen, Ortsverband Tutzing

Kontakt: E-Mail: timo.burmeister@gmail.com, www.gruenes-tutzing.de

Anmerkung der Redaktion: In dem Artikel geht es nur um Geothermiestrom, nicht um Geothermie im Allgemeinen. Das wird auch durchgängig deutlich. Dem Artikel ist außerdem zu entnehmen, dass der Wirkungsgrad des Geothermiekraftwerks Unterhaching bei zehn Prozent liegt. Bei den Anmerkungen beschränkt sich umwelt aktuell im Unterschied zu wissenschaftlichen Zeitschriften auf die wichtigsten Quellen und Empfehlungen zur Vertiefung des Themas.

TERMINE

APRIL

13.04., Basel (CH)

Landschaft im Spannungsfeld von Schutz und Nutzung. NATUR-Kongress

► Ecos, Livia Graf,

Tel. +41 (0)61 / 20510-50, -10, Fax -2711010,
E-Mail: kongress@natur.ch, www.natur.ch/kongress

14.04., Berlin (D)

Das gute Leben – es gibt Alternativen. Kongress
► die tageszeitung, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 2590-20,
www.taz.de/tazlab

16.04., Magdeburg (D)

Elberaum entwickeln: Nachhaltig, zukunftsfähig und naturverträglich. Konferenz
► Bündnis 90/Die Grünen, Stephan Kühn, Berlin,
Tel. +49 (0)30 / 2277-1866, Fax -6864, E-Mail:
stephan.kuehn@bundestag.de, www.gruene-
bundestag.de/cms/termine/dok/404/404797.html

17.04., Hofgeismar bei Kassel (D)

Brauchen wir (bundes-)einheitliche Preise für Wasser und Abwasser? Tagung
► Evangelische Akademie Hofgeismar, Tel. +49
(0)5671 / 881-0, Fax -154, ev.akademie.hofgeismar@
ekkw.de, www.akademie-hofgeismar.de

19.–20.04., Leipzig (D)

Aktuelle Entwicklungen im Immissionsschutzrecht. Symposium
► Universität Leipzig, Institut für Umwelt- und
Planungsrecht, Prof. Dr. Kurt Faßbender, Tel.
+49 (0)341 / 97351-30, E-Mail: upr@uni-leipzig.de,
www.uni-leipzig.de

19.–21.04., Tutzing am Starnberger See (D)

Verantwortung in einer begrenzten Welt. Tagung
► Ev. Akademie Tutzing, Tel. +49 (0)8158 / 251-146,
Fax 996443, E-Mail: programme@ev-akademie-
tutzing.de, www.ev-akademie-tutzing.de

20.04., Cottbus (D)

Aus Visionen Wirklichkeit machen: Brandenburg und Berlin sind 100 Prozent Erneuerbar. Tagung
► Bündnis 90/Die Grünen, Svenja Schünemann,
Potsdam, Tel. +49 (0)331 / 966-1713,
Fax -1702, E-Mail: svenja.schuenemann@
gruene-fraktion.brandenburg.de,
www.gruene-fraktion.brandenburg.de

21.04., Wittenberg (D)

Die Natur als Kunstwerk. Fachtag Naturschutz
► Evangelische Akademie Sachsen-Anhalt, Tel.
+49 (0)3491 / 4988-0, E-Mail: info@ev-akademie-
wittenberg.de, www.ev-akademie-wittenberg.de

25.04., Frankfurt/M. (D)

Biologische Vielfalt in städtischen Ballungsräumen. Workshop
► NABU, Alexander von Schilling, Berlin,
Tel. +49 (0)30 / 284984-1954, Fax -3954,
E-Mail: alexander.vonschilling@nabu.de,
www.kurzlink.de/lokale-biodiv.pdf

25.–28.04., Insel Vilm bei Rügen (D)

Der Nutzen von Ökonomie und Ökosystemdienstleistungen für die Naturschutzpraxis. Workshop
► Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung, Matteo Roggero, Carsten Neßhöver, Leipzig, Tel. +49 (0)341 /
23516-36, E-Mail: teeb@ufz.de, www.ufz.de

27.–29.04., Tutzing am Starnberger See (D)

Stadt Kultur Zukunft. Tagung
► Stiftungsgemeinschaft anstiftung & ertomis,
München, Tel. +49 (0)89 / 747460-15, Fax -30,
E-Mail: info@anstiftung-ertomis.de,
www.ev-akademie-tutzing.de

MAI

02.–04.05., Vaduz (LI)

Liechtenstein-Kongress für nachhaltige Entwicklung und verantwortungsvolles Investieren 2012
► Universität Liechtenstein, Andreas Jaeger,
Tel. +423 (0)265 / 1142, 1132, E-Mail:
andreas.jaeger@lisdar.li, www.lisdar.li

05.05., Wittenberg (D)

Guerilla-Gärtnern Reloaded. Junge Akademie
► Evangelische Akademie Sachsen-Anhalt,
Tel. +49 (0)3491 / 4988-0, Fax 400706,
E-Mail: info@ev-akademie-wittenberg.de,
www.ev-akademie-wittenberg.de

08.05., Villingen-Schwenningen (D)

Biologische Vielfalt in Mittelgebirgen. Workshop
► NABU, Alexander von Schilling, Berlin,
Tel. +49 (0)30 / 284984-1954, Fax -3954,
E-Mail: alexander.vonschilling@nabu.de,
www.kurzlink.de/lokale-biodiv.pdf

10.–12.05., Bonn (D)

Ziele und Wege der Ausgestaltung gleichberech-

tigter Partnerschaften zwischen Zivilgesellschaft und Wissenschaft. Living-Knowledge-Konferenz

► Wissenschaftsladen Bonn, Norbert Steinhaus, Tel.
+49 (0)228 / 20161-22, E-Mail: norbert.steinhaus@
wilabonn.de, www.livingknowledge.org/conference

11.05., Schneverdingen/Lüneburger Heide (D)

Renaturierungsmaßnahmen im Kontext der Wasserrahmenrichtlinie. Workshop
► Akademie für Naturschutz (NNA),
www.nna.niedersachsen.de (Veranstaltungen)

12.–15.05., Bonn (D)

Resilient Cities 2012. 3rd World Congress on Cities and Adaptation to Climate Change
► ICLEI – Local Governments for Sustainability, Tel.
+49 (0)228 / 976299-28, Fax -01, E-Mail: bonn2011.
programm@iclei.org, http://resilient-cities.iclei.org

17.05.–04.06., Stuttgart (D) – Brüssel (B)

Atomwaffen abrüsten statt modernisieren. Internationale Fahrradaktion
► Unsere Zukunft atomwaffenfrei, Johanna Pfeffer,
+49 (0)176 / 997897-70, johanna@pfeffer.nl, www.
atomwaffenfrei.de/die-kampagne/fahrradaktion

21.05., Berlin (D)

Zwanzig Jahre, zwanzig Prozent. Wie weiter mit Natura 2000?
► NABU, Angelika Richter, Tel. +49 (0)30 /
284984-1577, E-Mail: angelika.richter@nabu.de,
www.kurzlink.de/natura-2000-gipfel

21.–23.05., Berlin (D)

Zeitalter der Partizipation. Paradigmenwechsel in Politik und politischer Bildung? Kongress
► Bundeszentrale für politische Bildung, Svetlana Alenitskaya, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 99515-509,
Fax -293, E-Mail: svetlana.alenitskaya@bpb.bund.de,
www.bundeskongress-partizipation.de

JUNI

08.–09.06., Berlin (D)

Nachhaltig handeln – Wirtschaft neu gestalten – Demokratie stärken. Transformationskongress
► DNR/DGB/EKD. Deutscher Naturschutzring (DNR),
Helmut Röscheisen, Tel. +49 (0)30 / 6781775-70, Fax
-80, E-Mail: info@dnr.de, www.dnr.de/termine/dnr

Umweltbildungs-Termine: siehe S. 40
Weitere Termine: www.dnr.de/termine

Energiewende und Bildung

Mit einer offenen Zukunft umgehen lernen

Im Februar und März veranstaltete der ANU-Bundesverband die Tagungsreihe BNEE – Bildung für nachhaltige Entwicklung und Erneuerbare Energien. Auf vier Tagungen arbeiteten ExpertInnen heraus, was Bildung für die Energiewende tun kann. Bildungsmethoden, um den Wandel zu begleiten und auch das Gehen auf unsicherem Terrain auszuprobieren, gibt es bereits.

□ Die bevorstehende Transformation des Energiesystems stellt uns vor große Herausforderungen in allen Bereichen unserer Gesellschaft. Bildung ist dabei ein unerlässlicher Baustein im Umbauprozess, der die Menschen befähigen kann, sich komplexes, neues Wissen zu erarbeiten, Unsicherheiten auszuhalten, Emotionen zu hinterfragen sowie Entscheidungen zu treffen und umzusetzen.

Wo stehen wir in diesem Prozess und wie sieht diese Bildung für den Wandel aus? Folgende Punkte wurden auf den Tagungen angesprochen:

Wenig Wissen für die offene Zukunft

Für die nähere und fernere Zukunft ist das Wissen über die Veränderungen im Rahmen der Energiewende teilweise noch sehr gering und geprägt von Unsicherheit. Über die Potenziale der einzelnen Energieträger

THEMENHEFT: BNE UND ERNEUERBARE ENERGIEN

und die Zusammensetzung des Energiemix in der Zukunft existieren verschiedene Szenarien. Der Aus- und Umbaube-
darf

der Energieinfrastruktur, insbesondere der Stromnetze, ist für viele noch nicht verständlich genug dargestellt und abgewogen worden. Über die zukünftigen Bedarfe und Lebensstile, über technische und wirtschaftliche Entwicklungen ist wenig bekannt. Vor allem Lebensstilfragen und die Energieeinsparung durch Suffizienz sind schwierig vorausszusagen. Gleichzeitig ist die Informationsflut zu Themen der Energiewende groß und hoch dynamisch, was die Orientierung erschwert und dem Wissen teilweise kurze Halbwertszeiten beschert.

BLICKPUNKT

Die Tagungsreihe Bildung für Nachhaltige Entwicklung und Erneuerbare Energien

Die Tagungen der Reihe BNEE – Bildung für nachhaltige Entwicklung und Erneuerbare Energien – hatten zum Ziel, die Energiewende verstärkt in die Bildungsbereiche zu tragen, Multiplikatoren Orientierung im dynamischen und komplexen Themenfeld der erneuerbaren Energien zu geben und Energiefachleute und Bildungsexperten miteinander in Austausch zu bringen.

Vier bundesweite Tagungen im Februar und März in Hamburg, Leipzig, Frankfurt am Main und Düsseldorf behandelten Energiewende und Bildung an Schnittstellenthemen wie dem Umbau der Energieinfrastruktur, der Flächennutzung, den globalen und lokalen Perspektiven der erneuerbaren Energien und der Aus- und Weiterbildung für die Energiewende. Zielgruppen und Teilnehmer der Tagungen waren Vertreter aus Universitäten, Forschungseinrichtungen, Nichtregierungsorganisationen, Verbänden, Kammern, Unternehmen sowie Planer, außerdem Bildungsmultiplikatoren aus dem schulischen, au-

berschulischen, berufsbildenden und universitären Bereich.

Die Tagungen begannen jeweils mit einer Exkursion zum Beispiel zu einem Solarpark und zu städtebaulichen Energieprojekten. Der in der Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) bewährte methodische Ansatz der künstlerisch-kreativen Auseinandersetzung mit Themen wurde mit Theaterstücken zum lokalen Engagement für die Energiewende und einem Reisebericht aus Ghana vorgestellt. In Vorträgen wurden die aktuellen Entwicklungen der Energiewende aus wissenschaftlich-technischer, planerischer, sozialwissenschaftlicher und bildungspraktischer Sicht dargestellt und diskutiert. In Foren konnten die Teilnehmer in Kleingruppen Inhalte vertiefen, Bildungsmethoden ausprobieren und Be-
teiligungsmodelle diskutieren. Auf den Märkten der Möglichkeiten stellten sich Bildungsprojekte vor und zahlreiche Bildungs- und Informationsmaterialien lagen aus.

Die Tagungspräsentationen werden zeitnah auf www.umweltbildung.de dokumentiert. Darüber hinaus wird es eine Broschüre mit den Ergebnissen aller vier Tagungen und Bildungsmaterialempfehlungen geben.

Bei der Konzeption und Organisation der Tagungen hat die Arbeitsgemeinschaft Natur- und Umweltbildung (ANU) mit mehreren Kooperationspartnern zusammengearbeitet. Dazu gehören die Agentur für Erneuerbare Energien in Berlin, die Deutsche Unesco-Kommission und das Bundesinstitut für Berufsbildung in Bonn, das sächsische Kultusministerium und BNE-Netzwerke der Kultus- und Umweltministerien in Hessen und Hamburg, das Amt für Mission, Ökumene und kirchliche Weltverantwortung der Evangelischen Kirche von Westfalen, die Natur- und Umweltschutzakademie NRW und mehrere lokale Partner. Gefördert wird das Projekt vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit. [Angelika Schichtel]

Emotionen begründen Entscheidungen

Aufgrund der Unsicherheit im Wissen über die Zukunft und der gleichzeitigen Ahnung, dass sich vieles ändern wird, ist die Diskussion um die Energiewende stark von Emotionen begleitet. Urteile und Entscheidungen beruhen stärker auf Annahmen und Glauben, wenn das Wissen unsicher ist. Bei verschiedenen wissenschaftlichen Szenarien, politischen Programmen und der ideologiegeprägten Frage, ob die Energiezukunft zentral oder dezentral ist, fällt das Bewerten und Urteilen und in der Folge das Entscheiden für individuelle Handlungen schwer.

Interdisziplinäre Bildung für die Energiewende

Die Energiewende erfordert ein noch viel stärkeres Ineinandergreifen und Zusammenarbeiten von Fachgebieten aus dem wissenschaftlichen, technischen, politischen, juristischen und ökonomischen Bereich gemeinsam mit Sozialwissenschaften und dem globalen, interkulturellen Lernen. Das stellt die beteiligten Akteure vor große Herausforderungen, weil die Bildungsstrukturen noch stärker an diese Anforderungen angepasst werden müssen und das Lernen im und mit einem Tandem aus Energiefach- und Bildungsbereich gestärkt werden müsste.

Den Wandel wagen

Von entscheidender Bedeutung für das Gelingen der Energiewende – und damit ist nicht nur das technische, sondern insbesondere das gesellschaftliche Gelingen gemeint – ist das Vermitteln des Wandels. Es kommt darauf an, ehrlich zu benennen, was die Energiewende für den Einzelnen und für die Gemeinschaft bedeutet. Derzeit werden viele Ziele ausgegeben, zum Beispiel das Zwei-Grad-Ziel als Maximum der Erderwärmung oder Einsparziele für 2020 und 2050. Aber der Weg oder die Wege dorthin und die Schritte auf diesen Wegen sind noch nicht klar erkennbar.

Es muss klar gesagt werden, dass Veränderungen bevorstehen, auch erhebliche, etwa die Umstellung von nachfrage- auf angebotsorientierte Energieverfügbarkeit oder Veränderungen im Landschaftsbild. Dabei ist wichtig, zuerst die normative

Zielsetzung zu klären – was wir uns wünschen und wie wir zum Beispiel 2020 oder 2050 leben wollen – und dann die technischen Machbarkeiten zu beleuchten. Verschiedene Szenarien beschreiben die Wege in die Zukunft, und eine zentrale Aufgabe der Bildung ist es, mit diesen Szenarien zu arbeiten und die möglichen Wege zwischen heute und den Zielen verständlich zu machen. Dazu gehört auch, ehrlich zu sagen, dass wir mit unsicheren, unvollständigen und überkomplexen Informationen umge-

hen müssen und dass die Bereitschaft, sich etwa mit der Komplexität der Energieinfrastruktur zwischen Stromnetzen, Speichern und Kraftwerken auseinanderzusetzen, notwendig ist, um besser fundierte Urteile in der Energiewende bilden zu können.

Methodenwahl am Wandel ausrichten

Die Bildungsmethoden, die den Wandel gut begleiten können, sind vor allem Szenario-, Plan- und Rollenspiele. Ihr Vorteil ist, dass man die Zukunft „ausprobieren“ kann

LESERBRIEF

Ein ernst gemeinter Dialog war nicht erkennbar

Betrifft: „Bildung und Partizipation“, ökopädNEWS 228, März 2012

Der bayerische Umweltminister Dr. Marcel Huber kam in der letzten Ausgabe von ökopädNEWS zu Wort und rühmte die Partizipation bei der Bayerischen Nachhaltigkeitsstrategie. Die ANU Bayern findet es sehr positiv, dass die Bayerische Staatsregierung mit der Nachhaltigkeitsstrategie ihre künftige Politik am Leitbild der Nachhaltigkeit ausrichten möchte. Deshalb bedauern wir, dass Qualitätsanforderungen an Kooperation und Dialog – wie Transparenz, Nachvollziehbarkeit und Benennen von Gestaltungsspielräumen, der gegenseitige Respekt und der faire Umgang mit den Argumenten – durch das praktizierte Online-Verfahren nicht gewährleistet wurden. Kommentare waren nur in einem sehr begrenzten vorgegebenen Raster möglich, ein ernst gemeinter Dialog war nicht erkennbar, am angebotenen Dialog mit den Verbänden besteht seitens der Staatsregierung kein Interesse.

Die ANU Bayern hat eine ausführliche Stellungnahme zum Thema Bildung abgegeben und gemeinsam mit anderen Akteuren im Bündnis Nachhaltigkeit Bayern eine Gesamtkommentierung mitverfasst (www.umweltbildung-bayern.de).

Kernpunkt unserer Aussage zur Bildung ist, dass wir es als zwingend notwendig ansehen, in der Bayerischen Nachhaltigkeitsstrategie dem Kapitel Bildung mit allen seinen Unterpunkten das Konzept der Bildung für nachhaltige Entwicklung zugrunde zu legen. Die einzelnen Bildungskapitel sollten

sich am Leitbild der nachhaltigen Entwicklung orientieren und aufzeigen, wie ein weitreichender und langfristig angelegter Wandel in den Lebens-, Denk- und Handlungsweisen unserer Gesellschaft in Richtung Zukunftsfähigkeit erfolgen kann. Eine Nachhaltigkeitsstrategie hat nur Kraft und wird ernst genommen, wenn sie mit Finanzmitteln hinterlegt ist und Ziele und Kriterien für ihre Erreichung festgelegt werden. Leider fehlt beides beim vorliegenden Entwurf.

Die ANU Bayern ist der Bildung für nachhaltige Entwicklung seit der Agenda 21 verpflichtet. Sie hat die Beiträge zum Kapitel C 3.12 Umweltbildung in der Bayern-Agenda mitverfasst. Sie ist im interministeriellen Arbeitskreis „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ unter Leitung des bayerischen Umweltministeriums vertreten und hat am bayerischen Aktionsplan mitgewirkt, der 2012 in seiner Fortschreibung erscheinen wird. Der Aktionsplan der ANU Bayern zur Verankerung von Bildung für nachhaltige Entwicklung ist ein Beitrag zum Nationalen Aktionsplan der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“. In diesem Sinne führen wir immer gerne den Nachhaltigkeitsdiskurs zur Verankerung einer Bildung für nachhaltige Entwicklung.

Marion Loewenfeld,

1. Vorsitzende, Arbeitsgemeinschaft Natur- und Umweltbildung Bayern e.V.

exkurse in die unsichtbare Dimension!

**Der kulturelle Blick auf Bildung
für nachhaltige Entwicklung
gibt neue Impulse:
unkonventionell und lebendig!**

Die im vorliegenden Band versammelten AutorInnen blicken aus ihren Forschungsfeldern auf den keineswegs endgültig definierten Begriff der Nachhaltigkeit. Ihre Beiträge zeigen aus den Perspektiven der historischen Forschung, der Psychoanalyse, der Organisationsentwicklung, der Sexualpädagogik sowie der kulturellen und ästhetischen Bildung sowie der Praxis- und Diskursforschung, dass die Einbeziehung der kulturellen Dimension einer Bildung für nachhaltige Entwicklung nachhaltige Impulse geben kann.



Gabriele Sorgo (Hg.):

Die unsichtbare Dimension

Bildung für nachhaltige Entwicklung
im kulturellen Prozess

forum exkurse edition, Wien 2011. 192 S.,
EUR 14,-. ISBN 978-3-900717-68-1

Zu beziehen über www.umweltbildung.at

**forum
umwelt
bildung**
für nachhaltige
entwicklung

– mit der Möglichkeit der Umkehrbarkeit. Sich der Zukunft spielerisch nähern, die Auswirkungen von Entscheidungen kennenlernen können, ohne irreversible Fehler in der Realität zu machen, und auch Wege zu erkennen, die vielleicht vorher nicht sichtbar waren, erleichtert den Zugang zu Zukunftsoptionen und ihrer Bewertung. Diese Methoden unterstützen den Transfer von der Wissenschaft in die Bildung. Zu den vorgestellten Plan- und Rollenspielen gehören „Changing the Game“, ein Energieplanspiel aus Dänemark, das Planspiel „Windkraftkonflikt“ vom Wissenschaftsladen Bonn, das Rollenspiel „Zukunft der Energieversorgung“, entwickelt im Wissenschaftsjahr Energie 2010 des Bundesbildungsministeriums, sowie die Onlinespiele „Energetika“ und „Energie online“.

Um die technischen und weiteren Entwicklungen besser einschätzen und beurteilen zu können, ist mehr Basiswissen über technische, raumplanerische und wirtschaftspolitische Zusammenhänge nötig. So wurde etwa auf einer der Tagungen ein „Grundkurs Stromnetze“ angeboten.

Auch die Reflexion über Energie-Leitbilder ist eine wichtige Herangehensweise, um den Wandel zu thematisieren. So wurde auf der BNEE-Tagung zu Energielandschaften über das Leitbild Landschaftsbild reflektiert. Die Landschaft wird sich mit der fortschreitenden Energiewende noch weiter verändern – auch das gilt es zu kommunizieren. Neue Kulturlandschaften entstehen. Um sich ein Bild von den Veränderungen zu machen, bieten sich Exkursionen zu Erneuerbare-Energie-Anlagen und Ansätze zur ästhetischen Bildung aus den Spaziergangswissenschaften an.

Den Wandel kommunizieren bedeutet auch eine intensive Bürgerbeteiligung. Auf den Tagungen wurde festgestellt, dass es für die Akzeptanz von Veränderungen von großer Bedeutung ist, dass die Ergebnisse aus Beteiligungsprozessen bei der Umsetzung auch tatsächlich berücksichtigt werden oder sogar rechtliche Verbindlichkeit erreichen.

[Angelika Schichtel]

▷ ANU-Bundesverband, BNEE-Tagungsorganisatorin
Angelika Schichtel, Frankfurt/M., Tel. +49 (0)69 /
310192-43, www.umweltbildung.de/bnee.html

SCHWERPUNKT: BNE UND ERNEUERBARE ENERGIEN

Jobbörse

Arbeitsplätze für Erneuerbare bei eejobs.de

□ Greenjobs.de, die Online-Stellenbörse für Umweltfachkräfte im deutschsprachigen Raum, und die Fachzeitschrift Solarthemen bieten als gemeinsames Projekt eine Online-Jobbörse speziell für Arbeitsplätze im Bereich erneuerbare Energien an. Bereits über 300 verschiedene Unternehmen der Erneuerbare-Energien-Branche haben auf dem Internetportal eejobs.de seit dem Start am 1. März ihre freien Stellen inseriert. Rund 400 zumeist hoch qualifizierte, aktuelle Jobs sind inzwischen im Schnitt auf der neuen Jobbörse zu finden.

▷ www.eejobs.de

Bürgerschaftliches Engagement

Energiewende im Bayerischen Oberland

□ Die Bürgerstiftung Energiewende Oberland sieht der Tatsache ins Auge, dass die Aufgabe, eine zukunftsfähige Energiepolitik zu entwickeln, von den Staaten und den Kommunen allein nur mit großen Mühen gestaltet werden kann. In ihren Augen können aber viele Aufgaben von den Bürgerinnen und Bürgern selbst erledigt werden. Mit der Gründung einer Bürgerstiftung wollen die engagierten Bürger Vorhaben und Maßnahmen fördern, die es erlauben sollen, die Energieversorgung der Landkreise Bad Tölz-Wolfratshausen, Miesbach und Weilheim-Schongau bis 2035 nicht nur vollständig durch erneuerbare Energien zu ermöglichen, sondern diese auch regional zu erzeugen, was Wertschöpfung in den Landkreisen hält und somit neue Arbeitsplätze schafft.

▷ www.energiewende-oberland.de

Lehrerbildung**Kostenlose Fachseminare**

□ Im Forschungsprojekt „Erneuerbare Energien in der Lehrerbildung verankern!“ bietet das Unabhängige Institut für Umweltfragen (UfU) Lehrbildungsseminaren bundesweit kostenlose Fachseminare zu erneuerbaren Energien an. Projektpartner sind Solare Zukunft e.V. und das Ecologic Institut. 80 ganztägige Seminare werden zwischen den 16 Bundesländern aufgeteilt. Folgende Themen werden angeboten:

- ▷ Basiswissen und gesellschaftliche Bedeutung der erneuerbaren Energien
- ▷ Integration des Themas in verschiedene Fächer – Methoden und fächerübergreifende Projekte
- ▷ Experimente im Unterricht
- ▷ Berufsorientierung
- ▷ Alternative Mobilitätskonzepte
- ▷ Energiesparen, Verbraucherverhalten
- ▷ Energieeffizienz und intelligente Vernetzung
- ▷ Zukunftsvisionen für 2050

Zielgruppen sind Studienseminare aller Fächer und Schultypen im Schuljahr 2012/2013. Das Projekt wird vom Bundesumweltministerium gefördert.

▷ www.ufu.de/lehrerbildung

Broschüre für Schulen**Handbuch Klimaschutz**

□ 50 Tipps zum Klimaschutz an Schulen bietet ein kleines Handbuch der Hamburger Schulbehörde. Besonders wichtig ist es den Autorinnen, die Schülerschaft aktiv einzubeziehen. Das System Schule dient beim Klimaschutz in erster Linie als Lernumfeld. Damit der Überblick bei den vielen Handlungsfeldern und Einzelmaßnahmen nicht verloren geht, sollten Schulen einen eigenen Klimaschutzplan entwickeln, mit dem Aktionen kurz-, mittel- und langfristig geplant werden können. Kostenloser Download im Netz.

▷ www.li.hamburg.de/publikationen-2011/2994430/handbuch-klimaschutz

AUS ANU UND UMWELTZENTRENANU Brandenburg**Ernährung und Biodiversität**

□ Die Ernährung und die Bewahrung der Artenvielfalt und Biodiversität sind in diesem Jahr die Schwerpunkte der Gemeinschaftsaktion „Gesunde Umwelt – unsere Zukunft in Brandenburg“ des Landesumweltministeriums in Kooperation mit dem ANU-Landesverband. Mit Sachkosten bis zu 2.500 Euro gefördert werden ehrenamtliche Projekte, die für Themen des Natur-, Arten-, Biotop- und Umweltschutzes sowie der nachhaltigen Entwicklung sensibilisieren, Basiswissen und die Herausbildung von Umweltbewusstsein fördern, Gestaltungskompetenzen wie vorausschauendes Denken und Teamfähigkeit vermitteln oder eine intensive Auseinandersetzung mit Umweltthemen unterstützen.

▷ www.anu-brandenburg.de/390.html

Umweltzentrum Drei Eichen**Deutsch-polnische Projekte**

□ Der Verein Naturschutzpark Märkische Schweiz, Träger des Besucherzentrums Drei Eichen östlich von Berlin, will Umweltbildung und Naturschutz im Naturpark und über seine Grenzen hinweg fördern. Er organisiert Projekte, die das Verständnis für Natur, Naturschutz, Vielfalt und nachhaltige Nutzung sowie die Verbundenheit zwischen Mensch und Natur ebenso fördern wie eine naturverträgliche, nachhaltige regionale Entwicklung und die internationale Zusammenarbeit – besonders über die deutsch-polnische Grenze hinweg. Mit rund 20.000 Euro unterstützt Brandenburgs Umweltministerium in diesem Jahr einen deutsch-polnischen Lehrgang zur Wildnispädagogik. Der Lehrgang im Besucherzentrum Drei Eichen umfasst sechs Seminare mit jeweils mindestens 16 Teilnehmern.

▷ www.nspv.de

Biosphärenreservat Rhön**Vertrag zur Umweltbildung unter Dach und Fach**

□ Das Biosphärenreservat Rhön hat es sich zur Aufgabe gemacht, die Ansprüche von Mensch und Natur in Einklang zu bringen um die Zukunft der Region mit Unterstützung der Bevölkerung und einer Mischung aus Traditionen und innovativen Ideen zu sichern. Ein neues Vertragswerk stützt die Umweltbildung. Der Freistaat Bayern wird künftig 90 Prozent der anfallenden Kosten in der Umweltbildung tragen, die Landkreise Rhön-Grabfeld und Bad Kissingen und die beteiligten Kommunen Fladungen, Wildflecken und Oberelsbach die restlichen zehn Prozent. Mit im Boot sind auch das Schullandheimwerk Unterfranken und die Diözese Würzburg. Die Regelung sei ein klares Bekenntnis des Freistaats zur Umweltbildung im Biosphärenreservat und Sorge außerdem für eine langfristige Zusammenarbeit zwischen dem Staat, den Kommunen und weiteren Partnern.

▷ www.biosphaerenreservat-rhoen.de

WISSENSWERTFactsheet**Forschung und Bildung für die Transformation**

□ Der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) hat ein Factsheet zur Rolle der Bildung in der von ihm angemahnten Transformation zu einer nachhaltigen, klimaverträglichen Gesellschaft herausgegeben. Das vierseitige Informationsblatt ergänzt das aktuelle WBGU-Hauptgutachten „Welt im Wandel – Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation“. Forschung und Bildung haben für den Beirat Schlüsselfunktionen in dem offenen Such- und Veränderungsprozess. Wissenschaft habe die Aufgabe, mit Politik, Wirtschaft und

Gesellschaft Visionen für eine nachhaltige Gesellschaft zu entwickeln, Entwicklungspfade zu beschreiben sowie entsprechende technische und soziale Innovationen zu unterstützen. Durch Bildung soll Problembewusstsein entwickelt und systemisches Denken erlernt werden, damit Menschen die Transformation partizipativ mitgestalten können.

▷ www.wbgu.de/factsheets/factsheet-5

Rundbrief Umweltbildung Schweiz

Zeitgemäße Umweltbildung kurz in Wort und Bild

□ Hintergrundinformationen und jeden Monat einen interessanten Blick über den deutschen Tellerrand hinaus bietet der Rundbrief der Stiftung Umweltbildung Schweiz. Unter anderem berichten die Kollegen von der Fachkonferenz Umweltbildung, die eine Kurzfassung ihres Positionspapiers als Flyer herausgegeben hat. Darin werden Kernaussagen zu zeitgemäßer Umweltbildung formuliert. Der Flyer vermittelt in kurzer, knapper Form die Zielsetzungen, zentralen Bausteine, Themen und vermittelten Kompetenzen von Umweltbildung in Wort und Bild. Einzelne Exemplare können bei der Stiftung Umweltbildung Schweiz bezogen werden.

▷ www.umweltbildung.ch/aktuell/rundbrief-umweltbildung

Materialien

Dekadethema Ernährung

□ Multiplikatoren finden auf zwei Websites Hintergrundwissen und zielgruppenspezifische Informationen zu nachhaltiger Ernährung. Karl von Koerber von der Arbeitsgruppe Nachhaltige Ernährung am Wissenschaftszentrum Weihenstephan der TU München, der auch das Beratungsbüro Ernährungsökologie leitet, hat auf seiner Internetseite Hintergrundartikel

und „sieben Grundsätze“ zu nachhaltiger Ernährung veröffentlicht. Auf dem Portal der UN-Dekade Bildung für nachhaltige Entwicklung steht eine umfassende Materialsammlung zur nachhaltigen Ernährung zur Verfügung.

▷ www.nachhaltigeernaehrung.de
▷ www.bne-portal.de

Rio+20

Aktionstag Nachhaltigkeit

□ Die Bundesregierung und der Rat für Nachhaltige Entwicklung haben für den 4. Juni den Aktionstag Nachhaltigkeit ausgerufen – passend zur zwei Wochen später beginnenden UN-Konferenz Rio+20. Auf einer Website können Veranstaltungen, Projekte und Aktionen angemeldet und veröffentlicht werden, die an diesem Tag stattfinden und das Ziel einer nachhaltigen Entwicklung unterstützen. Mehrere interessante Projekte sind bereits eingetragen und können auf der Deutschlandkarte eingesehen werden.

▷ www.aktionstag-nachhaltigkeit.de

UMWELTBILDUNGS-VERANSTALTUNGEN

Weitere aktuelle Termine: www.umweltbildung.de. Stellen Sie Ihre Termine dort selbst kostenlos ein!

17.04., Halle/Saale (D)

Klimaschutz an Schulen und

Bildungseinrichtungen. UfU-Regionalkonferenz Die Konferenz ist Teil des UfU-Projekts „Erneuerbare Energie sichtbar machen! 2“ im Rahmen der Klimaschutzinitiative des Bundesumweltministeriums.

Die Konferenz bietet Vorträge, Workshops und einen Marktplatz. Es werden erfolgreiche Projekte vorgestellt, die Gewinnung weiterer Bildungseinrichtungen über Anreizsysteme zum Energiesparen wie fifty/fifty wird behandelt und Unterstützungsstrukturen in den Flächenländern thematisiert.

▷ www.ufu.de/de/home_de/regionalkonferenz-in-halle

23.–24.04., Berlin (D)

Lernen über den Tag hinaus. Bildung für eine zukunftsfähige Welt. Fachkonferenz

Die Bundeszentrale für politische Bildung veranstaltet gemeinsam mit der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland/KMK eine Konferenz für Pädagogen, um die Verankerung von Bildung für eine zukunftsfähige Welt in den schulischen Alltag und die resultierenden Herausforderungen für den Lernort Schule, den Unterricht und die Lehrerbildung zu diskutieren.

▷ www.bpb.de/E4DXS3

26.04., Wedel bei Hamburg (D)

GPS-unterstützte Umweltbildungsrouten.

Fachtagung

Moderne GPS-Geräte können Kindern und Jugendlichen neue Zugänge zur Natur vermitteln. Nach dem großen Erfolg vor zwei Jahren stellt die Aktion Fischotterschutz auf ihrer zweiten Fachtagung zu GPS viele neue Ansätze, Evaluationen und praktische Beispiele vor.

▷ www.otterzentrum.de

27.–29.04., Tutzing am Starnberger See (D)

Stadt Kultur Zukunft. Tagung

Klimawandel, endliche Ressourcen, Weltwirtschaftskrisen – die ökologischen, technischen, sozialen wie politischen Veränderungen könnten nicht radikaler gefordert werden. Das gilt auch für einen grundlegenden kulturellen Wandel. Was bedeutet dies für die Kultur der Stadtgesellschaft, deren Ressourcen – Räume, Zeit, Geld, Aufmerksamkeit – ähnlich knapp sind wie die natürlichen Quellen des Lebens? Eine Tagung der Evangelischen Akademie Tutzing.

▷ www.ev-akademie-tutzing.de (Das Programm)

Impressum ökopädNEWS

Herausgeber

ANU

Arbeitsgemeinschaft
NATUR- UND UMWELTBILDUNG
Bundesverband e.V.

Redaktion

Lisa Hübner [lh] (verantw.), oekopaednews@anu.de;
Jürgen Forkel-Schubert [jfs], jfs@oekopaednews.de

ANU-Bundesverband Deutschland e. V.,
Robert-Mayer-Str. 48–50, D-60486 Frankfurt/M.,
Tel. +49 (0)69 / 310192-41, Fax -29,
bundesverband@anu.de, www.umweltbildung.de